

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit Multipler Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in die Post-Zeitungs-  
 Preisklasse. Unter Streifenband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Annoncen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 25 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (sech-  
 gebruchte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegraben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.

Legations-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1942

Mittwoch, den 13. Dezember 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1941.

## Die Wahlrechtsausichten in Holland.

H. R. H. Amsterdam, 10. Dezember 1905.

Das Wiederaufleben der Bewegung für das allgemeine Wahlrecht in Holland in den letzten Jahren ist größtenteils der unermüdeten Agitation unserer Partei zuzuschreiben. Die Situation ist diesmal eine ganz andere als in der ersten Periode der Wahlrechtskämpfe 1885 und 1890. Das holländische Kleinbürgertum besitzt jetzt das Wahlrecht, es ist „beruhigt“ und mit der bestehenden herrlichen Staatsordnung im großen und ganzen zufrieden. Die Arbeiterklasse kämpft deshalb ganz allein, ohne Bundesgenossen; sie ist ausschließlich auf die eigene Kraft angewiesen. Dieser Umstand hat zur Folge, daß die Wahlrechtsbewegung heute einen ausgesprochen proletarischen Charakter trägt. Zwar hat sich auch die bürgerliche Demokratie, die „freisinnige Demokratie“, wie sie sich nennt, „im Prinzip“ für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen; ihre Kammerfraktion hat sich sogar dazu aufgeschwungen, einen dahingehenden Gesetzesentwurf zusammenzustellen. In Wirklichkeit jedoch hat diese Partei im vergangenen Sommer die Sache der Demokratie und des Wahlrechts schamlich verraten, indem sie gegen das Kabinett Stuyver mit den Liberalen zusammenging und zwar nicht unter der Parole des allgemeinen Wahlrechts, sondern der bloßen Aufhebung der beschränkenden Klausel in der Verfassung. Was dann weiter zu geschehen hätte, wenn es gelingen würde, diese „Klausel“ wegzuräumen, darüber wurde nichts verabredet und die Herren „freisinnigen Demokraten“ hüllten sich darüber in wohlweisliches Schweigen. Dies hatte einen guten Grund. Denn unter den Mitgliedern der liberalen Union, mit der sie sich alliierten, ist ein großer Teil dem allgemeinen Wahlrecht direkt feindselig. Man muß die unfähliche Schwäche dieser „Union“, der Selden des bürgerlichen Liberalismus aus der Nähe kennen, man muß das unaufhörliche Schwanken und Paktieren ihrer Führer sehen, um die ganze Verachtung und den Ekel zu begreifen, womit die sozialistischen Arbeiter jetzt auf die bürgerlichen Demokraten herabblicken, die sich jenen Leuten anschließen. Die freisinnig-demokratische Partei hat durch dieses Bündnis fastisch ihren wichtigsten Programmpunkt im Stiche gelassen und ist in den Schoß der liberalen Partei, wovon sie sich vor einigen Jahren trennte, zurückgekehrt. Dieser Vorgang beleuchtet aufs greiflichste die wahre Gesinnung dieser bürgerlichen Demokratie, die vorgibt, „aus Gerechtigkeitsinn“, also aus „ethischen Gründen“ der Rechtslosigkeit des Proletariats abzuhelfen zu wollen und deren sozialpolitisches Ideal die „Milderung“ der Interessengegensätze und des Klassenkampfes ist. Sobald sich ihnen die Aussicht bot, mit den Liberalen und der Großbourgeoisie verbunden sich die selbständige Aktion des Proletariats zunichte zu machen, um die liberale Koalition zu stützen und selbst an der Regierung teilzunehmen, verließ ihre Liebe für das allgemeine Wahlrecht in eitel Dummheit. Diese jüngste Veräblichung in den Parteiverhältnissen Hollands ist nichts anderes als ein Fragment der allgemeinen Entwicklungstendenz, die sich ja in Deutschland und allen kapitalistischen Ländern vollzieht: die bürgerliche Demokratie, die Mittelparteien sterben aus, der Abgrund zwischen dem Proletariat und den herrschenden Klassen wird immer tiefer.

Die neue, aus Liberalen und „gemäßigten“ Demokraten zusammengesetzte Regierung hat in der Thronrede wirklich versprochen, der Kammer den Vorschlag zu machen, die das Wahlrecht beschränkende Klausel in der Verfassung aufzuheben. Damit wäre aber recht wenig gewonnen, denn nicht diese formale Klausel ist, wie die bürgerlichen Demokraten vorgeben, das wirkliche Hindernis der politischen Demokratie, sondern es ist dies der Unwille der Herrschenden gegen die politische Gleichberechtigung „des Völkels“ einerseits und die zu geringe reelle Macht des Proletariats andererseits. Kurz, es sind die Machtverhältnisse und das Bewußtsein der Klassen. Das Proletariat in Holland ist noch zu schwach, um das Bürgerrecht zu erzwingen; es ist aber doch schon stark genug, daß seine politische Gleichberechtigung den Gegnern als eine ernste Gefahr erscheint. Das stetige Wachstum unserer Partei sowie ihr parlamentarisches Wirken bilden auf der einen Seite eine Macht zur Eroberung des Wahlrechts, andererseits aber ein Hemmnis. Eine Macht in dem Sinne, daß der einsichtigste Teil der bürgerlichen Klassen dazu neigt, den Forderungen der Arbeiter nach politischen Reformen in gewissem Maße entgegenzukommen, um der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen; ein Hemmnis, weil die Bourgeoisie seit den nunmehr acht Jahren, daß unsere Partei im Parlament wirkt, bemerkt hat, von wie großem Nutzen für die Arbeiterklasse ihre eigene parlamentarische Vertretung ist und deshalb fürchtet, diese zu stärken.

Die besondere politische Konstellation des Landes ist aber dazu angetan, die Bourgeoisie noch mehr auf die Bahn der Reaktion zu weisen und den Verrat der Kleinbürgerlichen „Demokratie“ zu vervollständigen.

Es ist nämlich unsicher, ob das gemischte „liberal-demokratische“ Kabinett für die von ihm für das vierte und letzte Jahr seiner Regierung vorgeschlagene Verfassungskommission eine Mehrheit wird finden können. Dies würde nur mit Hilfe der konservativ-liberalen der Fall sein. Zwar hat die Session nur einen negativen Zweck: das Wegräumen der konstitutio-

nellen Schranken; es ist jedoch zweifelhaft, ob die vorsichtigen konservativ-liberalen Wiedermänner sich bereit finden lassen, diesen Schritt mitzumachen. Sie sind nur für „allmähliche“ Wahlrechtserweiterung, selbstverständlich in denkbar langsamstem Tempo, und sie sind ferner der Ueberzeugung, es müsse noch manche Generation vergehen, ehe die Arbeiterklasse für das Bürgerrecht „reif“ wird. Allein ohne die Stimmen dieser konservativ-liberalen verfügt die Regierung über keine Mehrheit. Um sie zu gewinnen, schickt die Regierung sich an, mit dem problematischen Schritt nach vorwärts gleich einen gar nicht problematischen nach rückwärts zu verbinden. Sie hat neben der Wahlrechtsklausel noch eine weitere Revision der Verfassung angekündigt und zu diesem Zweck gleich eine Kommission ernannt, in der die konservativen Elemente weitans überwiegen. Die Sache dieser Kommission wird es unter anderem sein, Bestimmungen — wie die Ausdehnung der Befugnisse der ersten Kammer, das Prüfungsrecht der Richter usw. — auszubecken, die das allgemeine Wahlrecht eventuell „neutralisieren“ könnten.

Angesichts alles obigen begreift man, wie sehr der heutige Wahlrechtskampf einen, wie ich gesagt habe, scharfen proletarischen Charakter, den eines ausgesprochenen Massenkampfes tragen muß.

Die Bemühungen unserer Partei, die bis 1900 zurückreichen, um die Wahlrechtsbewegung wieder in Gang zu bringen, sind nicht ohne Erfolg geblieben. Besonders die Ereignisse von 1903, der große provozierte Streik gegen die Zwangsgehalte und seine Folgen haben das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse in Holland mächtig gefördert. Die bei uns jeden Sommer veranstaltete Massendemonstration auf dem platten Lande nimmt immer großartigeren Umfang an. Die Zahl der lokalen Vereine, gewerkschaftlicher wie politischer Natur, die durch Abgeordnete mit Fahnen an der Strahendemonstration teilnehmen, ist unausgesetzt im Wachsen begriffen.

Noch sind wir aber bei weitem nicht am Ziel, d. h. die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte in einer unüberwindlichen Wahlrechtsbewegung ist bei weitem nicht erreicht. Noch stehen große Arbeitermassen der Bewegung fern: die Anarchisten und Antiparlamentarier, die dem Stimmzettel jede Bedeutung absprechen, ferner die christlichen Arbeiter, die sich zwar für ein „Wahlrecht für Hausväter und mit diesen Gleichgestellte“ erklärt haben, es aber nicht wagen, für ihre Forderung einzutreten und sich von ihren Führern, d. h. den schlimmsten Demagogen der „antirevolutionären“ christlich-kleinbürgerlichen Partei immer wieder zur Tugend des „geduldigen Harrens“ überreden lassen, endlich die in unserem Lande leider noch zahlreiche Masse der Indifferenten.

Das größte Hindernis einer mächtigen Wahlrechtsbewegung bildet jedoch in diesem Augenblick die Krisis in der gewerkschaftlichen Bewegung. Dagegen die großen Verbände den Anarchismus wesentlich überwunden und sich in einer neuen, ganz nach den Grundfäden der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Föderation zusammengeschlossen haben, die zur Erreichung von Reformen des Arbeiterschutzes usw. ohne Zweifel mit unserer Partei zusammengehen wird, werden sie sich doch vorläufig noch eine gewisse politische Neutralität wahren und sich nicht sobald dem Wahlrechtskomitee anschließen. Damit fehlt der Wahlrechtsbewegung in gewissem Maße das Rückgrat.

So macht sich uns gerade jetzt der Mangel an innigem Zusammenhalt der gewerkschaftlichen mit der politischen Arbeiterbewegung empfindlich fühlbar, der bei uns zum großen Teil noch eine Erbschaft der unheilvollen Wirkung des Anarchismus ist, ohne den aber in keinem Lande eine große Massenbewegung des Proletariats zu erreichen ist.

Unter diesen Umständen kann unsere Partei jetzt noch nicht daran denken, das allgemeine Wahlrecht durch revolutionäre Massenkundgebungen und Arbeitseinstellungen zu erobern, was unsere österreichischen Brüder mit so großer Begeisterung und bereits so gutem Erfolge zu tun sich anschickten. Die revolutionäre Situation, die eine solche Latit aufkommen läßt und erfolgreich macht, fehlt bei uns jetzt noch. Allein wir leben in einer schnelllebigen Zeit. Was die nächste Zukunft uns bringen wird, weiß keiner. Möglicherweise, daß der liberalen Bourgeoisie doch noch einmal eine Zunahme des politischen Einflusses der Arbeiterklasse als das geringere Uebel erscheinen wird gegenüber den erneuten Siegen der antisocial-reaktionären Koalition. Dies wäre vor allem der Fall, wenn ein solcher Sieg die Veseitigung des Freihandels bedeutete, der im Interesse unseres Handels, sowie eines ansehnlichen Teiles der industriellen Bourgeoisie unumgänglich notwendig ist. In solchem Falle dürften die Interessengegensätze zwischen den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klassen für den Augenblick die zwischen der liberalen Bourgeoisie und dem Proletariat überwiegen, und die Bourgeoisie würde sich gezwungen sehen, ihren Widerstand gegen das allgemeine Wahlrecht aufzugeben.

Möglicherweise aber wird die Dauer und der Verlauf des Kampfes bei uns von der internationalen Entwicklung bestimmt werden. Die glorreiche russische Revolution hat im holländischen Proletariat begeistertes Interesse erweckt, wenn sie auch, wie natürlich, auf unsere politischen Verhältnisse keinen unmittelbaren Einfluß ausübt. Ebensonenig wie frühere Revolutionen bleibt sie in nationalen Grenzen stecken, und gerade die proletarische Wahlrechtsbewegung ist es, die sie weit über

die russische Grenze, in Ungarn, in Oesterreich, jetzt auch in Sachsen mächtig gefördert und ihr einen neuen, revolutionären Charakter verliehen hat. Der Sieg der Revolution in Rußland, die Eroberung hochwichtiger politischer Rechte durch das österreichische, deutsche, belgische Proletariat, die unermüdliche internationale Verschlebung der Massenverhältnisse überhaupt — wie könnte dies anders, als auf die politischen Verhältnisse Hollands und den Kampf unserer Arbeiterklasse gleichfalls mächtig zurückwirken!

Deshalb blickt unser Klassenbewußtes Proletariat mit gespannter Erwartung nach dem Feuerschein, der sich aus dem Osten über die Welt verbreitet. Auch für uns in Holland kämpfen, sterben und siegen die russischen und österreichischen Brüder, und unsere Proletarier wissen es. Sie wissen, daß sie das Wahlrecht durch eigene Anstrengung erobern müssen, aber sie wissen auch, daß diese Eroberung ihnen unendlich erleichtert werden kann durch die Siege ihrer ausländischen Brüder. Unsere Partei hat jetzt demnach die Aufgabe, das Proletariat mehr wie je vor der national-„patriotischen“ Beschränkung zu warnen, es unauffällig auf die beginnende Periode stufenweiser Entwicklung und großer Kämpfe auf internationaler Basis vorzubereiten, damit es, wenn der Flügelschlag der Freiheit auch unsere Grenzen berührt, die Situation erkenne und im entscheidenden Moment bereit sei zur äußersten Anstrengung, damit die glünstige Stunde nicht, wie schon mehrmals, wieder ungenützt vorübergehe.

## Die Revolution in Rußland.

Die Konterrevolution treibt absichtlich zu einer Katastrophe. Nach einem telegraphischen Zirkularbefehl von Durnovo sind sämtliche Post- und Telegraphenbeamten zu entlassen und neue zu engagieren. Der Eisenbahnerstreik muß im Zusammenhang damit nächstens erwartet werden.

In Warschau ist der angekündigte allgemeine Eisenbahnerstreik noch nicht ausgebrochen. Allein es dürfte bald zu einem dahingehenden Entschluß in ganz Rußland kommen. Inzwischen dehnen sich die Militärrevolten immer mehr aus. Nachdem die Rejervisten der Garnison in der Stellung Prestitowost sich äußerst erregt zeigten, wurden zirka 1000 Mann in ihre Heimat entlassen.

### Die leitenden Organisationen auf dem Posten.

Der „Lokal-Anzeiger“ bringt folgende Privatbesprechung: Petersburg (über Ebdituhnen), 11. Dezember abends. Anlässlich der Verhaftung des Präsidenten des Rates der Arbeiter-Deputierten, Ehrustalen, fand eine Extrastagung der Deputierten statt, um zu beschließen, wie der Rat gegen diese Verhaftung reagieren solle. Es wurde vorgeschlagen, mit allen Mitteln den Generalstreik sofort zu inszenieren. Die Mehrzahl der Mitglieder sprach sich jedoch dagegen aus, ein solcher Streik wäre zwecklos, und wenn man den Generalstreik verkünden wolle, müßten zunächst sämtliche Eisenbahnen Rußlands herangezogen werden, was von den Delegierten der Eisenbahnen für den jetzigen Moment als ungeeignet bezeichnet wurde. Die Delegierten des Post- und Telegraphenverbandes bestanden darauf, daß zunächst ihr Streik durchgeführt werde. Endlich wurde eine Resolution gefaßt, worin anlässlich der Verhaftung des Präsidenten des Rates der Arbeiter-Deputierten die gesamte Gesellschaft zum Protest, das Proletariat dagegen zum bewaffneten Aufstand aufgerufen wird. In der Sitzung waren auch Delegierte der Garde, Flotten- und Equipage erschienen, die sich mit den Arbeitern für solidarisch erklärten. Sie seien bereit, im entscheidenden Moment für die Sache des Volkes einzutreten. Vorläufig machen die Matrosen Propaganda unter ihren jungen Kameraden. Die Verhaftung Ehrustalens soll erfolgt sein, weil eine ganze Reihe von Artikeln, die der Rat der Arbeiter-Deputierten in der Arbeiter-Zeitung veröffentlichte, Verleumdungen gegen den Zaren enthielten (1) sowie Militär und Volk zu bewaffnetem Aufstand aufriefen.

Die außerordentliche Sitzung des Arbeiterrats schloß mit der Versicherung des Vorsitzenden, der Tag sei nicht fern, wo das Proletariat Herr von Petersburg sein werde.

### Friedrich Engels Urteil aus dem Jahre 1883 über die russische Revolution.

Der bekannte russische Sozialist Hermann Lopatin teilt in einem Briefe vom Jahre 1883 einem seiner Freunde den Inhalt seines Gespräches mit Engels mit, in welchem letzterer seine Ansichten über die Aufgabe der revolutionären Partei in Rußland klargelegt hat.

Lopatin berichtet seinem Freunde folgendes:

„Wir debattierten lange und ausführlich über die russischen Verhältnisse und bemühten uns auch über den Punkt klar zu werden, wie aller Wahrscheinlichkeit nach die politische und soziale Wiedergeburt Rußlands vor sich gehen würde.“

„Rußland sei, nach Engels' Meinung, das französische Reich des jetzigen Jahrhunderts. Mit vollem Anrechte gehört Rußland die revolutionäre Initiative einer neuen sozialen Umgestaltung und Neugeburt.“

„Der Untergang des Zarismus, der dem absoluten Monarchismus in Europa die letzte Stütze entreißen wird, wird gleichzeitig eine neue Kombination der europäischen Staaten hervorgerufen, Oesterreich erschüttern und allen übrigen Ländern einen gewaltigen und entscheidenden Anstoß geben, der radikale innere Umänderungen zur Folge haben wird.“

„Es ist sehr zweifelhaft, ob Deutschland es riskieren würde, die inneren russischen Wirren als Barriere benutzend, seine Truppen nach Rußland zum Schutze und zur Ausbreitung“



erhaltung des Zarismus zu senden. Wenn Deutschland es wirklich wagen würde, um so besser: denn es würde den sicheren Untergang des bestehenden Regimes und zugleich den Beginn einer neuen Ära bedeuten."

Also sprach vor einem Vierteljahrhundert Friedrich Engels.

### Der „Kreuz-Zeitungs“-Pöbel über den zarischen Pöbel.

Gestern hat in einem Zimmer des Abgeordnetenhauses eine von den Professoren Harnack und Bergmann einberufene Versammlung stattgefunden, die den Zweck hatte, eine Hilfsaktion für die durch die russischen Wirren geschädigten Deutschen in die Wege zu leiten. Es hatten sich etwa 200 Herren aus den „besseren Kreisen“, darunter viele Militärs, eingefunden. Vor diesem erlauchten und „glänzenden“ Publikum gab der Prof. Schiemann von der „Kreuz-Zeitung“ das Folgende zum besten:

„Es stehen ganz kirchbare Katastrophen bevor! Die russische Regierungsgewalt verlagert. Der Pöbel werde immer mutiger. Er, Schiemann, sehe mit großem Pessimismus in die Zukunft. Meuterei des Militärs, Raub und Mord werden immer mehr um sich greifen. Bekanntlich sei eine sehr große Anzahl von Russen bereits nach Deutschland geflüchtet.“ Einfach fürchterlich! . . .

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember.

### Fassung im Reichstage.

Bei der heutigen Fortsetzung der Etatsberatung beschäftigten sich alle die Vertreter der kleinen und kleinsten bürgerlichen Fraktionen damit, die Sozialdemokratie, die hoch über ihnen schwebt wie der Mond, anzubellen. Diese Polen, Welfen, Eisfässer, Antisemiten, Alldutschen und freisinnig-nationalsozial Gemischten sind im ganzen so gleichgültig für die Fortentwicklung der Politik Deutschlands, haben so wenig Verantwortlichkeit zu tragen, daß sie sich komische Seitenstücke, Eingänge und für Humoristen interessante politische Ideen ganz nach Belieben leisten können. So traten sie denn in allerhand lächerlichen politischen Verkleidungen auf und erfüllten ihre Aufgabe, das Haus zu amüsieren, ganz nett.

Den Beginn machte Herr Diebermann v. Sonnenberg, der sich als Scharfrichter für den Fall eines Uebergreifens der russischen Revolution nach Deutschland anbot, für das summarische Verfahren der Kriegsgerichte schwärmte, die sozialdemokratischen Redakteure ins Zuchthaus stecken wollte und Pädler begeistert als neues Gesetz vorschlug: Wer einen Juden totschlägt, soll ihn beerben! Wohl im Hinblick auf die widerlichen Großmachtstiraden seiner lieben Alldutschen, seines Parteifreundes Nebenlow und gewisser verantwortungsvoller Stellen, vielleicht auch in Erinnerung an seine eigenen Engländerheerereien ließ er seine Rede ihren Höhepunkt in dem Schlagwort erreichen: Verne rüsten, ohne zu reden.

Als harmloser Clown folgte ihm der Eisfasser Ricklin, der alle politischen Fragen nur vom Standpunkt seiner elsaß-lothringischen Kirchsturminteressen betrachtete, sich für die Flotte begeisterte, wenn sie — Elsaß-Lothringen weder Geld noch Menschen kostet und für die Automobilsteuer schwärmte, sofern sie sein eigenes Landarztomobil frei läßt.

In einem historischen Mastenstossum unterhielt der Welfe Frhr. v. Hohenberg den Reichstag mit Erzählungen über das Bündnis Preußens mit den italienischen Revolutionären von 1866 und anderen geschichtlichen Reminiszenzen.

Der Pole v. Jazdzewski hatte sich in dieser Zeit des erbittertesten und opfervollsten Freiheitskampfes seiner polnischen Stammesbrüder in Rußland in das Zell eines friedfertigen Vammes gesteckt und proklamierte als Hauptzweck seiner Rede nur, die liebe preussische Regierung und das gute Zentrum weder zu kränken noch zu verletzen. Der freisinnige Abg. Schrader traumwandelte vergnügt auf der Tribüne umher und suchte, noch immer unbelehrbar durch alle Tatsachen und Ereignisse der Gegenwart, seinen Sozialimperialismus zu propagieren. So will er z. B. direkte Reichsteuern, vor allem eine Reichseinkommensteuer nur zu dem Zweck, um mehr Geld in die deutschen Prachtkolonien hineinstecken zu können. Dazu wäre und doch selbst das Geld der bestehenden Klassen zu schade.

Daneben sagte mancher dieser Redner aus Versehen wohl mal etwas Vernünftiges. Herr Schrader erkannte trotz seiner Kolonialduseligkeit, daß der internationale Segenkeßel von Marokko ein Danaergeschenk an die deutsche Nation wäre, Frhr. v. Hohenberg stellte sich in der Kritik der russifizierenden Auslandspolitik des Deutschen Reiches, der wir jetzt unsere Vereinigung verdanken, ganz auf Babels Standpunkt — nicht ohne dabei die groteske Väterlichkeit zu produzieren, daß Babel sich zu einem Nationalliberalen zurückgemauert hätte — und selbst Herr Diebermann von Sonnenberg fand zur Kritik der neuen Steuern mit ihrer Belastung der breiten mittellosen Volksschichten manch treffendes Wort. Und dieses ganze wüste Durcheinander unzusammenhängender vernünftiger und unvernünftiger Ideen stieß schließlich auch den Staatssekretär Grafen Bosadowsky an, so daß er heute sein Janusgesicht eines vielseitig gebildeten Sozialpolitikers und eines widerlich törichtigen Bülowphrasenreders deutlich als je zur Schau trug. Ganz im Stile des geschwätigen Reichszanclers berief er sich auf den Bericht einer Ferienbergnügnungsreise englischer unternehmerrommer Arbeiter, die auf Wunsch ihrer hochberehnten Herren Arbeitgeber oder vielleicht auch in dem berechtigten Bestreben, sich den Kampf um bessere Löhne zu erleichtern, gern beschneit hatten, daß die deutschen Arbeiter so herrlich in der Welt lebten, wie der Papst. Dann wieder klagte Bosadowsky beweglich über die schände Geldgier der deutschen Kapitalparvenus, die den Arbeitern jede auch die kleinste Verbesserung ihrer Lebenslage mißgünstig vorenthalten. Einmal rief der Staatssekretär des seligen Riquel Autorität an, um zu beweisen, daß die Regierung das Parlament höherer müßte, weil sie Geld von ihm verlangte, und das andere Mal proklamierte er im schönsten preussischen Ministerdeutsch das unerkleliche Kronrecht, den Reichstag so brüsk zu behandeln und so schände auseinanderzujagen, wie es den hohen Herren gerade beliebte. Jetzt ließ ihn sein Verstand die Arbeiterbewegung als naturnotwendiges Produkt der industriellen Entwicklung erkennen, untrennbar von ihr wie ein Schatten, und nachher suchte er Entstehung, Wachstum und Größe der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie wieder aus den läppischsten und kleinlichsten Gründen zu erklären. Im ganzen ein schauerliches Bild bürgerlicher Verwirrung und Geistesverwirrung, das die heutige Debatte bot.

Morgen wird die Etatsdebatte fortgesetzt. Vorher soll der Handelsvertrag mit Bulgarien in zweiter Lesung erledigt und die Abstimmung über das Handelsprotokoll mit England vorgenommen werden, die heute wegen wiederholter Beschlußunfähigkeit des Reichstages ausgelegt werden mußte. —

## Im Klapp.

Das preussische Abgeordnetenhause hat bereits am Dienstag den Volkschulgesetzentwurf an eine Kommission verwiesen. Ganze zwei Sitzungen hat das Haus der Beratung einer so wichtigen Materie gewidmet, also etwa ebensowiel Zeit, wie alljährlich die Debatten über die Kaltblüter und Warmblüter in Anspruch nehmen, die sich an die Beratung des Etats der Gefällsverwaltung anlehnen. Die Aufziehung guter Pferde ist den Vertretern des Geldsackparlaments eben von größerer Bedeutung als die Heranziehung einer tüchtigen Jugend.

Indes aber die Herren, die alljährlich die Pferdezuht erörtern, von Anfang bis zu Ende das Ohr des Hauses haben, herrsche während der ersten Rede vom Dienstag die größte Unruhe. Die Abgeordneten standen in Gruppen zusammen und unterhielten sich über Privatangelegenheiten, während der Abg. Ernst von der Freisinnigen Vereinigung im Schweige seines Angesichts sich verständlich zu machen suchte. Vergeblich richtete der Präsident an die Mitglieder das Ersuchen, ihre Privatgespräche etwas leiser zu führen. Es half nichts, der Redefluß ging weiter und die Folge davon war, daß die Ausführungen des Vertreters des Freisinnis völlig unverständlich blieben.

Nach ihm kam der Abg. Sychel (Pole) zu Worte, der sich hauptsächlich gegen die wider die Polen gerichteten Ausnahmebestimmungen des Entwurfs wandte. Bekanntlich soll das Gesetz in Posen und Westpreußen aus politischen Gründen keine Geltung haben! Die Erwiderung des Ministers Studt gipfelte in einer Kriegserklärung gegen die großpolnische Agitation. Es war die stereotype Rede, die bald von diesem, bald von jenem Minister nun schon fast ein Jahrzehnt hindurch im Landtage heruntergeleitet wird.

Für die Vorlage sprach noch Abg. v. d. Gröben (L.), dagegen Abg. Cassel (fr. Sp.). Ersterer bekämpfte scharf die zwangsweise Errichtung von Simultanschulen, die er als den ersten Schritt zur religionslosen Schule bezeichnete. Noch deutlicher als sein Fraktionskollege v. d. Heydebrand erläuterte er das konservative Schulprogramm, wonach der Religionsunterricht die Hauptrolle spielt und die Schule nicht der Verbreitung von Bissen, sondern der Erziehung, das heißt der Heranziehung gottesfürchtiger und monarchisch gesinnter Leute zu dienen habe. Abg. Cassel zog scharf gegen die Verjüngung einer Schmälerung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden zu Felde. So sehr wir ihm auch in diesem Teile seiner Ausführungen beipflichten können, so möchten wir doch einem Vertreter des Freisinnis das Recht bestreiten, sich als Hüter der Selbstverwaltung hinzustellen. Nie und nimmer hätte die Regierung die Städte so wegwerfend behandelt, nie und nimmer hätte sie auf dem Verwaltungswege den Städten das Recht an ihren Schulen nehmen, nie und nimmer hätte sie ihre reaktionäre Verwaltungspraxis geschicklich festlegen können, wenn nicht der kommunal liberalismus sich so erbärmlich und feige gezeigt hätte. In den Gemeindevertretungen, wo er die Mehrheit hat, kriecht dieser „Liberalismus“ vor den Ministern zu Kreuze, da zeigt er sich jedem Wink von oben gefügig, aber im Landtage, wo er zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist, da spielt er sich als Hüter der Selbstverwaltung auf.

Interessant war übrigens das Eingeständnis des Herrn Cassel, daß auch die Freisinnigen nichts von einer Entfernung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Volksschulen wissen wollen. Auch nach ihrer Meinung muß dem Volke die Religion erhalten bleiben! Darin sind sich die bürgerlichen Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken einig.

Am Mittwoch soll zunächst die bereits neulich beantwortete Interpellation Hilb über den Wagenmangel bei den Eisenbahnen besprochen werden. Daran wird sich die Besprechung der Interpellation von Savigny über den Lünneleinsturz bei Altenbeken schließen.

### Liberalismus und Sozialismus.

Trotzdem Herr Raumann kürzlich in einer beweglichen Epistel seine Mauerungs Hoffnungen zu Grabe getragen hat, gibt es noch immer Käuze, die sich von der Zukunft nicht loszureißen vermögen, daß es doch noch gelingen werde, die deutsche Arbeiterklasse der Sozialdemokratie abspenstig zu machen. In diesen unvernünftigen Optimisten gehört auch der Landgerichtsrat Kulemann, der in einer Reihe von größeren und kleineren Schriften sozialliberale Anschauungen vertreten hat, die denen des Herrn Raumann gleichen wie ein Ei dem anderen. Auch jetzt hat Herr Kulemann wieder eine Broschüre „Die Lage des Liberalismus“ erscheinen lassen, in der er seine Ansichten und Wünsche darlegt. Diese gipfeln darin, daß trotz aller Schwierigkeiten der Gedanke einer Annäherung aller liberalen Gruppen „marchiere“ und daß die Arbeiterbewegung ihren sozialdemokratischen Charakter verlieren werde, sobald die bürgerlichen Parteien erst einmal ihre Arbeiterfeindschaft aufgeben und sich in sozialliberalen Bahnen bewegen würden.

Herr Kulemann geht von der Voraussetzung aus, daß die Masse der sozialdemokratischen Wähler von den sozialdemokratischen Grundanschauungen sehr wenig durchdrungen sei. Der sozialdemokratische Anstich sei nur „äußerer Firnis“, der das innerste Wesen der Arbeiterbewegung nicht berühre. Würde z. B. einmal eine Abstimmung darüber vorgenommen werden, ob die monarchische Staatsform durch die republikanische ersetzt werden sollte, so würden nicht 10 Proz. mit Ja stimmen. Der Materialismus der Sozialdemokratie erkläre sich einfach daraus, daß „die breiten Massen die Ansichten der höheren Klassen wie alte Kleider übernehmen, wenn jene sie nicht mehr tragen mögen“. Ganz abgesehen davon, daß Herr Kulemann in seiner Konfusion den historischen Materialismus in einen Topf wirft mit dem beschränkt naturwissenschaftlichen Materialismus der Molekott und Büchner: Herr Kulemann würde beim gründlicheren Studium der Geschichte, speziell auch der Geschichte der Philosophie finden, daß der philosophische Materialismus stets von einer aufstrebenden Klasse vertreten wurde, und daß die Rückkehr der Bourgeoisie, nicht etwa zu den großen Vertretern des philosophischen Idealismus, sondern zur kläglichen religiösen Kompromisselei nur der Beweis dafür ist, daß das Bürgertum seine Rolle als geschichtlicher Entwicklungsfaktor ausgespielt hat. Wie rapide es gerade mit unserem Bürgertum bergabgegangen ist, das beweist ja sein totales Verlagen der preussischen Verfassungsvorlage gegenüber, das ja Herr Kulemann selbst feststellen muß. Schließlich behauptet Herr Kulemann, daß selbst die sozialdemokratischen Theoretiker die Forderung der Verstaatlichung der Produktionsmittel durchaus nicht konsequent vertreten, daß also auch hier eine Ausöhnung der Anschauungen der Arbeiterklasse mit denen des Liberalismus sehr wohl möglich sei.

Alles das hat auch Herr Raumann viele Jahre lang geglaubt, bis die Erfahrung ihm bewies, daß ihm das wahre Wesen der sozialdemokratischen Bewegung ein Buch mit sieben Siegeln ge-

blieben war. Herr Kulemann befindet sich eben in nachgerade unbegreiflichem Irrtum über die tiefste Seelenstimmung und Weltanschauung der deutschen Arbeiterklasse. Das deutsche Proletariat ist durch und durch antimonarchisch, weil es demokratistisch ist, es ist materialistisch und ausgesprochen kirchenfeindlich, weil es begriffen hat, daß alle Ideologien nur die bestehende politische und soziale Herrschaftsform wiederzuegeln. Es ist endlich auch konsequent sozialistisch, weil es weiß, daß nur durch eine völlige Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die herrschende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit beseitigt werden kann. Nur diese Tatsache vermag ja auch den Herrn Raumann so sehr verblüffenden und ärgenden Umstand zu erklären, daß alle revisionistischen Bestrebungen von den Parteitagungen mit wachsender Majorität zurückgewiesen und verurteilt worden sind, trotzdem es unter den intellektuellen Kreisen dem Revisionismus nicht an Anhängern gefehlt hat.

Täuscht sich Herr Kulemann aber auch völlig über den Charakter der modernen Arbeiterbewegung, so halten wir seine Hoffnung auf Einigung des Liberalismus keineswegs für eine aussichtslose. Nur mit der Einschränkung, daß die Einigung nicht auf der Grundlage eines entschiedenen, sondern eines äußerst „gemäßigten“ und entwerteten Liberalismus zustande kommen dürfte. Im Punkte des Militarismus und Marinismus gibt es ja kaum noch einen Unterschied zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen. Für die „Geistesfreiheit“ unternimmt der Freisinn, wie die Schulvorlage beweist, höchstens noch eine schwächliche parlamentarische Aktion. Ferner denkt er gar nicht daran, für die Eroberung politischer Rechte der Massen einen ernsthaften Kampf zu wagen; im Gegenteil hat er wieder mitgeholfen, die Arbeiterschaft in den Kommunen noch weiter zu entzweien.

Der Klassenkampf schweigt die Bourgeoisie immer fester zu einer reaktionären Masse zusammen — und da träumt Herr Kulemann davon, daß die Arbeiterklasse der Klassenkampfbüchse den Laufpaß geben würde! —

### Die Träger der Volksschullasten.

Nach den heute geltenden Vorschriften stehen sich im gelobten preussischen Kulturstaat als Träger der Volksschullasten zwei Hauptgruppen gegenüber: Die bürgerlichen Gemeinden und die Schulsozialisten oder Schulgemeinden. Die bürgerlichen Gemeinden sind Träger der Volksschullasten im Dorado des Junkertums, in Ost- und Westpreußen, ferner im Geltungsbereich des katholischen Schulreglements in Schlesiens, in der Rheinprovinz — mit Ausnahme kleiner Teile der Regierungsbezirke Düsseldorf und Koblenz — und in den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden. In den übrigen Landesteilen liegt die Unterhaltung der Volksschule gänzlich besonderen Schulverbänden ob, doch sind diese grundsätzlichen Verschiedenheiten vielfach durchbrochen. Der neue Schulgesetzentwurf beabsichtigt nun, die Uebertragung der Schulunterhaltung auf die bürgerlichen Gemeinden zur Durchführung zu bringen und zugleich den Mogen über den Druck und die ungleiche Verteilung der Volksschullasten ein Ende zu machen. Träger der Schullast sollen in Zukunft die bürgerlichen Gemeinden, die ihnen gleichstehenden selbständigen Gutsbezirke und die Gesamtschulverbände, d. h. die Vereinigung von Gemeinden oder Gutsbezirken sein. In den Gemeinden sollen die zur Deckung der Ausgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Volksschule erforderlichen Abgaben als Kommunallast aufgebracht, in den Gutsbezirken sollen die Schullasten vom Gutsbesitzer getragen werden. Im Falle des nachgewiesenen Unvermögens der Schulverbände zur Ausbringung der Volksschullasten soll ihnen der Staat in den Grenzen der durch den Etat bereit gestellten Mittel Ergänzungszuschüsse gewähren dürfen, die auf besondere Anordnung zur Erleichterung bestimmter Kreise von Abgabepflichtigen zu verwenden sind.

Schon heute hat der Staat die Mittel, die Schulunterhaltungspflichten durch Zuwendungen aus Staatsmitteln zur Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Volksschule in den Stand zu setzen. Diese staatlichen Ergänzungszuschüsse sind in den letzten Jahrzehnten beträchtlich gestiegen. Während der Elementarschulfonds im Jahre 1859 nur 216 744 Taler, 1898 nach Aufnahme der neuen Landesteile 725 109 Taler betrug, setzte der Etat für 1885/86 für das Elementarschulwesen bereits 14 000 875 M. aus, und im laufenden Etat weist dieser Fonds eine Höhe von 8 082 805 M. auf. Abgesehen von den für Remunerationen, Unterhaltungen und ähnliche Zwecke bestimmten Beträgen stehen der Unterrichtsverwaltung zur Erleichterung der Pflichten bei der Ausbringung der Lasten der Volksschulunterhaltung noch zur Verfügung 28 760 000 M. behufs allgemeiner Erleichterung der Volksschullosen (Gewährung der gefehlichen Staatsbeiträge zu dem Dienstlohn der Volksschullehrer und -Lehrerinnen), 403 000 Mark zu Besoldungen und Zuschüssen aus besonderer reichlicher Verpflichtung, 23 670 000 M. zu Zuschüssen für die Alterszulage stellen der Volksschullehrer und -Lehrerinnen, 5 640 000 M. zu Pensionen, 2 302 000 M. zu Witwen- und Waisengeldern. Diese Fonds dienen sämtlich zur Erfüllung geschlicher Verpflichtungen des Staates. Dazu kommen folgende Fonds, die der freien Verfügung der Unterrichtsverwaltung unterstehen: 14 Millionen zu Beihilfen an Schulverbände wegen Unvermögens für die laufenden Ausgaben der Schulunterhaltung, 500 000 M. zur Errichtung neuer Schulstellen und 1 050 000 M. zur Unterstützung von Schulverbänden wegen Unvermögens bei Elementarschulbauten. Dem gleichen Zweck dient ein Fonds von 3 Millionen Mark im Extraordinarium.

Nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes beabsichtigt die Regierung ferner bereit zu stellen einen Fonds zu widerruflichen Beihilfen an leistungsschwache Volksschulverbände mit 25 oder weniger Schulstellen, der sich zunächst voraussichtlich auf 1 800 000 M. belaufen und mit der wachsenden Anzahl der Schulstellen steigen wird; zu dem gleichen Zweck 3 Millionen Mark jährlich mit der Bestimmung, daß bei Verwendung dieser Mittel in erster Linie die Verschickungen zu berücksichtigen sind, welche sich als Folge der durch das Gesetz eintretenden anderweitigen Regelung der Schulunterhaltungslast ergeben, weiter 520 000 M. zu widerruflichen Staatsbeihilfen an leistungsschwache Volksschulverbände mit mehr als 25 Schulstellen und 6 Millionen zur Unterstützung bei Elementarschulbauten (unter Fortfall der bisher dafür ausgegebenen Fonds in Höhe von 4 050 000 M.). Zur Deckung dieses Mehraufwands stellt die Regierung eine Erhöhung der Einkommensteuer in Aussicht.

Wenig bedeuten diese Summen eine weitere Steigerung der Aufwendungen des Staates für die Volksschule, eine Steigerung, die sogar auf den ersten Blick recht hoch erscheint, die aber weit weniger ist als die Steigerung der Leistungen des Staates für andere Zwecke, namentlich für die höheren Lehranstalten. Man darf ferner nicht vergessen, daß diese Leistungen dank dem agrarischen Charakter, der allen Gesezen und Verordnungen auf dem Gebiet des Volksschulwesens eigen ist, in erster Linie den Junkern zugute kommen, die in ihrer Eigenschaft als Gutsbesitzer die Hälfte des Staates in überaus reichem Maße in Anspruch nehmen. Leider läßt sich weder aus der Vorlage noch aus den Motiven des Gesetzes feststellen, wie sich in Zukunft die Staatszuschüsse auf das platte Land



und auf die Städte verteuert werden, aber wer die Vorgeschichte des Gesetzes auch nur oberflächlich verfolgt hat, der kann darüber nicht in Zweifel sein, daß auch jetzt wieder die Agrarier auf ihre Kosten kommen werden. Die preussischen Gesetzgeber rechnen als gute Geschäftsleute bei jedem Gesetz auf Heller und Pfennig nach, was es ihnen einbringt.

So werden die Junker und Pfaffen, die nun einmal in Preußen ausschlaggebend sind, durch das neue Volksschulgesetz ihre Herrschaft weiter befestigen, die Pfaffen, indem ihnen die Volksschule ausgeliefert wird, und die Junker, indem sie in klingender Münze den Judalohn für diesen neuen Verrat an dem Volke einheimfen. Das Gesetz ist ein Wechselbalg, der nur in einem auf Grund des Dreiklassenwahlrechts zusammengesetzten Parlament das Licht der Welt erblicken konnte.

## Deutsches Reich.

### Zum hanseatischen Wahlrechtsraub.

In einem seiner Besuche macht Körner sich Lustig über die kuriosen deutschen Republiken. Und mit Recht. Man scheint tatsächlich die drei plutokratischen deutschen Republiken als abschreckende Beispiele bestehen gelassen zu haben. Während man in den süddeutschen Monarchien, der Rot gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, das Wahlrecht in demokratischer Richtung abgeändert hat, ist man in den „Republiken“ Hamburg und Lübeck der Meinung, daß Volksschritte zu den billigsten Menschenrechten gehören. Ueber die wirklichen Absichten des bürgerlichen Ausschusses der Hamburger Wahlrechtsräuber sind in letzter Zeit so viele Versionen aufgetaucht, daß wir von deren Wiedergabe Abstand nehmen mußten. Auf dem kleinen Umweg über Frankfurt am Main ist jedoch darüber näheres in die Öffentlichkeit gedrungen. Wie wir bereits mitteilten, ist die Scheidungsgrenze der allgemeinen Wählergruppen die Einkommensstufe von 2500 M. Von den 52 000 wahlberechtigten Hamburger Bürgern versteuern etwa 20 000 ein höheres Einkommen, während 32 000 Bürger ein Einkommen von unter 2500 M. haben. Die erste Klasse soll 48, die zweite Klasse 24 Abgeordnete wählen, so daß ein Wähler erstklassiger Güte genau so viel Wahlrecht ausübt wie 1/2 Wähler der zweiten Klasse. Selbstverständlich befinden sich in der ersten Wählerklasse sämtliche Grundeigentümer, darunter auch der ehrenwerte „Verufsstand“ der Vorderlinhaber, und die Notabeln, die außerdem noch bei den „Privilegierten“ wählen ein- bzw. zweimal wählen. Das Hamburger Landgebiet soll acht Abgeordnete für sich wählen.

Damit niemand in Erfahrung bringen kann, wer als allgemeiner Wähler zur ersten Klasse oder zur Armenklasse gehört, wird die Klassifizierung von der Steuerbehörde vorgenommen, die die verschlossenen Akten des Wahlvorstehers zuweist, die nun ihrerseits den Wählern die mit Aufschrift versehenen Akten einhändigen. In den Akten befindet sich die Wahlmarke, welche die Klassenzugehörigkeit bestimmt, und diese mit dem Stimmzettel steckt der Wähler in einem Hohlraum in das Wahllokal. Dadurch soll das Geheimnis der Klassenzugehörigkeit gewahrt bleiben.

Neben diesem Pluralwahlrecht wird für die allgemeinen Wahlen das Proportionalwahlrecht eingeführt, damit, wie es heißt, jede Partei zu ihrem Rechte kommt. Es ist zwar Wahnsinn, doch liegt System darin! Bringt man die Willen- und sonstigen Stadtviertel mit wenig oder gar keiner Arbeiterbevölkerung in Abzug, so haben sich unsere Parteienoffen auf Grund der Verhältniswahl in die paar arbeitslosen Abgeordneten zu teilen. Die Sozialdemokratie wird zehn, vielleicht zwölf Parlamentssitze erobern und damit eine „ihrer Bedeutung im Hamburger Staatsleben entsprechende Bürgerchaftsvertretung erlangen“, wie es in der famosen Begründung der Senatsvorlage heißt.

Im Monat Januar wird voraussichtlich der parlamentarische Kampf um das neue „Wahlrecht“ beginnen.

Der badische Landtag wurde heute in Karlsruhe mit einer vom Staatsminister Freiherrn v. Dusch verlesenen Thronrede eröffnet, in der die badische Finanzlage als ziemlich ungünstig hingestellt wird.

Das ordentliche Budget der allgemeinen Staatsverwaltung für 1906/07 heißt es in dieser Thronrede, „schließt mit einem geringen Ueberschuß ab. Dieses Ergebnis konnte aber nur erzielt werden durch die Aufrechterhaltung der in der letzten Tagung beschlossenen Erhöhung der Einnahme- und Kapitalrentensteuer sowie durch Vereinfachung eines größeren Teiles der Dotationen der Eisenbahnschulden-Zinsgattung zur Deckung der vom Reich gestellten Materialbeiträge. Auf dem Gebiete der direkten Besteuerung harret eine wichtige und bedeutungsvolle Aufgabe ihrer Lösung, nämlich die Reform der Ertragssteuer im Sinne ihrer Umwandlung in eine Vermögenssteuer. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wird dem Landtage zugehen. Wegen der von den deutschen Regierungen mit Staatsbahnbefugnis beabsichtigten Maßnahmen behufs Herbeiführung einer größeren Wirtschaftlichkeit in der Betriebsführung, worüber die Verhandlungen noch schweben, wird die Regierung sich gleichfalls mit dem Lande ins Benehmen setzen.“

### Von unserem lieben Flöttchen.

Man schreibt uns: Die Flottenapostel und die Regierung bemühen sich bekanntlich eifrig, dem deutschen Volk die Meinung beizubringen, daß Deutschland eine sehr kleine Flotte besitze. Einer der Hauptflottenreiber sprach sogar vor kurzem von einem deutschen „Flöttchen“. Angesichts solcher Samwalmalereien geben wir eine Tabelle wieder, die der Broschüre „Einteilung und Standorte des deutschen Heeres. Uebersicht und Standorte der kaiserlichen Marine usw. Nach amtlichen Quellen und nach dem Stande vom 14. Oktober 1904“ (Militärverlag der Liebel'schen Buchhandlung, Berlin), entnommen ist.

Das deutsche „Flöttchen“ zählte danach am 14. Oktober 1904 unter anderem: 24 Linienfahrzeuge, 8 Küstenpanzerschiffe, 12 Kreuzerkanonenboote, 12 große Kreuzer, 32 kleine Kreuzer, 7 Kanonenboote, 3 Flugkanonenboote. In Summa sind das allein schon 98 Kriegsschiffe. Rechnet man auch noch die Schulschiffe, Spezialschiffe und Hakenschiffe, die im Kriegsfall doch irgendwie verwendbar sein werden, hinzu, so kommt die stattliche Zahl von 130 Kriegsschiffen heraus. Dabei sind aber die Torpedoboote nicht inbegriffen. Auch sind die Handelsdampfer, die wegen ihrer großen Geschwindigkeit im Mobilisationsfall als Aufklärungsschiffe benützt werden, außer Betracht gelassen. Ferner ist zu bedenken, daß das Flottengesetz vom Jahre 1900, das jetzt über den Haufen geworfen werden soll, schon eine allmähliche Vermehrung der deutschen Kriegsmarine um 18 Linienfahrzeuge und 7 große Kreuzer vorsah.

Die Ueberflüssigkeit der neuen Flottenvorlage zu beweisen ist unnötig, da dies im „Vorwärts“ gründlich besorgt worden ist. Wir wollen nur mehr auf die bewundernswürdigen, ganz dem erhabenen Zirkus des entsprechenden „Konsequenz“ hinweisen, die sich durch die neue Marinevorlage, den Zolltarif und die neuen Steuerprojekte zieht. Die Kriegsmarine wird nach der Behauptung der hohen Obrigkeit vermehrt, um den immer mehr zunehmenden deutschen Handel zu schützen. Die

hohe Obrigkeit selbst aber hat mit ihrer Zollpolitik dem deutschen Handel schon einen schweren Schlag versetzt und nun ist sie mit ihren neuen Steuerprojekten eben daran, ihm noch einen Stoß zu verabfolgen. Alles, was die deutsche Industrie und der deutsche Kaufmann vom Ausland beziehen, müssen sie nach Inkrafttreten des Zolltarifs teurer bezahlen und im Reich selbst wird der Detailhandel durch die geistreiche Quittungssteuer und die ebenso geistreiche Paketsteuer schwer geschädigt. Schon jetzt ist das Paketporto so hoch, daß es der Entwicklung des Detailhandels große Hindernisse bereitet. Leute, die auf dem Lande leben und daher in mancher Hinsicht auf auswärtige Geschäfte angewiesen sind, können ein Päckchen vom Porto, das sie jährlich bezahlen müssen, jenen für ein Päckchen mit lumpigen zwei Kilogramm Gewicht sind jetzt schon im allgemeinen inklusive Zustellgebühr nicht weniger als 60—70 Pf. Porto zu entrichten. Und nun sollen noch weitere 10 Pf. an Reichsteuern erhoben werden. Unter solchen Verhältnissen würde man sich Verstellungen, die nicht unbedingt nötig sind, dreimal überlegen. Was die neue Tabaksteuer anbelangt, so geht sie förmlich darauf aus, die deutsche Tabakindustrie halb zu erwürgen.

Man kann also ohne Uebertreibung behaupten, daß die Reichsleitung nach dem genialen Rezept verfährt: „Wir wollen den deutschen Handel, den wir selbst durch unsere eigene Gesetzgebung nach Kräften schädigen, gegen das Ausland schützen.“ Dies ist wahrhaft eine Meisterleistung des Zirkusartes.

Endlich noch eine Bemerkung. Im Reichstag ist von „Staatsmännern“ zu hören gewesen, daß Bier und Tabak entbehrlich seien. In dieser Behauptung liegt unter den Umständen, unter denen sie fällt, eine große Komik, denn der geheime Wunsch der Regierung geht dahin, daß trotz Steuern möglichst viel geraucht und Bier getrunken wird. Je weniger die Deutschen rauchen und Bier konsumieren, um so geringer wird der Steuerertrag. Uebrigens wissen wir andere hübsche Sachen, die noch viel entbehrlicher wären als Bier und Tabak, z. B. die Millionen betragenden jährlichen Einkünfte der deutschen Fürsten, die je 50 000 M. jährlich betragenden Gehälter der preussischen Minister. „Oben“ schläft man auf Seide, trinkt Sekt, ist Hofanin und Lustern und zugleich wird dem armen Teufel der Genuß eines Glases Bier und einer 3 Pf.-Zigarre als „entbehrlich“ bezeichnet. Es gibt hier nur einen Trost, nämlich das Bewußtsein, daß diese faubere „Ordnung“ die längste Zeit gedauert hat.

Reichstagswahl in Oldenburg-Flö. Amtliche Meldung. Bei der am 8. d. M. stattgehabten Reichstagswahl im Wahlkreis 9 (Schleswig-Holstein) erhielt von 18 996 abgegebenen gültigen Stimmen Rechtsanwalt und Notar Justizrat Bodemann (H.) 8874 Stimmen, Dr. med. Struwe (fr. Vg.) 4114 Stimmen und Zigarrenmacher Paul Weinheber 4003 Stimmen. Justizrat Bodemann ist somit gewählt.

### „Besteht der Ausweisungparagraf nicht mehr zu Recht?“

Unter diesem Titel bringen die „Konservative Korrespondenz“ und ihre würdige Schwester, die „Post“ die folgende gemeine Denunziation:

Die galizische Jüdin Rosa Luxemburg ist jetzt die Tongängerin im „Vorwärts“, dem sozialdemokratischen Zentralorgan. Unter dem Einfluß dieser jüdischen Ausländerin ist der „Vorwärts“ in die extremsten revolutionären Bahnen eingelenkt. Täglich wird von ihm Aufruhr gepredigt. Außerdem reißt die Rosa Luxemburg in Deutschland umher und hält aufrührerische Reden. Vor kurzem hat sie Hamburg umhertouriert. Darauf hat sie sogar in der Reichshauptstadt vor einer großen Versammlung gesprochen und unter frenetischem Beifall aufgerufen, es den russischen Revolutionären nachzumachen. Dabei hat sie eingeklagt, daß die russischen Revolutionäre in unübertrefflicher Fühling mit der deutschen Sozialdemokratie handeln. In der staatsverachtenden Bevölkerung versteht man die Duldung solcher Aufrührerreden nicht. Man fürchtet erste Gefahren. Gewährt das Gesetz keine Handhaben gegen dieses Treiben in Versammlungen und Zeitungen, so sollte man sie schaffen. Aber vor allem die Frage: Weshalb läßt man die Aufruhr predigende galizische Jüdin im Lande? Man speidiere diese Person doch dahin, woher sie gekommen ist, nach dem „in Freiheit“ schwelgenden Ausland! Ferner wäre es höchst wünschenswert, daß die Behörde den sehr zahlreichen in Berlin herumlungernenden und agitierenden russischen Studenten und Studentinnen unausgesetzte Aufmerksamkeit schenkt. In der „freien“ Schweiz ist man nicht so duldsam gegen solche Leute wie bei uns.

Die staatsverachtenden Denunzianten werden sich gegen die Genossin Luxemburg ganz umsonst die Kehle heiser stellen: sie ist deutsche Reichsbürgerin und als solche außer der Schutzweite der konservativen Polizeiseelen. Aber die Denunziation gegen die in Berlin lebenden russischen Studenten ist ein Dubensstück und soll hiermit niedriger gehängt werden.

Aus Deutsch-Südwestafrika wird amtlich gemeldet: Der Nordbairische Cornelius war, nachdem er die Umgegend von Keetmanshoop unsicher gemacht hatte, nach der Zwiibel-Gebebene ausgewichen. Von unseren Truppen dauernd verfolgt, wandte er sich wieder südwärts nach dem Baitwege und wurde am 21. November bei Garumab westlich Keetmanshoop von der Kompanie Grüner angegriffen. Leutnant Graf v. Hardenberg und zwei Reiter wurden hierbei, wie bereits gemeldet, verwundet.

Im äußersten Süden der Kolonie wurden von Vanden des Morenga am 4. Dezember die Pferde wachen der 9. Kompanie bei Sandfontein, die der 10. Kompanie bei Rorehab überfallen. Ersterer wurden 156, letzterer 34 Reiter abgetrieben, obwohl alle verfügbaren Kräfte sofort vorgingen.

Am 7. Dezember wurde der Viehposten von Kalkfontein durch eine 100 Mann starke Gontentottenbande, anscheinend gleichfalls Morengaleute, umzingelt. Dabei wurden 200 Stück Großvieh und Pferde, 400 Stück Kleinvieh abgetrieben. — Zahmeister-Aspirant Selbach, der mit wenigen Reitern die Verfolgung aufnahm, um den Verbleib des Gegners festzustellen, sowie ein Unteroffizier fielen hierbei. Die zweite Kompanie Regiments 1 nahm von Kalkfontein aus die Verfolgung des auf Gobabis abgezogenen Gegners auf.

Der Transportverkehr auf den Etappenstrahlen im Süden soll durch Anlage besetzter Stützpunkte aufrecht erhalten werden. Weiterem Viehraub wird durch Eintrafen der Tiere während der Nacht vorgebeugt. Daß die Tiere bei unzureichendem Haferschutz hierunter sehr leiden, muß in den Kauf genommen werden.

Zum Oberbefehlshaber im Süden gegen Morenga ist an Stelle des erkrankten Oberstleutnants van Semmern der Major v. Stöffel ernannt worden. Das Kommando über die Truppen im Ostnamaland und im Bezirk Velbanien-Verscha übernimmt statt seiner Major v. d. Heide.

Der Heretropolit Michael Tschjewa von Omaruru ist mit seinem Gefolge nach dem Wassiberggebiet übergetreten und soll dort seine Gewehre abgeliefert haben.

Die Gesamt-Gefangenenzahl betrug am 1. Dezember 8814 einschließlich 684 Gontentotten, darunter 2171 Männer, gegen 7072 Köpfe, darunter 2051 Männer, zu Anfang September.

Nach Meldung des Obersten Dame leidet die Kriegsführung erheblich unter den Schwierigkeiten der Verpflegung infolge Auftretens der Rinderpest und der Lungenseuche.

### Zur „Panther“-Affäre.

Den „Times“ wird vom 11. Dezember aus Washington gemeldet:

Die Regierung erhielt von dem amerikanischen Geschäftsträger in Rio de Janeiro Versicherungen, die „Panther“-Angelegenheit werde wahrscheinlich ohne Schwierigkeiten geregelt werden. Präsident Roosevelt schenkt der Sache wenig Aufmerksamkeit, da er annimmt, Deutschland werde, nachdem ihm die Tatsachen bekannt geworden sind, den festgenommenen Steinhoff freilassen und ihn wieder auf brasilianisches Gebiet bringen. Der deutsche Votschafter Baron Sped v. Sternburg hatte heute morgen mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Büro eine Unterredung über die Angelegenheit. Auf der deutschen Votschaft in Washington gibt man der Auffassung Ausdruck, falls eine Verlegung des Völkerechts oder ein Eingriff in die brasilianischen Hoheitsrechte vorgekommen sei, werde Deutschland gern Genehmigung geben.

Danach erscheint uns denn doch eine amtliche Darstellung am Platze!

Das Volk eine Hammelherde! Die „Germania“ leidet während über Rebellen Ausführungen über die Stellung des Volkes zu einem etwaigen Kriege. Sie schreibt:

Wenn er so tut, als würden die Sozialdemokraten im Falle eines Krieges ihr Verhalten danach einrichten, ob Deutschland im Recht oder Unrecht sei, so ist das nährliche Großsprecherei. Man würde die Herren Genossen nicht lange fragen, ob sie marschieren wollen oder nicht. Es hieße nur den sozialistischen Uebermut verstärken, wenn man sich den Schein gibt, als glaube man der Rebellen Prahlerei.

Also das führende Organ einer Partei, die eine Volkspartei zu sein behauptet, findet es durchaus in der Ordnung, daß die Massen des Volkes einfach in den Krieg hineingeworfen werden, den eine beißende Rinderherde über ihre Köpfe hinweg, ja gegen ihren Willen eigenmächtig anzettelt! Es wird gut sein, den Zentrumsarbeitern diese freche Verhöhnung der Volksschritte recht eindringlich zu Gemüte zu führen!

## Ausland.

### Schweiz.

Die Parteileitung der Schweizerischen Sozialdemokratie hatte sich in ihrer Sitzung, die am Sonntag in Bern stattfand, mit der Militärfrage zu befassen. Zur Dislokation lagen eine Anzahl Theesen vor, die für die Gegenwart übereinstimmend ein nationales Heer als notwendig erklärt, es aber möglichst demokratisieren wollten und ferner Garantien verlangten, daß in Streitfällen keine mißbräuchliche Verwendung statfinde. Die Ausarbeitung der Theesen wurde einem Komitee übertragen. Der Parteitag, der für den 10. Februar nach Karau einberufen ist, soll sich mit der Militärfrage besonders befassen.

### England.

Zu den Wahlen. Im Jahre 1893, als Lord Rosebery Premierminister war, hat er einmal in einer Rede folgenden Ausdruck getan: „Es gibt in diesem Lande eine Partei, die noch keinen Namen und keinerlei Verbindung mit den bestehenden politischen Organisationen hat, eine Partei, die uns zuzufinden möchte: Verflucht seien eure Parlamente, verflucht eure 2 Parteien, verflucht eure ganze Politik, verflucht eure Diskussion ohne Ende und ohne Resultat! Macht ein Ende mit euren ewigen Reden und tut etwas für das Volk!“ Diese Partei hat sich inzwischen einen Namen gemacht; es ist die Arbeiterpartei, die bei den nächsten Wahlen zum ersten Male als geschlossene selbständige Partei den Liberalen und Konservativen gegenübertritt wird. Von den circa 90 Arbeiterkandidaten werden 51 vom Arbeitervertreter-Komitee, dem bekanntlich 1 200 000 Gewerkschaftler angeschlossen sind, aufgestellt. Inlet diesen Kandidaten befinden sich wenigstens 20 ausgesprochene Sozialisten, wie z. B. Thorne, Pete Curran, Ben Tillett, Eric Hardie, Radonald und Snowden. Unsere Genossen von der sozialdemokratischen Federation stehen außerhalb jener Kandidaten der Arbeit, nichtbestimmender sind die meisten ihrer Kandidaten zugleich auch die der Trades-Unionisten der betreffenden Wahlkreise. So sind unter anderem Hyndman in Burnley, Quetch in Southampton, Hartley in Bradford usw. gleichzeitig von den dortigen Gewerkschaften aufgestellt worden. Auf der anderen Seite stehen allerdings die Bergleute mit 16 Kandidaten, die nach dem alten Labour-Liberalismus treu geblieben sind. Diesen zuzugählen ist noch eine Anzahl Arbeitervertreter, die von den Liberalen anerkannt und unterstützt werden, wie Richard Bell, Broadhurst, John Burns, Steadman und andere. Diese aber gehören zu den Ausnahmen; die Mehrzahl der Arbeiterkandidaten führt den Kampf für eine vollkommene Unabhängigkeit gegenüber den bürgerlichen Parteien. In den Fragen der Taktik sind allerdings noch Differenzen vorhanden. Es sieht aber zu hoffen, daß die gemeinsame parlamentarische Arbeit auch einen engeren Zusammenschluß der englischen Sozialdemokratie herbeiführen wird.

## Soziales.

Die „Hirsche“ als Sturmbock gegen Wahlrechtsbesserung. Der Ausgang der letzten Gemeindevahlen in Nürnberg hat das liberale Unternehmertum, das dort die unbeschränkte Herrschaft führt, in große Verorngis veretzt. Bekanntlich hat die Arbeiterpartei bei diesen Wahlen einen großen Zuwachs zu verzeichnen gehabt, daß sie, wenn ihre Stimmzahl in gleichen Verhältnissen weiter steigt, bei den nächsten Wahlen (in drei Jahren) den Rathausring wird brechen können. Um dies zu verhindern, trifft der Gemeinbeiberalismus schon jetzt Vorvororge. Er ist bestrebt, möglichst viele „Würger zu machen“. Da aber aus der Bourgeoisie schon alles herausgeholt ist, was zu holen war, hat man sich nach einer Schutztruppe umgesehen und eine solche in den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen gefunden. Diese haben einen Verein gegründet, dessen Aufgabe es ist, den Gewerksvereinen das Bürgerrecht zu erwerben. So will man dem sozialdemokratischen Zuwachs die Wage halten. Auch die auf Hirsch-Dunderschen Boden stehenden kaufmännischen Vereine haben sich dem Vorgehen angeschlossen. So lassen sich also die braven Hirsche dazu gebrauchen, dem liberalen Unternehmertum, das unter Mißhandlung aller liberalen Grundzüge den Arbeitern ein besseres Gemeindevahlrecht vorenthält und ihnen das Recht abspricht, in Gemeindevahlangelegenheiten mitzubestimmen, bei der Aufrechterhaltung seines Monopols auf die Herrschaft in der Gemeinde Palastdienste zu leisten.

Gegen die Säuglingssterblichkeit. Das Gemeindevollkollegium in Regensburg nahm einen Antrag des Gemeindevollständigen und praktischen Arztes Dr. Roscher an, der der Säuglingssterblichkeit durch Auslegen von Stillprämien für unbemittelte Mütter entgegenwirken will. In der Begründung heißt es, daß in bezug auf die Kindersterblichkeit Regensburg mit die schlechteste Ziffer aufzuweisen habe. Die nicht stillenden Mütter könne man in drei Hauptgruppen einteilen: 1. solche, die nicht stillen wollen; 2. solche, die aus körperlichen Gründen nicht stillen können; 3. solche, die aus sozialen Gründen nicht stillen. Die Kinder der letztgenannten Mütter seien die einzigen, denen der Vorteil der natürlichen Ernährung durch Stillprämien verschafft werden könne. Diese seien zuerst in Frankreich allgemein eingeführt worden und beständen in der Gewährung eines wöchentlichen Zuschusses an stillende unbemittelte Mütter, die unter ärztliche Kontrolle zu stellen seien. Voraussetzung der Möglichkeit, hier und da durch solche Zuschüsse zu helfen, ist, daß diese Zuschüsse nicht als Armenunterstützung aufgeföhrt werden. Eine durchgehende Hilfe gegen die wachsende Säuglingssterblichkeit kann nur eine Wesamänderung der sozialen Verhältnisse, der Gewerks- und Wohnungsverhältnisse, schaffen.



# Gewerkschaftliches.

## Ein neuer Verrat der Hirsch-Dunderschen.

Nach der erfolgreich verlaufenen Lohnbewegung der Hafenarbeiter in Königsberg wollten auch die Getreide-träger eine Aufbesserung ihrer Löhne anstreben. Als das einige im Hirsch-Dunderschen Verband organisierte Arbeiter hörten, machten sie sich daran, einen Tarif auszuarbeiten und ohne die Zustimmung ihrer Kollegen zu haben, unterbreiteten sie den Tarif, der ganz minimale Forderungen enthält und für die Getreide-träger unannehmbar ist, der Kaufmannschaft. Diese bewilligte natürlich schlanke Weg das Geforderte und die „Lohnbewegung“ hatte ihr Ende erreicht. Als die große Masse der Getreide-träger erfuhr, daß hinter ihrem Rücken die Löhne z. vereinbart seien, brach die Empörung gegen ein derartiges Vorgehen der Hirsch-Dunderschen aus. Noch größer aber wurde die Entrüstung, als man erfuhr, wie die edlen Ritter das gemacht hatten.

So hatten sie an das Vorsteheramt der Kaufmannschaft ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

Dem pp. gestatten sich die ergebenst unterzeichneten Vorarbeiter der Getreide-träger im Nachstehenden eine Aenderung des zurzeit bestehenden Lohns und der jetzt üblichen Anstellung bezw. Verwendung der ständigen und vorübergehend beschäftigten Träger in Ansehung der jetzt herrschenden Lebensmittel-Preise und bewußtlose zur Vermeidung eines erneuten von den vorübergehend beschäftigten Trägern beabsichtigten Streiks sehr gefällig in Erwägung ziehen zu wollen. . . Die Hilfs-träger würden durch den beabsichtigten Streik nicht nur den arbeitswilligen ständigen Trägern, sondern um so vielmehr auch der Kaufmannschaft insbesondere in der jetzt kurz vor Schluß der Schiffsahrt besonders hochwichtigen Arbeitsperiode, einen unberechenbaren Schaden bezw. Nachteil von weitgehender Bedeutung hervorrufen.

It das nicht ein Verrat der Arbeiterschaft in reinster Form?

Und im Interesse der Arbeitswilligen und der Kaufmannschaft wird diese Tat verübt.

Dabei ist von dem an die Wand gemalten Streik noch gar keine Rede gewesen. Ja, die Getreide-träger hatten den Arbeitgebern noch nicht einmal Forderungen unterbreitet.

Dieser Verrat hat aber den Arbeitern nichts geschadet, sondern ihnen vielmehr genützt. Als Antwort darauf sind sie jetzt zum größten Teile dem Verbands beigetreten und werden sich die Bewilligung ihrer Forderungen zu erkämpfen wissen, wenn es sein muß!

## Berlin und Amgegend.

### An die organisierten Arbeiter Berlins und der Vororte!

Wir eruchen die Genossen auf die weißgrüne Kontrollkarte in den Barbiergehäften zu achten, denn nur da sind die Forderungen bewilligt, wo diese an den Spiegel angebracht sind. Auch unterscheidet sich die Karte von denen der Friseurgehilfen Deutschlands durch die Unterschrift Hermann Schulze und dem Stempel: Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehilfen Berlins.

Die Forderungen sind durchbrochen worden von der Firma Gros u. Co., Bergmannstr. 112, Köpenickerstr. 14, Weisenaustr. 68, Adelerstr. 22, Stallweberstr. 63, Alexanderplatz 2, Neue Königstr. 62, Rantzenstr. 2; Schöneberg: Kolonnenstr. 64; Steglitz: Schützenstr. 64.

Genossen, achtet auf die weißgrüne Kontrollkarte! Hoch die Solidarität! Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehilfen Berlins.

**Achtung Kleber (Tapetierer)!** Wegen Tarifbruchs ist der Bau Kommissarstr. 36, Ecke Wilmersdorferstraße, Unternehmer Kolmbach, Potsdamerstr. 78, für Kleber gesperrt. Die Richterkommission.

## Deutsches Reich.

**Leuerungszulagen für Metallarbeiter.** Die Hallschen Metall-industriellen, die jüngst mit einer Aussperrung drohten, haben einen Juristengänger und die mit Streik bedrohte Firma Wanda in Krefeldburg — Maschinenfabrik — hat Zugeständnisse gemacht. Am Montagabend fanden zwei überfüllte von etwa 2000 Metall-arbeitern besuchte gemeinsame Versammlungen statt, in denen über die Verteilung der Leuerungszulagen, insbesondere über die herrschende Pleichnot gesprochen wurde. Beide Versammlungen waren vom besten Geiste besetzt und die Referenten wiesen unter lebhafter Zustimmung darauf hin, daß die Unterernährung eine starke Gesundheitschädigung der Arbeiter zur Folge haben müsse. Aus diesen Gründen, so hieß es in einer in beiden Versammlungen einstimmig angenommenen Resolution, beauftragt die Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die Unternehmer in der Metallindustrie zu eruchen, jedem Arbeiter eine Leuerungszulage von 50 Pf. zum Tagesverdienst zu bewilligen. Die Metallarbeiter wollen alle Schritte zur Erfüllung dieser Forderung unternehmen.

## Zechnenrechte.

Bei den Arbeiterauswahlwahlen im Ruhrrevier erlebt man nun das erhebende Schauspiel, daß Christliche und Streik-brecher im gegenseitigen Einverständnis die Mandate unter sich verteilen. Das zeigte sich besonders augenfällig bei der Wahl auf Zeche „Kaiserstuhl“ bei Dortmund. Die Agitation auf der Zeche wurde von den niederen Grubenbeamten und vier Gewerkschaftsagitatoren gemeinsam betrieben. Zu wählen waren drei Auswahlmitglieder, der Christliche Gewerksverein hatte auch drei Kandidaten ernannt. Bei der Wahl ließ man aber den dritten christlichen Kandidaten fallen; er erhielt keine einzige Stimme. An seine Stelle wurde ein Streikbrecher auf die Liste gesetzt und auch gewählt! Die Stimmzettel wurden ausgefüllt vom Nachwächter und Portier der Zeche! Von der mehrtausendköpfigen Belegschaft wählten aber nur 59 Mann, meist Tagesarbeiter, trotz aller Anstrengungen der Grubenbeamten und der Gewerkschaftsagitatoren. Zu den Gewählten gehörte auch der Zentrums-Stadtdirektor Blume, ein „wackerer“ Mann, der beim Bergarbeiterstreik es ablehnte, in irgend einer Versammlung zu reden, später aber mit der Bergesehnen-Kommission des Abgeordneten-hauses, als sie ihre Spritzen ins Ruhrrevier machte, im Dortmunder Ratskeller populisierte, wobei denn bekanntlich auch keine Mißstände entdeckt worden sind. An den Zentrums-Stadtdirektor Blume mußten wir denken, als die ulkamentane „Tremonia“ dieser Tage schrieb: „Nieder mit den Zechnenfreunden! . . .“

Wie Nachrichten, die einlaufen, melden „Siege“ der Christ-lichen — aber trostlose Siege. Mehrfach beweisen auch die Res-ultate, daß Kompromisse mit den Streikbrechern abgeschlossen worden sind. Auf Zeche „Gottesseggen“ wählten von 700 Mann Belegschaft 6; auf Zeche „Gansa“ von 1500 Mann 100; auf Zeche „Minister Stein“ von 2000 Mann 90; auf Zeche „Hannibal“ von 2000 Mann 89, gewählt wurden 3 Gewerkschafts-mitglieder und 1 Streikbrecher; auf Zeche „Hannover 1 und 2“ von 1200 Mann 106, gewählt 1 Gewerkschaftsmitglied und 1 Streik-brecher, als Ersatzmänner 1 Gewerkschaftsmitglied und 2 Streik-brecher; auf Zeche „Hannover 1 und 2“ von 2500 Mann 70;

auf Zeche „Thamros 3 und 4“ von 3500 Mann 85; auf „Friedrich Ernestine“ von 1000 Mann 82; auf Zeche „Karolinenflad“ von 1400 Mann 14, von diesen 14 Stimmen waren noch 8 ungültig.

Die Christlichen siegen sich zugrunde, und Selbstkaparliament und Regierung erhalten eine klatschende Ohrfeige nach der anderen.

## Ausland.

### Ein Anhebungsgefes

soß im Kanton Bern gegen die Arbeiter geschafsen werden. Der Große Rat hat die Regierung beauftragt, ihm einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die nötigen Bestimmungen enthält, um Aus-schreitungen bei Streiks möglichst zu verhindern und strafrechtlich zu ahnden, den Schutz und die persönliche Freiheit der Arbeits-willigen und Arbeitgeber bei Streiks, sowie die Rechte der Streikenden zu wahren.

### Ein Scheinrieg mit kapitalistischer Hülse.

Als im November d. J. im Rotterdamer Hafen ein Ausstand der Abwäger und Messer von Getreide ausbrach, gerichtet gegen die Getreide-Elevator-Gesellschaft, mit der Forderung, daß diese neu eingeführte Maschine keine Aenderung in die Lebenshaltung der Arbeiter bringen dürfte, da glaubte jedermann, daß dieser Kampf gegen die Maschine ein völlig aussichtsloser sei. Auch die Hafen-arbeiter-Organisation stellte sich auf diesen Standpunkt. Die Forderung der Korporation der Abwäger und Messer war die, daß — obgleich am Elevator nur ein Abwäger nötig war gegen 5 bei der Handarbeit — doch ebensoviel Abwäger beschäftigt werden müßten als vorher.

Der Ausstand gab Ursache zu einem heftigen Streit zwischen der Hafenarbeiter-Organisation (welche sich seit einiger Zeit von den Anarchisten etwas losgemacht hat) und vielen unter anarcho-sischer Führung stehenden Unorganisierten. Die Anarchisten wollten gegen die Elevatoren einen allgemeinen Hafenarbeiterstreik in Szene setzen. Die Organisation erachtete einen Widerstand gegen die Anwendung von arbeitssparenden Maschinen für vollständig widerständig.

Und nun haben die Abwäger und Messer ihre Forderung bewilligt erlangt! Der Streik gegen die Maschine ist gelungen!

Aber nicht aus eigener Kraft, sondern weil die deutschen Getreide-Importeure den Streikenden unter die Arme gegriffen haben.

Die „R. Rotterdamsche Courant“ publiziert einen Vertrag, abgeschlossen zwischen der „Vereinigung Rheinisch-West-fälischer Getreide-Importeure“, dem Kartell der „Produktionsbörse am Ober- und Niederrhein“ (welche beiden auch einige nicht-organisierte Firmen vertreten) und der „Korporation der be-eidigten Abwäger und Messer in Rotterdam“.

Die Hauptbestimmungen dieses Kontraktes lauten:

Art. 1. Der Ausstand der Abwäger und Messer, welcher am 4. November 1905 angefangen hat, wird am 20. November, Montag morgen, beendet.

Art. 2. Die Produktionsbörse vom Ober- und Niederrhein und die Vereinigung Rheinisch-Westfälischer Getreide-Importeure verbinden sich, vom Montag, den 20. November 1905 bis 20. Mai 1906 in Rotterdam oder in Stromabwärts von Rotterdam liegenden Häfen kein Getreide zu empfangen, das nicht auf die übliche Weise abgewogen ist, also keine Sendungen, welche durch die neuen Elevatoren gewogen sind, oder die Ware müßte auf die bis heute übliche Weise übergewogen sein.

Die weiteren Artikel regeln die Anwendung dieses Vertrags. Innerhalb des halben Jahres, das er dauert, werden die Produktions-börse, für welche Herr Emil Hirsch, Vorsitzender der Pro-duktionsbörse in Mannheim, und Herr L. Rosenthal, Sekretär der Rheinisch-Westfälischen Getreide-Importeure, auftreten, den Versuch machen, mit den Rotterdamer Getreide-Exportfirmen einen Vertrag abzuschließen, um zu bestimmen, daß sie von Rotterdam aus kein anderes Getreide bekommen als das, welches auf die bisher übliche Weise abgewogen ist.

Wolter dieser sonderbare Vertrag zugunsten der Anwendung einer veralteten Arbeitsweise?

Zu allererst ist daran schuld der Umstand, daß der Ausstand den deutschen Getreide-Importeuren sehr unangenehm kam. Die Hauptursache ist aber die, daß die Exporteure in Rotterdam und die Elevatoren-Gesellschaft die Absicht hatten, die Vorteile der billigeren Arbeitsweise allein einzufangen, und die deutschen Kunden, wenigstens solange die Verträge nicht abgelassen waren, zu den alten Tarifen zu bedienen. Das haben diese nun ver-hindert und dadurch den Arbeitern zu einem unerhofften und für die Zukunft nicht einmal wünschenswerten Sieg verholfen.

Die holländischen Exporteure und die deutschen Importeure werden sich nun wohl verständigen, und vom 20. Mai 1906 ab teilen sie sich in die Vorteile der neuen Elevatoren.

Dann werden die Arbeiter den schon verlorenen Kampf viel-leicht aufs neue aufnehmen müssen.

## Die Regierung zittert.

Ein Telegramm meldet uns: Wien, 12. Dezember. Schußs Verhinderung einer neuer-liden passiven Resistenz der Eisenbahner ist man im Eisenbahn-Ministerium entschlossen, weiter bei den Privatbahnen zu ver-mitteln.

Sämtliche Arbeiter der großen Monkanfabrik zu Ragnau sind, wie aus Pilsen gemeldet wird, wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten.

## Der drohende Streik der amerikanischen Kohlengräber.

Präsident Roosevelt hatte nach der „Frankfurter Ztg.“ eine Besprechung mit einer Abordnung der Kohlenarbeiter unter Mitchell, um im nächsten Frühjahr bei Ablauf des jetzigen Ab-kommens einen Streik zu vermeiden.

## Versammlungen.

**Der polizeilichen Auflösung**  
verfiel am Montag eine Versammlung der Metallschrauben-dreher im Vereins-hause Eldorf, auf deren Tagesordnung als erster Punkt Vortrag des Genossen Max Schütte über „Die Re-volution von 1848 im Gegensatz zu der russischen Revolution“ stand. Sobald Genosse Fellenberg die Versammlung eröffnet hatte, erhob sich der überwachende Polizeihauptmann und erklärte: Die Versam-mlung sei als eine solche des Deutschen Metallarbeiterverbandes angemeldet worden; das Thema sei ein politisches, er fordere daher auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes Lehrtlinge, Frauen und Schüler auf, sich zu entfernen. Und während noch allgemeines Stöhnen hierüber herrschte, fuhr er fort: Seiner Aufforderung sei nicht Folge geleistet worden, er löse daher die Versammlung auf, die Anwesenden hätten sofort den Saal zu verlassen.

Ein auffallend starkes Aufgebot von Polizeimannschaft, welches sich im Moments einfind, gab der energisch wiederholten Aufforderung Nachdruck.

## Ueber den politischen Massenstreik

diskutierte am Montag eine Versammlung des Verbandes der an Holz-arbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter. Der Referent Genosse Ströbel behandelte das Thema im Sinne der Beschlüsse

des Jenaer Parteitag und trat dafür ein, daß der Massenstreik studiert und diskutiert werde, damit ihn das Proletariat als poli-tische Waffe anwenden könne, wenn es durch die herrschenden Klassen in seinen Rechten angegriffen wird. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Erster Diskussionsredner war der Verbandsleiter J. d. Er stimmte dem Referenten zu, erklärte es für notwendig, daß die Gewerkschaften die Frage des Massenstreiks diskutieren und auch ihre Mitglieder politisch aufklären, sie zur politischen Betätigung veranlassen, damit sie bereit sind, ihre Person und auch ihre Mittel für die Erlämpfung politischer Rechte ein-zusetzen. — In demselben Sinne äußerten sich eine Reihe anderer Redner.

An der Diskussion beteiligte sich auch ein Vertreter der Chris-t-lichen Gewerkschaften, Hilfsarbeiter Reumann. Er sagte, er stehe dem politischen Massenstreik gar nicht ablehnend gegenüber. Die Führer der freien Gewerkschaften, welche vom politischen Massenstreik nichts wissen wollen, seien wohl deshalb dagegen, weil sie den Opferstimm der Arbeiter im Lande, außerhalb der Großstädte nicht hoch einschätzen. Wie sich die Chris-t-lichen Gewerkschaften zum politischen Massenstreik stellen, wisse er nicht, er könne sich aber denken, daß, wenn die Hand an das Koalitionsrecht gelegt werde, auch die christlichen Arbeiter in den Massenstreik eintreten würden.

Ströbel sagte zu diesen Ausführungen in seinem Schlußwort: Nur ein Teil der Führer von freien Gewerkschaften seien gegen den politischen Massenstreik, aber nicht aus den von dem christlichen Redner angegebenen Gründen, sondern aus rein gewerkschaftlichen und finanziellen Gründen. Wenn die Masse der gewerkschaftlich organi-sierten Arbeiter, von sozialistischem Geiste erfüllt, auf dem Posten sei, dann würden derartige Bedenken einzelner Führer nicht die Oberhand gewinnen. Es sei ja erlaubt, wenn auch die christlichen Arbeiter sich für den politischen Massenstreik erklären, aber es stehe doch nicht nur das Koalitionsrecht in Frage, sondern auch wichtige politische Rechte. In politischer Hinsicht stehen aber die christlichen Arbeiter zu den Parteien, welche die Reaktion vertreten. Dadurch, daß die christlichen Arbeiter diese Parteien bei den Wahlen unterstützen, stärken sie die Reaktion und üben dadurch ein Verbrechen an der Arbeiterklasse aus. Die christliche Bestimmung sei kein Grund, sich von der Organisation der Massenbewegten Arbeiter fernzuhalten.

Hierauf befahte sich die Versammlung mit gewerkschaftlichen An-gelegenheiten. Der Vorsitzende teilte mit, der Vorstand habe die Mitglieder Paul Ludwig und Heinrich Hildewitz ausgesprochen. Den ersteren, weil er unter der Hand wiederholt Arbeit suchte, den zweiten, weil er versucht habe, für einen Tag, an dem er bereits wieder in Arbeit stand, Arbeitslosenunterstützung zu erlangen. Die beiden seien vom Vorstande zur Verhandlung ihrer Angelegenheit zu der Sitzung geladen, aber nicht erschienen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der Papst als Anwalt des Fortschritts.

Rom, 12. Dezember. (B. L. W.) In einem Schreiben an die polnischen Bischöfe führt der Papst u. a. aus: In so schwierigen Zeiten wolle er sich insbesondere an die polnischen Untertanen des russischen Reiches wenden. Er sei von der gegenwärtigen Lage sehr bewegt und bitte die Bischöfe, durch ihre Vermittlung den Frieden und die Eintracht wieder herzustellen zu helfen. Er bedauere die von den Parteien, hauptsächlich von den Sozialisten und Radikalen be-gangenen Ausschreitungen und Gewalttaten. Das Evangelium ver-urteile selbst solche Taten. Die Katholiken sollten sich nicht von demjenigen beeinflussen lassen, die Feinde der göttlichen Gesehe seien. Der Papst erinnert an das Schreiben Leo's XVIII., in welchem dazu ermahnt wird, den Behörden treu und gehorsam zu bleiben.

Die Katholiken, so fährt Papst Pius fort, sollten Vereinigungen bilden, die sich zum Ziel setzen, die Religion und das Vaterland zu verteidigen, indem sie Ausständen entschieden entgegenzutreten und andererseits die Lage der Arbeiter und Proletariat zu bessern be-strebt sind. Die Studenten müßten sich von der politischen Be-wegung fernhalten. Die Bischöfe sollten auf die Weisheit ein-wirken, daß sie den rechten Weg wisse und bereit sei, alles um Christi willen zu erdulden. Schließlich rühmte der Papst die Weisheit und Milde des Kaisers Nikolaus, von dessen Freundschaft er Beweise erhalten habe. (Bekanntlich sind die Judenhehen von den schwarzen Händen des „weisen und milden“ Kaiser Nikolaus gemacht worden. R. d. „B.“)

### Schiffsunfälle.

Hamburg, 12. Dezember. (B. L. W.) Infolge Nebels er-eigneten sich auf der Elbe zahlreiche Kollisionen. Der Hamburger Dampfer „Reinfeld“ stieß auf der Unterelbe mit dem Kohlendampfer „Altona“ zusammen. „Reinfeld“ wurde schwer beschädigt und mußte auf den Strand geschleppt werden. Der Dampfer wurde provisorisch gebügelt und heute nach Hamburg zurückgebracht. Der dänische Dreimastdampfer „Saga“ wurde auf der Unterelbe von dem eng-lischen Dampfer „Vienna“ angeernt, am Heck schwer beschädigt und ist nach Hamburg zurückgeführt. Der englische Dampfer „City of Malaga“ stieß mit dem zweiten Elbfuerschiff „Bürgermeister Kirchenpauer“ zusammen. Beide Schiffe sind beschädigt.

### Passiver Widerstand.

Triest, 12. Dezember. (B. L. W.) Heute früh begann auf dem hie-sigen Südbahnhofe neuerlich die passive Resistenz der Bahn-bediensteten. Sie erklärten, so lange in der passiven Resistenz ver-harren zu wollen, bis ihnen die gemachten Zugeständnisse sicher-gestellt seien.

### Opfer gesucht.

Frag, 12. Dezember. (B. L. W.) Die Verhaftungen von Agitatoren der sozialistischen und sozialistischen Arbeiter-schaft dauern fort. In der Redaktion und Druckerei des Blattes „Cosa Democrata“ wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Beim Landesgericht ist, wie „Karobny List“ melden, eine große Unterjuchung wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Vergehens gegen die öffentliche Sicherheit im Zuge. Die Untersuchung richtet sich auch gegen den Professor Rajache sowie gegen mehrere bekannte Arbeiterführer.

### Ein neuer China-Feldzug?

Paris, 12. Dezember. (B. L. W.) Angesichts der feindlichen Haltung der chinesischen Regierung gegenüber dem Westen haben die französische und englische Regierung die Initiative ergriffen, um eine internationale Protestkundgebung gegen die chinesische Regierung zu veranstalten. Gerüchtwiese verlautet, daß China in seiner europä-ferndlichen Haltung durch Japan unterstützt werde und daß die Ab-sicht Chinas tatsächlich die ist, die den Europäern bisher gewährten Konzessionen zu entziehen.

### Kolonialsketchen.

Paris, 12. Dezember. (B. L. W.) Der „Temps“ meldet, daß ein Sergeant der Kolonial-Infanterie im französischen Kongogebiet vor ein Kriegsgericht gestellt wurde, weil er drei Eingeborene, welche die Steuer zu zahlen sich weigerten, ohne reguläres Urteil hingerichtet ließ. Einer der Hingerichteten sei von den Milizsoldaten des Sergeanten aufgefressen worden.



Reichstag.

10. Sitzung vom Dienstag, den 12. Dezember 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pofadowsky, Freiherr v. Stengel, Hr. v. Rheinbaben, v. Zirpitz, v. Einem. Die Abstimmung über den Antrag des Abg. Graf Ranig (1) auf Ueberweisung des Handelsprovisoriums mit England an die Subkommission wird auf Vorschlag des Präsidenten Graf Salferstem von der Tagesordnung abgesetzt. (Das Haus ist nicht ganz beschlussfähig.)

Die Generaldebatte über den Etat wird fortgesetzt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Bg.) schließt sich den Beschwerden der vorausgehenden Sitzungen über die späte Einberufung des Reichstags an und beklagt sich über die Diätenlosigkeit. Die Thronrede und der Kommentar des Reichskanzlers dazu haben überall großes Aufsehen erregt. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung sind friedlich gesinnt — wie erst wieder durch die Nichtteilnahme Deutschlands an der Flottendemonstration gegen die Türkei bewiesen wurde — aber im Kosovo wissen die Deutschen auch kräftig dreinzuschlagen. Neben polemisiert sodann gegen den Abgeordneten Bebel. Herr Bebel hat sich uns als internationaler Friedensstifter vorgestellt; gerade Herr Bebel ist am wenigsten zum Friedensengel geeignet, er, der sogar in der eigenen Partei als Friedensstörer auftritt. Die beste Antwort auf die Thronrede ist die Bewilligung der Mittel, die für die Stärkung der deutschen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande gefordert werden. Die Flotte ist trotz Herrn Ledebour und trotz Herrn Müller-Sagan unentbehrlich für den deutschen Welthandel. Eins aber sollten wir alle lernen: Verne rüsten, ohne zu reden! (Heiterkeit.) Unser Volk wird der angestammten Monarchie mehr vertrauen als der Präsidentschaft des Herrn Bebel!

Es liegt mir fern, die Integrität Oesterreich-Ungarns anzugreifen, aber es sollte daran gedacht werden, ein enges Zollbündnis mit dem zisleithanischen Teile der Donaumonarchie eventuell abzuschließen. Ferner sollten wir daran denken, den Deutschen der russischen Ostseeprovinzen weiteren Schutz zu gewähren. Diese sind dort jetzt durch die lettischen Revolutionäre stark bedrängt. Ich gönne auch den jüdischen Opfern der Revolution die Unterstützung der gesamten internationalen Judentum. Aber wir Deutschen sollten uns doch von der „Alliance israelite“ nicht beschämen lassen, um so mehr, als die russischen Juden nicht ganz unschuldige Opfer, nicht frei von Blutschuld sind. Bei jedem Bombenattentat sind Juden beteiligt. Sollte auch bei uns — was Gott in Gnaden verhüten möge — einmal eine soziale Revolution ausbrechen, so würde gegen die Juden nach dem ungeschriebenen Gesetze verfahren werden: Wer einen Juden tötet, verurteilt ihn. (Große Heiterkeit rechts.) Ein Ideal wäre es, wenn das deutsche Volk sich einmal entschließen würde, alle Staats- und Reichsschulden durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer zu tilgen. Daran ist ja leider heute nicht zu denken. Aber alle Steuervorschläge der Regierung können wir nicht bewilligen. Die indirekten Steuern geben der Sozialdemokratie den besten Agitationsstoff. Wir können nur indirekten Luxussteuern zustimmen. Als gerecht empfehlen wir die Wehrsteuer, die Reichseinkommensteuer, die Steuer auf den unbedienten Wertzuwachs städtischer Grundstücke, den Ausschlag auf Real- und ähnliche Bodenbesitz, die Inzeraten- und Plakatsteuer, schließlich eine kräftige Börsensteuer.

Redner spricht den südafrikanischen Truppen und ihren Führern den Dank für ihre Tapferkeit aus und begrüßt die Schaffung eines selbständigen Kolonialamtes sowie den guten Willen, jetzt der Vandalenspekulation in den Kolonien Schranken zu setzen. Er wünscht ferner ein neues Gesetz über Verlust und Gewinn der deutschen Reichsangehörigkeit und beklagt die Absicht, wieder ein Handelsprovisorium mit England abzuschließen zu wollen. Des weiteren wendet sich Redner gegen das Pigeunerunwesen, unter dem die ländliche Bevölkerung schwer zu leiden habe. Die Bauern bilden mit dem Mittelstande und den christlichen Arbeitern das Bollwerk gegen die soziale Revolution. Durch die Offenherzigkeit der neuen Propheetin des „Sonnenschein“, Frau Luxemburg, haben wir ja erfahren, daß diese soziale Revolution durch alle Länder organisiert ist. Sie hat in öffentlicher Versammlung erklärt, daß die sozialdemokratische Zeitung hier in engstem Zusammenhang stehe mit der Zeitung der Sozialdemokratie in Rußland. (Hört! hört! rechts.) Das konnten wir allerdings schon wissen, als Herr Bebel seinen Erlaß herausgab, daß die Arbeiter in den Ostmarken sich der polnischen Revolution anschließen sollten. Und dann verlangen dieselben Herren nachher ein Einschreiten des Reichskanzlers, wenn einer dieser Revolutionshelden, wie Kasparyk, verdienstlos in Rußland zum Tode verurteilt wird. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, er war ein mehrfacher Mörder und ist mit Recht zum Tode verurteilt worden. Sein Blut kommt über die, die ihn dahin geschickt haben. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der Zusammenhang zwischen der sozialdemokratischen Partei kann nicht zweifelhaft sein. An dem nächsten Tage, nachdem Herr Bebel hier seine Friedensrede nach der Melodie „Lieb' Vaterland, magst ruhig sein — Für Frieden sorgt dein Beisein!“ (Heiterkeit) gehalten hatte, hielt Herr Jaurès in der französischen Kammer dieselbe Friedensrede. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Plan des Herrn Bebel, im Falle eines Krieges mit seiner Partei nicht mitzumachen, wirklich durchgeführt würde, dann würden die Kriegsgerichte sehr rasche Arbeit machen. Man würde die Herren nicht — wie seiner Zeit Jakob — nach dem schönen Leben bringen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie werden Scharfrichter sein! Große Heiterkeit.) Den Herrn Staatssekretär möchte ich erlauben, darauf hinzuwirken, daß Vereinbarungen zwischen den Regierungen zum Schutze der Versammlungsfreiheit geschaffen werden. In Dresden und Chemnitz ist dieses Recht der ruhigen Staatsbürger von Sozialdemokraten mit Füßen getreten. Dabei habe ich gehört, daß man in Dresden mit den Sozialdemokraten verhandelt hat, sie möchten Rücksicht nehmen auf das Wehrmachtsgeschäft und keine Strahendemonstrationen am Sonntag veranstalten. Wenn das wahr wäre, wäre es die größte Freibeit. Mit der Revolution verhandelt man nicht, man schlägt sie nieder! (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wie aber auch die Regierung sich entschließen werde, will unferseits halten an dem Kaiserworte fest: „Das Ziel gelannt — ich — Redner weiß nicht weiter. Stürmische Heiterkeit — die Kraft gespannt und die Schwarzfächer verbannt. (Weifall bei den Antifemiten.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Die Verhandlungen haben hier damit begonnen, daß von den verschiedenen Parteien gegen die verbündeten Regierungen der Vorwurf erhoben wurde, rücksichtslos gegen das Parlament gehandelt zu haben, indem sie es Ende Mai geschlossen haben. Ich mache demgegenüber darauf aufmerksam, daß in den ersten elf Jahren des Bestehens des deutschen Reichstages der Beschluß einer Vertagung niemals zustande gekommen ist, sondern daß der Reichstag damals stets geschlossen wurde. Mit Ausnahme der Jahre 1898 und 1903, in denen die Legislaturperiode abließ, ist dagegen der Reichstag überhaupt nur zweimal geschlossen worden. Nun ist aber das Recht der Disziplinierung („Schließung“ im Gegensatz zur Vertagung) des Parlaments ein wichtiges monarchisches Recht, das die Krone jederzeit nach ihrem eigenen Ermessen zu üben beugt ist. Aus den Vorwürfen, welche hier gegen die Regierung gemacht werden, sieht man, wie gefährlich es ist, wenn sie ein wichtiges Kronrecht nicht ausübt. (Lachen links.)

Meine Herren! Sie lägen darüber, aber die Parlamente legen doch auf ihre Rechte einen großen Wert, und Sie können niemals

der Regierung einen Vorwurf machen, wenn sie von ihren Rechten ebenfalls Gebrauch macht. Nun frage ich, was ist denn eigentlich sachlich durch den Schluß des Reichstags geschehen? — Das Militärpensionsgesetz war überhaupt nur in wenigen Paragraphen vorhanden. Es war nicht die mindeste Aussicht, es noch in dieser Session zu verabschieden. Dies Gesetz liegt Ihnen jetzt in der Fassung der Verhandlungen, die in der Kommission beschlossen sind, vor. Ebenso wird die Maß- und Gewichtsordnung fast wörtlich in der von der Kommission beschlossenen Fassung vorgelegt werden. Ebenso nehme ich an, daß das Vorkriegsgesetz vom Bundesrat in gleicher Fassung beschlossen wird, die es durch Ihre Verhandlungen in der Kommission angenommen hat. Ebenso ist Ihnen das Banknotengesetz vorgelegt. Es ist also ganz unmöglich, daß die Diskontinuität der Parlamentarverhandlungen einen sachlichen Schaden verursacht hat.

Nun zur Frage der Tagegelber. Ich gestehe zu, daß für die Gewährung gewisser sachliche Gründe geltend gemacht werden können, aber schwerwiegende politische Erwägungen sprechen auch dagegen. In den ersten Jahren des deutschen Reichstages haben die Verhandlungen nicht unter der Abwesenheit der Abgeordneten des Reichstages so gelitten wie jetzt. Ferner wird man das eine doch sagen können, daß sich die Wohlhabender der Kreise, aus denen der größte Teil der Mitglieder des Hauses stammt, soweit gebogen hat, daß die Diäten für sie keinen großen Einfluß haben sollten. (Große Unruhe im ganzen Hause.) Unter politisches Leben ist ein sehr intensives geworden, so sehr, daß man sich fragt, wie es nur möglich sein kann, daß ein und derselbe Parlamentarier gleichzeitig so viele Aufgaben lösen kann. Darauf würde die Gewährung der Diäten gar keinen Einfluß haben. (Zuruf links: Doch! Doppelmandate!) Ja, gebe zu, daß es auf die Doppelmandate vielleicht einen Einfluß haben könnte, aber nicht auf die anderen politischen Tätigkeiten. Häufig finden drei Stunden lange Kommissionssitzungen vor der Plenarsitzung statt. Dazu kommen ferner die Fraktionssitzungen. Das sind Anstrengungen, denen nur die allgerühmteste Manneskraft gewachsen sein kann. Wo bleibt da überhaupt noch Zeit für die Vorbereitung? Das muß zur Verachtung des politischen Lebens führen und ich sehe dieser mit großer Sorge entgegen. Die Herren Reichstagsmitglieder haben mir selbst erklärt, daß das Material, das ihnen zuzieht, ein so kolossales ist, daß sie trotz ihres lebhaften Wunsches sehr häufig bedeutende Reden und wichtige Erklärungen gar nicht vorarbeiten können. Diese inneren Gründe zwingen uns mit absoluter Notwendigkeit zu einer knapperen Behandlung unserer Geschäfte. Soweit das an der Regierung liegt wird sie mit gutem Beispiele vorangehen.

Dazu kommt noch — keiner der Herren wird es mir übel nehmen; denn es bezieht sich auch auf die Regierung — daß der Wert von Reden doch ein verhältnismäßig geringer ist. (Heiterkeit.) Die Tribünenbesucher stellen doch nur einen kleinen Teil des deutschen Volkes dar, ganz abgesehen von den zahlreichen Ausländern unter ihnen, die diese interessante Nummer, wenn sie in Berlin sind, mitnehmen. (Heiterkeit.) Was ferner die Wiebergabe der Reden in den Zeitungen betrifft, so werden sie zugeschnitten für die Abgeordneten der eigenen Partei. (Zuruf rechts: Leider!) Ich will den sehen, der sich aus den Zeitungsberichten über eine Rede oder über das, was hier vorgegangen ist, ein wirklich objektives Bild machen kann. Es kann von den Freunden des Handelsprovisoriums mit England mit Engländern geredet werden, so wird das doch dem, der in seinem Kreise nur die eine Zeitung liest, gar nichts nützen. (Zuruf rechts.) Sie mögen verschiedene Zeitungen lesen, in der Provinz liest man nur eine. Im allgemeinen haben auch Reden eine geringe suggestive Bedeutung. Ich glaube nicht, daß jemals Herr v. Kardorff überzeugt worden ist durch eine Rede des Herrn Abg. Bebel, und ich glaube auch nicht, daß Herr Bebel durch Herrn v. Kardorff in seinen Ansichten und Abstimnungen wesentlich (Heiterkeit) beeinflusst worden ist. Es kommt nicht so sehr darauf an, was hier verhandelt wird, sondern darauf, wie durch die gesetzgebende Versammlung den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes genügt wird, und wie die Gesetze im Lande ausgeführt werden. (Sehr richtig! links.)

Es ist uns hier vorgeworfen, daß wir 25 Gesetze auf einmal eingebracht haben. Bisher sind wir fortgesetzt getadelt, daß wir nicht alle Gesetze auf einmal vorgelegt haben, sondern erst nach und nach. Zudem scheint doch die Meinung zu bestehen, daß nicht nur diese Gesetze, sondern noch mehr werden erledigt werden können, da ja aus dem Hause selbst noch eine große Anzahl von Anträgen und Gesetzentwürfen, ebenso umfangreich fast wie die der Regierung, vorgelegt worden sind. Es wird immer gesagt über die Rücksichtslosigkeit des Bundesrates, weil er den Resolutionen des Reichstages nicht Rechnung trägt. Damit verkennt man etwas die Stellung des Bundesrates zum Reichstage. Es gibt wohl kaum einen Staat in der Welt, wo bei einem so weitgehenden Wahlrecht, wie es das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht ist, neben dem einen Hause nicht noch ein Oberhaus existiert. Bei uns muß nun der Bundesrat, der eigentlich nur die Vertretung der Regierungen bildet, die Funktionen eines solchen Oberhauses übernehmen, und damit fällt auf ihn auch das politische Odium, das sonst ein Oberhaus trägt, wenn es Gesetze des anderen Hauses ablehnt.

Koch eilige Bemerkungen zur Finanzreform. Die Vergleiche unserer Schulden mit denen anderer Staaten sind nicht ganz angebracht. Nicht die absolute Höhe der Schulden ist maßgebend, sondern die Schulden stehen im Verhältnis zur wirtschaftlichen Potenz, und darin können wir uns heute weder mit Frankreich, noch mit England, noch auch mit Nordamerika messen. Ferner kann man wohl Schulden machen für dauernde Ausgaben, die Ertragnisse geben. Aber die Mittel für Zwecke der Landesverteidigung, für Einrichtungen, die meist im Laufe eines Menschenalters verbraucht, umzuändern werden, muß das Volk im Wege von Steuern aufbringen. — Ich habe mich einmal mit Herrn v. Miquel in einer ersten Stunde über die Finanzlage unterhalten. Er sagte: Wir brauchen in Deutschland den Sieg des Radikalismus, wie er von der äußersten Linken vertreten wird, zunächst nicht zu fürchten; denn Deutschland hat dank seiner geschichtlichen Entwicklung die verschiedensten geistigen und wirtschaftlichen Zentren, die einen festen Rückhalt gegen den Ansturm der Sozialdemokratie bilden. Die Lage wird erst gefährlich für die Regierung, wenn sie in eine schlechte Finanzlage gerät und infolgedessen abhängig wird vom Parlament. Hierin scheint mir eine tiefe Wahrheit zu liegen.

Die Herren Wassermann und Bebel sind auf die Streikbewegung eingegangen. In der Tat muß das Streikrecht, wie es jetzt durch die Arbeiter geht, geradezu zerrütend auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse wirken. Herr Bebel hat sich befürwortet, daß in der sächsischen Textilindustrie Arbeiterinnen ausgespart wurden, weil sie nicht aus einer Organisation austraten. Ich erinnere ihn aber daran, daß fortgesetzt Arbeiter von ihren Mitarbeitern ausgeperrt werden, weil sie nicht einer Organisation angehören. (Sehr wahr! rechts.) In beiden Fällen bedeutet das eine Beschränkung der persönlichen Freiheit, und ich glaube, auch die Unternehmer würden sich den Arbeiterorganisationen gegenüber anders stellen, wenn nicht dieser Zwang seitens organisierter Arbeiter gäbe würde auf Nichtorganisierte. In Berlin passiert es jeden Tag, daß die Arbeit irgendwo niedergelegt wird, weil Organisierte nicht mit Unorganisierten zusammenarbeiten wollen.

Herr Wassermann forderte die möglichst baldige Vorlegung des Gesetzes über die Arbeitskammern. Ich will hoffen, daß — wenn die verbündeten Regierungen diesem Gesetz, das im Januar vorigen Jahres in Aussicht gestellt worden ist, ihre Zustimmung erteilen sollten, es dann dazu beiträgt, die scharfen Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern zu mildern. Jedenfalls wollen wir erst sehen, ob das Gesetz betreffend die Berufsvereine in diesem hohen Maße eine Gestalt bekommen wird, die für die verbündeten Regierungen annehmbar ist. In dem Falle würden dann sicher die verbündeten

Regierungen noch einen Schritt weiter gehen und die Schaffung von Arbeitervertretungen in Aussicht nehmen.

Die moderne Arbeiterbewegung steht zweifellos im Zusammenhang mit der unerhörten, großartigen Entwicklung unserer deutschen Industrie, welche die große Masse der Arbeiter von ihrer heimischen Scholle losriß und in vollkommen neue Verhältnisse bringt. Die moderne Arbeiterbewegung ist, möchte ich sagen, der Schatten unserer industriellen Entwicklung. Es ist naturgemäß, daß mit der wachsenden Schulbildung der Arbeiter und mit der wachsenden allgemeinen Kultur auch die Ansprüche des Arbeiters an die höhere Lebenshaltung sich steigern, daß er einen größeren Teil des Gewinns industrieller Betriebe für sich haben will. Aber dies Bestreben, das an sich verständlich und auch gerechtfertigt ist, hat seine Grenze in zweierlei Dingen. Erstens kann selbstverständlich durch die Höhe der Arbeitslöhne nicht die Produktion in der Weise verteuert werden, daß schließlich die Kaufkraft der heimischen Konsumenten sinkt oder die Möglichkeit der Einfuhr fremder Produktion nach Deutschland gegeben ist. Zweitens ist es ein Irrtum, den man namentlich in sozialdemokratischen Kreisen hegt, daß man stets den Verdienst des einzelnen Unternehmers viel zu hoch einschätzt. Wenn der Unternehmer nicht mehr die Aussicht hat, sein Kapital wirklich gewinnbringend anzulegen, so wird die Unternehmungslust zurückgehen, ein Zustand, wie er in Frankreich lebhaft beklagt wird. Es wird niemand sein Kapital in gewagten industriellen Unternehmungen anlegen, wenn ihm nicht reichliche Gewinne in Aussicht stehen. Außerdem sieht man immer nur sozusagen die glücklichen Unternehmer, die zahlreichen Unternehmungen aber, die still untergehen, von denen spricht kein Mensch. (Sehr richtig! rechts.) Das Anwachsen der Arbeiterbewegungen kann man nicht durch Gesetze stiften, sondern, je mehr das Denken der Arbeiter reifer und gebildeter wird, um so mehr werden sie den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Arbeitslohn und Arbeitsmarkt übersehen. Außerdem muß selbstverständlich die gerechteste Behandlung der Arbeiter sowohl seitens der Regierungorgane wie auch der bürgerlichen Gesellschaft hinzukommen, um das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben. (Sehr richtig!)

Herr Bebel malte wieder die Lage der deutschen Arbeiterschaft in den düstersten Farben. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß eine von englischen Arbeitern nach Deutschland entsandte Untersuchungskommission zu dem Resultate gelangte, daß der deutsche Arbeiter durchschnittlich besser genährt ist als der englische. (Hört! hört! rechts.) Der Bericht der Kommission fährt fort: Die Intelligenz und die selbstbeschränkende Benutzung der Intelligenz scheint für die Wohlfahrt eines Volkes von noch größerer Bedeutung zu sein als billige Nahrung.“ Die Intelligenz des deutschen Arbeiters ist dank der deutschen Schulbildung in außerordentlichem Maße geübt, und man kann hoffen, daß er von dieser Intelligenz auch in den Kämpfen auf dem Arbeitsmarkte einen durch Selbstkontrolle beschränkten Gebrauch machen möchte. — Für die bürgerliche Gesellschaft ist es ganz außerordentlich gefährlich, wenn sie nicht einen scharfen Unterschied zwischen der modernen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie macht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Leider Gottes gibt es noch immer Kreise, die in jeder Forderung der Arbeiter, mag sie noch so berechtigt sein, eine sozialdemokratische Forderung sehen. Dieser schwere politische Fehler trägt ganz außerordentlich zur Stärkung der Sozialdemokratie bei. (Sehr richtig! links.) Es gibt kein Land in der ganzen Welt, wo auch die unteren Klassen wirtschaftlich und politisch so gut gestellt sind wie in Deutschland. (Unruhe bei den Sozialdemokraten, Zuruf: Landarbeiter!) Wenn trotzdem bei uns eine so radikale, die Grundlagen unseres ganzen Staatslebens und die ganze Vergangenheit unseres Volkes negierende Partei wie die Sozialdemokratie existiert, so sucht man unwillkürlich nach Gründen für diese auf den ersten Blick so befremdliche Tatsache. Zwei Gründe möchte ich erwähnen: einmal ist nicht zu leugnen, daß in unserer Verwaltung und namentlich in den unteren Instanzen vielfach noch Gesichtspunkte aus der Zeit kleinlicher Selbsteigenschaft maßgebend sind, die in unsere Zeit nicht recht mehr hineinpassen. (Sehr richtig! links.) Zum anderen glaube ich auch, daß mit dem wachsenden Wohlstand nicht auch die Opferbereitschaft und die Großzügigkeit der bestehenden Klassen gestiegen sind. (Sehr richtig! links.) Der Materialismus, wie er sich oftmals in den oberen Klassen zeigt, erfüllt mich manchmal mit Schrecken. Mit Materialismus ringt die bürgerliche Gesellschaft die materialistische Sozialdemokratie nicht nieder. (Sehr wahr!) Nur eine stillige Wiebergeburt, wie sie Deutschland zu Beginn des 18. und des 19. Jahrhunderts erlebt hat, könnte der bürgerlichen Gesellschaft wieder den Einfluß und die Schwerkraft geben, die sie in jedem Staat, bei jedem Wahlrecht und jeder Verfassung besitzen muß und in jedem zivilisierten Staate in der Tat besitzt. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schrader (fr. Bg.): In dem plötzlichen Reichstagschluß haben viele Kreise direkt eine Herabsetzung des Reichstages gesehen. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Gründe, die Graf Pofadowsky vorbrachte, sprechen für und nicht gegen die Gewährung von Diäten. (Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Meine Freunde haben keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Marinevorlage, da sie die Verstärkung der Flotte für eine unbedingte nationale Notwendigkeit halten; wir behalten uns aber die Stellungnahme zu den einzelnen Forderungen vor. Wesentlich ist unsere Stellung in den Heeres- und den Kolonialfragen. Es hätte sich empfohlen, schon früher größere Summen in die Kolonien zu stecken. (Zustimmung bei der freisinnigen Vereinigung und den Nationalliberalen.) Dringend notwendig ist, wie schon von anderen Seiten hervorgehoben wurde, die Schaffung eines tüchtigen Stabes von Kolonialbeamten. — Redner geht alsdann auf die Steuervorlagen ein und tadelt die Scheu von direkten Reichsteuern. Die Reichsverschaffungssteuer hat man in möglichst bescheidenen Grenzen gehalten; keineswegs dieselbe zarte Zurückhaltung hat man bei den indirekten Steuern bewiesen, von denen uns ein ganzes Bündel vorliegt. Die ganze Finanzwirtschaft des Reiches ist umgekehrt; fast ausschließlich bezahlen Handel und Industrie die Reichsausgaben. (Sehr richtig! links.) Nur eine jährlich festzusetzende Reichseinkommensteuer kann Wandel schaffen. (Wiederholte Rufe: Sehr richtig! bei den Freisinnigen und den Sozialdemokraten.) Eine solche Reichseinkommensteuer gibt in schweren Zeiten auch den Verfügbaren Gelegenheit, die patriotische Opferwilligkeit zu betonen, die Herr v. Rheinbaben ihnen nachrädmte und Graf Pofadowsky ihnen aus Herz legte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Statt einer solchen Einkommensteuer kommt man mit einer ständigen Verteuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel und der populärsten Genussmittel. (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Redner wendet sich nunmehr der auswärtigen Politik zu. Daß der Jingoismus eine Macht in England ist, kann leider nicht geleugnet werden; daß aber auch in Deutschland ein englandfeindlicher Chauvinismus herrscht, hat hier erst gestern der Graf Reventlow mit seinen heftigen Angriffen auf das Handelsprovisorium, auf England und auf den deutschen Gesandten in London bewiesen. (Sehr richtig! links.) Eine Einmischung der deutschen Regierung in die inneren Angelegenheiten Marokkos würde geradezu ein Dauergericht an die deutsche Nation sein. (Zustimmung links.) — Redner bespricht die Flottendemonstration gegen die Türkei, die er als nutzlos bezeichnet. Die russischen Wirren haben für uns immerhin das Gute, daß sie uns auf lange von der Gefahr eines Frontenkrieges befreien; die Oesterreich-ungarischen Wirren beunruhigen uns schon wegen der Nachbarschaft und des Dreibündnis. — Graf Pofadowsky sprach so schön gegen die materialistische Gestaltung der bestehenden Klassen. Hoffentlich nehmen sich namentlich die Agrarier diese Strafpredigt zu Herzen. (Heiterkeit und Zustimmung links, Unruhe rechts.) Gewiß sind auch die nichtbesitzenden Klassen — und mit Recht — auf die Besserung ihrer materiellen



Zuge bedacht. Wenn trotz ihres Materialismus, trotz der ewigen Hinfiererei, auf die ich nicht weiter eingehen will (Nachen bei den Sozialdemokraten) in der Partei und auf den Parteitag, trotz des Straksels zwischen Herrn Veibel und den Redaktoren die Sozialdemokratie fortwährend zunimmt, so liegt das nicht zum kleinsten Teil an den Fehlern der Regierung und der besitzenden Klassen. (Sehr richtig! links.) So lange ein Wahlrecht wie das preussische und eine Wahlkreisverteilung besteht, die den Einfluss der Städte fast vernichtet, so lange kann man nicht von einer faktischen Gleichberechtigung der Arbeiter reden. (Lebhafte Zustimmung und Beifall links.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Der Abg. Dr. Schröder hat geglaubt, gegen meine Ausführungen einen Protest erheben zu müssen. Dieser Protest war nicht nötig! (Mehrstimmig! links und in der Mitte.) Der Abg. Schröder hat meine Ausführungen mißverstanden. Ich habe auf die Ueberlastung des politischen Lebens hingewiesen, die so groß ist, daß die Beschäftigungsfähigkeit dieses hohen Hauses dadurch beeinträchtigt werden muß. Ich habe gezeigt, wie sehr die politischen Aufgaben gewachsen sind, abgesehen weder der Tag noch das Jahr länger geworden ist, und daß es unter diesen Umständen der Regierung unmöglich ist, alle Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen und alle Vorlagen frühzeitig dem Reichstage vorzulegen. Niemand ist mehr davon überzeugt als ich, daß ein großes Reich, daß ein moderner Staat ohne ein einflussreiches Parlament auf die Dauer gar nicht regiert werden kann. Es war kein Angriff gegen dieses hohe Haus, der mir ganz fern liegt, sondern es war eine Verteidigung der Regierung gegen Angriffe, die gegen sie hier gemacht waren.

Abg. v. Jozsgewski (Polen): Die Worte der Thronrede, welche Rußland Glück zu einer freireichlichen Wiedergeburt wünschen, können wir nur unterschreiben, um so mehr, als wir Polen Millionen von Stammesgenossen im russischen Reich haben, die an der Entwicklung in hervorragendem Maße interessiert sind. Der Reichskanzler drohte, das Uebergreifen der Bewegung nach Preußen mit bewaffneter Hand niederzuschlagen. Die Drohung war durchaus überflüssig. In den polnischen Provinzen Preußens wird es zu keinen Unruhen kommen; in gelassener Haltung wird die dortige polnische Bevölkerung die Entwicklung der Dinge dort abwarten. Aber Drohungen dieser Art gehören nun einmal zum eisernen Bestande der Reden des jetzigen Reichskanzlers. (Sehr richtig! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Die polnischen Provinzen sind durch internationale Verträge an Preußen gekommen, aber zugleich unter internationalen Bedingungen, die von Preußen nicht gehalten worden sind. 1815 wurde den Bewohnern des Großherzogtums Posen die Erhaltung ihrer Sprache und ihrer Nationalität zugesagt. Dies Versprechen ist nicht gehalten worden. — Neben gibt einen historischen Ueberblick über die Geschichte der preussischen Polenpolitik von 1815 bis 1905. Wenn arme Frauen als Gerichtszugungen sich der polnischen Sprache bedienen, so werden sie wegen groben Unfugs bestraft. (Dort! hört!) (Die folgenden Ausführungen bleiben bei der leisen Stimme des Redners und der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne zum Teil unverständlich.) Wir Polen verlangen durchaus keine Sonderrechte, sondern die elementarsten Menschen- und Bürgerrechte und die Erfüllung der Versprechungen, die uns in feierlichen internationalen Abmachungen zugesichert worden sind. Wäge der Reichskanzler die preussische Staatsregierung auffordern, Recht und Gerechtigkeit auch gegenüber den Polen zu üben. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.)

Abg. Freiherr v. Hodenberg (Welfe) bezeichnet die fehlige Isolierung Deutschlands als eine Folge der traditionellen, vielleicht durch einen starken Zulauf Slawenblutes zu erklärenden Hinneigung Preußens zu Rußland. Am Schluß seiner Ausführungen freut sich Redner über die Erledigung des lippischen Thronfolgestreites.

Abg. Dr. Nidlin (Ell.): Wir bewilligen dem Reiche alle Mittel zur Sicherung seiner Stellung und des Friedens. (Beifall.) Wir sind Gegner auch jeder Aenderung unserer Landeszugehörigkeit. (Beifall.) Der Gedanke eines Krieges mit Frankreich erfüllt uns mit Entsetzen. Redner bespricht die Steuervorlagen und bezeichnet sich als Gegner der Reichserbschaftsteuer, nicht weil er überhaupt Gegner der Erbschaftsteuer sei, sondern weil er sie für Elsas-Lothringen bedauern möchte. (Heiterkeit.) Will man die Elsas-Lothringer als Staatsbürger zweiter Klasse behandeln, bis alle gestorben sind, die vor 1870 geboren wurden, so möge man das sagen; wir werden die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen wissen. (Stürmische Heiterkeit.) Wäge der Reichskanzler endlich den berechtigten Wünschen Elsas-Lothringens entgegenkommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Meine Hoffnungen auf volle Verständigung über die Reichsfinanzreform sind im Laufe der Verhandlungen nicht gerade gewachsen. (Heiterkeit.) Trotzdem gebe ich nicht ganz die Hoffnung auf, daß doch schließlich eine Einigung erzielt wird. Auf eine Reichseinkommensteuer kann sich die Regierung nicht einlassen. Die wesentlich höheren Einnahmen, mit denen in England die Erbschaftsteuer gerade Ehegatten und Deszendenten belastet, sind geradezu erdrückend. Der § 6 des Flottengesetzes, der die Deduktion durch Steuern auf die breite Masse ausstößt, ist für das jetzige Flottengesetz und für die Reichsfinanzreform nicht bindend. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Tagesordnung: Strafrechtspflege in Kantonien, Handelsprovisorium mit England, bulgarischer Handelsvertrag, Fortsetzung der Staatsberatung.)

Schlusß 8 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom Dienstag, den 12. Dezember 1905, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Studt.  
Der Gesetzentwurf über die Abänderung der Landesgrenze gegen das Großherzogtum Hessen wird ohne Besprechung in dritter Beratung angenommen.

Darauf wird die erste Beratung des Volkschulunterrichtsgesetzes fortgesetzt.

Abg. Ernst (fr. Sp.) spricht unter beratiger Anrede des Hauses, daß Präsident v. Kröcher die Abgeordneten bitten muß, ihre Privatunterhaltungen etwas leiser zu führen. Redner bemerkt sich erschrocken, laut und deutlich zu sprechen; es gelingt ihm aber nicht, sich verständlich zu machen. Die Glocke des Präsidenten schafft für einen Augenblick ein klein wenig Ruhe, bald aber ist der Lärm noch ärger als zuvor. Soweit Worte und abgerissene Satzteile des Redners halbwegs zu verstehen sind, polemisiert er gegen die Wortführer der Kompromissparteien und spricht sich gegen die Vorlage aus. Der Redner schließt unter dem lebhaften Beifall der Linken.

Abg. Stähel (Polen): Früher hat man sich noch etwas geniert, Ausnahmegesetze gegen die Polen zu machen. Nachdem man aber mit den Auswanderungsgesetzen eine Ausnahme geschaffen hat, glaubt man sich nicht mehr genieren zu brauchen. In den übrigen Teilen Preußens soll das Recht der Minorität gewahrt werden, bei uns wird das Recht der Majorität mit Füßen getreten.

Kultusminister Studt: In der Presse ist mir der Satz untergekommen: Innere Kämpfe um die Schule würden die Nation nach außen hin schwächen. Diesen Ausspruch habe ich nicht getan, vielmehr habe ich gesagt: Ernster Schaden kann entstehen, wenn aus neuen leidenschaftlichen Kämpfen um die inneren Schulfragen die bürgerlichen Parteien zerfallen. Verfassungsbedenken, wie sie hier zutage getreten sind, bege ich nicht. Es ist ein fundamentaler Irrtum, daß das preussische Landrecht von der Simultanschule ansögebe. Das ist auch durch die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts bereits richtig gestellt. Die Herren, welche unsere Statistik angreifen, verwechseln Simultanschulen und paritätische Schulen. Den Abgeordneten Stähel möchte ich darauf aufmerksam machen, daß der Staat gerade für Polen und Westpreußen große Aufwendungen macht. Die Polen sind selbst Schuld daran, daß wir energisch gegen sie vorgehen, hat doch vor kurzem eine polnische Zeitung noch geschrieben, bei den Deutschen könne man

das Bismarcksche Wort „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts in der Welt“ dahin variieren: „Die Deutschen fürchten Gott nicht, aber sonst jeden in der Welt.“ In einer anderen Stelle heißt es: „Eine jüdische Fenster Scheibe ließ sich Germania in ihre Ritterburg einseihen.“ Gegen solche Äußerungen müssen wir uns doch wehren!

Abg. v. d. Groeben (L.): Die Verträge des Staates zu den Schullasten müssen auf alle Fälle erhöht werden. Wohin man mit einer religionslosen Schule kommt, zeigt das Beispiel unseres Nachbarlandes Frankreich, wo ein Lehrbuch zugrunde gelegt ist, an dessen Schluß ein nackter Mann inmitten von Dampfmaschinen steht! (Lachen links.)

Abg. Cassel (fr. Sp.): Wir haben Bedenken in der Richtung, daß die Vorlage eine Verfassungsänderung bedingt. Der Erlaß eines Gesetzes wie des vorliegenden würde mit den Bestimmungen der Artikel 26 und 112 im Widerspruch stehen und eine Verfassungsänderung involvieren. (Zustimmung links.) Es kann ein Gesetz zwar für einen Teil des Landes erlassen werden, aber die Verfassung besteht doch für das ganze Land. (Sehr richtig! links.) Wir kennen die Praxis der Ministerien, den Städten alle diejenigen Rechte zu nehmen, die nicht durch Gesetzesparagrafen verbrieft sind, und wir können aus der Vorlage nur die Absicht der Regierung entnehmen, den Städten die innere Verwaltung der Schulangelegenheiten ganz zu entziehen. (Sehr richtig! links.) Es wird ja bestritten, daß die städtischen Schuldeputationen keine städtische Deputationen sind, obgleich dies zweifellos aus der Verordnung hervorgeht, die diese Deputationen ins Leben gerufen hat. Jahrgangsteilung haben die städtischen Schuldeputationen die innere und äußere Schulverwaltung ausgeübt, insbesondere ist dies in Berlin der Fall gewesen, wo Jahrzehnte hindurch der Stadtschulrat Vertram das Schulwesen geleitet und beeinflusst hat, ohne jemals ein Städtamt gehabt zu haben. Wenn den Schuldeputationen jetzt die Beteiligung an den inneren Schulangelegenheiten genommen werden soll, so wird ihnen jeder Einfluß genommen. (Sehr richtig! links.) Welche Freude soll vorhanden sein an der Schulentwicklung, wenn den städtischen Schuldeputationen das Recht genommen wird, selbst nach ihrer Ueberzeugung die Schulleiter zu wählen? Die Vorlage ermöglicht es der Aufsichtsbehörde, den Gemeinden jede Benutzung der Schulgrundstücke zu anderen als Schulzwecken zu unterlagen, obgleich die Gemeinden die Schulgebäude mit schweren Opfern errichten. Wenn wir für die Simultanschulen eintreten, so beabsichtigen wir nicht die Beseitigung des Religionsunterrichts, sondern wir meinen, daß die Schüler zu gegenseitiger Tuldung in konfessioneller Beziehung erziehe. (Sehr wahr! links.) Die Simultanschule ist nicht, wie Herr v. Hendebrom meinte, eine moderne, sondern eine recht ehrwürdige Einrichtung. Wir können einer Vorlage nicht zustimmen, die unserer Grundvorstellung so widerspricht wie dieser Gesetzentwurf. (Beifall links.) Wir werden in der Kommission mitarbeiten. Wenn wir aber die Vorlage ablehnen, so glauben wir, daß im Interesse der Weiterentwicklung der Volksschule zu tun. (Lebhafte Zustimmung.)

Kultusminister Dr. Studt wendet sich gegen den Abg. Cassel. Die Vorlage schließt sich den liberalen Wünschen bei dem jetzigen Entwurf an. Herr Cassel keine dem Satz zu huldigen: Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie. (Zischen links und Beifall rechts.)

Abg. Cassel (fr. Sp.) erwidert, der Minister werde sich bald überzeugen, daß die Städte im allgemeinen die Ueberzeugung haben, daß die Vorlage die Rechte der Selbstverwaltung einschränkt. Der Geist der heutigen Regierung ist unheilvoll für die Selbstverwaltung, dabei bleibe ich. (Beifall links.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Eisenbahn-Interpellationen.) Schlusß 4 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Aus dem Seniorenlombent.

Der Seniorenlombent des Reichstags hat sich gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten mit dem Anlaß der am Montag festgestellten Weisungsunfähigkeit beschäftigt.

Von allen Seiten, und besonders scharf vom Präsidenten, wurde ausgeführt, daß kein Anlaß vorgelegen habe, den bulgarischen Handelsvertrag und das englische Handelsabkommen an eine Kommission zu verweisen. Das Resultat dieser Erörterung liegt in der Abmachung des Seniorenlombents, den Antrag auf Kommissionsberatung abzulehnen und die beiden Verträge noch vor der Weihnachtspause im Reichstag zu verabschieden.

Im weiteren einigte sich der Seniorenlombent darüber, daß die Generaldiskussion der Steuervorlagen erst nach Neujahr stattfinden und daß vor den Ferien nur die Generaldiskussion des Etats beendet und die Handelsverträge verabschiedet werden sollen. Die Weihnachtssferien beginnen vermutlich am 15. Dezember und dauern bis zum 9. Januar l. J.

### Die südwestafrikanische Kriegsbahn.

Die Budgetkommission des Reichstags begann gestern die Beratung der in einem zweiten Nachtrag zum Etat 1905 geforderten Bahn von Lüderichsbucht nach Stubub, die nach dem Vorschlag insgesamt 9 498 000 M. kosten soll. Gefordert werden zunächst 5 000 000 M. Die Referenten Abgg. Prinz Ardenberg und Dr. Semmler verlangten in erster Linie Aufschluß über die wirtschaftliche Bedeutung der Bahn, über die wirtschaftlichen Pläne, die eventuell mit diesem Bahnbau verfolgt werden, über die Wasserfrage im allgemeinen und, wie groß die Ervornis sei, die sich mit dem Bahnbau bei den Verpflegungstransporten für die Truppen gegen den heutigen Zustand erzielen lassen werde. Oberst v. Deimling gab über den gegenwärtigen Kriegszustand in Südwestafrika kurz dieses Bild: die Herero haben aufgehört, als Volk zu existieren. Ein Teil sisse an einem See, ein anderer Teil ist in englischen Minen als Arbeiter beschäftigt; mehrere tausende haben sich ergeben und werden als Arbeiter verwendet. Die noch verbleibenden und herumziehenden Barden seien so gut wie ohne Waffen; von Widerstand könne nicht mehr geredet werden. Dagegen machten im Hottentottenlande die Barden des Cornelius und Morenga noch sehr zu schaffen; von den Witbois habe sich nur ein kleiner Teil mit den wertvollsten Flinten ergeben. Morenga siehe heute mit seiner Bande noch intakt da, trotz der letzten, für die Deutschen sehr verlustreichen Gefechte. Proviant- und Munitionsmangel verhindern die Ausnützung der Siege, deshalb sei der Wahn eine Notwendigkeit. Der Gouverneur habe die Bedingung gestellt, wer Weiße ermordet habe, habe Gnade nicht zu erwarten. Es sei daher nicht damit zu rechnen, daß die jetzt noch kriegführenden Barden sich ergeben werden; ebenso wenig sei in absehbarer Zeit an eine Beendigung des Aufstandes zu denken, deshalb könne auch nicht ein Mann von der Expeditionstruppe zurückgezogen werden.

Gebetsrat Dr. Seig teilte mit, daß die ausgebrochene Kinderpest die Verpflegung sehr erschwere; statt täglich 300 Zentner können höchstens noch 150 Zentner befördert werden. Die heutige Art des Transports sei auch schändlich teuer. Von der Ostseite her komme ein Wagentransport auf rund 2000 M. zu stehen. Der gesamte Transport vom Osten aus werde in diesem Jahre 4 Millionen Mark erfordern. Im Süden der Kolonie werde bei den heutigen Transportmitteln die Verpflegung für 2000 Mann im Jahr mindestens 24 Millionen Mark kosten. Und es müsse damit gerechnet werden, daß im Süden sicher noch zwei Jahre lang die genannte Truppenzahl notwendig sei. Bei der Bahnbeförderung nach Stubub würden sich, pro Tag ein Zug mit 60 Tonnen Ladung gerechnet, die Transportkosten auf etwa 1 Million Mark belaufen, eine Summe, die heute unter Umständen schon für die Verpflegung von 137 Mann erforderlich sein werde. Die Wasserfrage dürfe als gelöst gelten, denn am Endpunkt der Bahn (Stubub) sei genügend Wasser vorhanden. Gebetsrat Colmekli vertritt die wirtschaftliche Bedeutung der Bahn nach-

zuweisen, die allerdings einen Verkehr nicht vorfinde, ihn aber erst zu regeln solle. Die künstliche Beschaffung von Wasser werde glücken, wie ja auch in der Kapkolonie, die von ähnlicher Beschaffenheit sei wie der in Frage kommende Teil Südwestafrikas, durch Bohrungen derzeit 150 Millionen Liter Wasser pro Tag beschafft werden. Wir ist künstlich gefautes und geschaffenes Wasser lieber, als das himmlische Raß, auf das man nicht immer mit Sicherheit rechnen kann, erklärte der Herr Gebetsrat. Der geforderte Bahnbau erschließe gewissermaßen eine Fläche von rund 250 000 Quadratkilometer, auf der einmal etwa 8 Millionen Stück Kleinvieh gehalten werden könnten, vielleicht auch noch eine Million Rinder. Aber ich würde mir wohl er auf diese Zahl nicht. Wenn die acht Millionen Stück Kleinvieh vorhanden sein werden, dann könne man ja weiter über die wirtschaftliche Bedeutung der Bahn und des südlichen Teils der Kolonie sprechen. Abg. Erzberger hielt dem Gebetsrat entgegen, daß der bekannte Afrikaner v. Kettelbach behauptet habe, daß in der ganzen Kolonie sich höchstens 40—50 000 Menschen ansiedeln können. Bevor ein weiterer Pfennig für Südwestafrika bewilligt werde, müßte erst ein vollständiger Systemwechsel erfolgen, speziell mit den Landgesellschaften müsse ausgeräumt werden. Notwendig sei ein Gesetz, das bestimme, wenn die Gesellschaften das ihnen geschenkte Land nicht bis etwa 1909 bebaut haben, die Schenkung verwirft sei. Wenn die Regierung die Wasserfrage als günstig und gelöst erkläre, so mache er darauf aufmerksam, daß die Südwestafrikanische Zeitung am 8. November d. J. mitteilen konnte, in Stubub und in Kus werde das Wasser immer weniger. Abg. Müller-Sagan verlangt genaue Beweise dafür, daß das Wasser in Lüderichsbucht auch brauchbar sei. Mit allgemeinen Versicherungen werde sich die Kommission nicht abgeben lassen. Auch den Faken von Swatopmund (ebenfalls Südwestafrika) habe die Regierung als sehr gut bezeichnet, während er heute total verhandelt und unbrauchbar ist, trotz der Millionen, die aufgewendet worden sind. Toll sei der Zustand mit den Landgesellschaften, von denen die eine, die South African Territories Company Limited, nach ihm gewordener Information 120 000 Quadratkilometer Land geschenkt bekommen habe für die Verpflichtung, die Bahn Lüderichsbucht-Stubub zu bauen. Die Gesellschaft denke aber gar nicht an den Bahnbau. Die Abgeordneten müßten Schafe sein, wenn sie unter solchen Umständen weitere Summen aus Reichsmitteln bewilligten. Abg. Semmler beantragte, zur nächsten Sitzung den Kapitän Jenen von der Hamburg-Amerika-Linie als Sachverständigen zu einem Gutachten über den Hafen von Lüderichsbucht einzuladen. Dem Antrage wurde zugestimmt, nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der von konservativer und national-liberaler Seite der Kommission das Recht besprochen wurde, Personen zuzuziehen, die weder dem Bundesrat noch dem Reichstage angehören. Der stellvertretende Kolonialdirektor Prinz Hohenzollern erklärte jedoch, die Regierung habe gegen die Vernehmung des vorgeschlagenen Kapitäns nichts einzuwenden. Von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern wurde dieser Antrag eingedrückt.

Die Kommission wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er möge den auf die Kriegführung in Südwestafrika, insbesondere auf die beiden Proklamationen des Herrn General v. Trotha an die Herero und Hottentotten und auf die Unterhandlungen mit Morenga bezüglichen Schriftwechsel, zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem Kolonialamt einerseits und dem Oberkommando in Südwestafrika andererseits schleunigst der Kommission zur Kenntnis bringen.

Abg. Ledebour betonte, daß es dringend erforderlich sei, dem Antrag stattzugeben, damit die Kommission aus dem verlangten Schriftwechsel ersehen könne, ob nicht schon vor einiger Zeit ein Friedensschluß möglich war. Klarheit müsse auch schon deshalb geschaffen werden, weil nach einem über nicht widerlegten Bericht General von Trotha mit Morenga Friedensverhandlungen eingeleitet haben soll, vom Reichskanzler aber zum Abbruch dieser Verhandlungen gezwungen worden sein soll. Wenn der stellvertretende Kolonialdirektor seine Vereinstätigkeit erklärt habe, eine Kommission zu berufen, in der sich die Abgeordneten über die Landgesellschaften aussprechen können, zeuge das von einer falschen Information des Kolonialdirektors durch seine Räte, denn die Kommission müsse der Untersuchung und nicht einer Aussprache dienen. — Die Weiterberatung wird hierauf auf Mittwoch vertagt.

## Aus der Partei.

### Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt.

In der Konferenz des 7. badischen Reichstagswahlkreises, die am Sonntag, den 10. d. M. in Offenburg tagte, wurde folgende Resolution angenommen:

Die Konferenz des 7. badischen Reichstagswahlkreises, die am 10. Dezember in Offenburg tagte, spricht dem deutschen Parteivorstand in Sachen des „Vorwärts“-Konfliktes ihr vollstes Vertrauen aus und verurteilt die einseitige Schreibweise des „Volkstreuen“ in dieser Sache.

Der 1500 Mitglieder zählende Zweigverein Bremen des Verbandes der Bauhilfsarbeiter nahm am 10. Dezember zum „Vorwärts“-Konflikt einstimmig eine Resolution an, deren Hauptsätze lauten:

Die am 10. Dezember tagende Mitgliederversammlung des Zweigvereins Bremen vom Zentralverbande der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands protestiert entschieden gegen die Stellungnahme der Redaktion des „Bauhilfsarbeiter“ zur Sache der sechs entlassenen „Vorwärts“-Redakteure.

Die Versammlung fordert die Redaktion des „Bauhilfsarbeiter“ auf, zukünftig im Fachorgane alles zu vermeiden, was geeignet ist, Zwietracht zwischen Partei und Gewerkschaften zu erzeugen und zu fördern. Da es nur der vereinten Aktion der beiden Heeresmägen der modernen Arbeiterbewegung gelingen kann, die Arbeiterklasse wirtschaftlich frei und politisch reif zu machen, so berichtigt die Versammlung, fortan mit aller Energie für die Vergrößerung und den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu wirken.

### Von der Weinungsfabrik.

Ueber dieses Thema bringt unser Wanker Parteiblatt einen interessanten und beachtenswerten Leitartikel, dem wir das folgende entnehmen:

Wir sind ganz eins mit dem „Vorwärts“, wenn er meint, daß der heideidische und in dieser oder jener Beziehung unzulässigste Artikel, der aus eigenem Fleiß und eigener Gedankenarbeit eines Provinzredakteurs entsteht, zehnmal wertvoller ist, als die durch zehn, zwölf und mehr Blätter rollenden stereotypen Geistesprodukte des gemeinsamen Berliner Korrespondenten. Wir sind denn auch, was uns jeder aufmerksame Leser bestätigen kann, eifrig bemüht gewesen, unser Blatt mit Originalartikeln reichlich auszustatten, die vielleicht manchem manchemal sogar zu eigenartig gewesen sein mögen.

Wir wollen nicht die auch von dem „Vorwärts“ anerkannte Ueberhöhung der Provinzredakteure für uns reklamieren. Es ist freilich für jeden, der mit schaffender Geistesfähigkeit vertraut ist, klar, daß nur der, der das seiner Befähigung Entsprechende leisten kann, dem eine gewisse Ruhe zur Verfügung steht.

Wir wollen indessen, wie gesagt, keine Ueberhöhung für uns reklamieren. Der sozialdemokratische Redakteur will kein Wohlbestallter-Beamter mit regelmäßiger Freizeit sein, er weiß vielmehr, daß er seine ganze Kraft für die Partei einzusetzen und auch zu erschöpfen hat. Und wenn er physisch ermatten sollte, muß ihn die Vegetierung für unsere Sache physisch beleben und von innen heraus aufs neue wieder ins Feuer bringen. Hieran liegt nicht oder wenigstens nicht in erster Linie die Notwendigkeit der Veröffentlichung der Berliner Korrespondenz, sie ist vielmehr rein technischer Natur. In der Redaktion des „Norddeutschen Volksblattes“ z. B. erhalten wir die Berliner Parteipresse erst nachmittags um 5 Uhr, während



Die Ausstrahlung unseres Blattes schon um 8 Uhr beginnt. Der „Vorwärts“ kam aber nur über das unterrichten, was ihm am Tage vorher bekannt geworden ist, wir können also dem „Vorwärts“ nur „alle Kamellen“ entnehmen. Aktuelle politische Artikel, die sich mit den neuesten Vorgängen befassen, könnten wir erst am nächsten Tage um 1/2 11 Uhr beginnen, wo uns die Hauptpost zugeht und wir uns über die letzten Berliner Vorfälle, also etwa über Vorgänge im Reichstage, Veröffentlichungen der Reichsregierung, Reden Wilhelm II. usw. aus der großen bürgerlichen Presse notdürftig unterrichten können. Wir müssen aber in der Zeit von halb elf bis etwa halb ein Uhr, also in höchstens zwei Stunden, das ganze Blatt redaktionell fertigstellen und vorher etwa 40 verschiedene Zeitungen durchlesen, wobei ein Vorarbeiten nahezu ausgeschlossen ist, wenn wir nicht die Besprechung neuer Ereignisse durch die alten beschränken wollen, was ja eigentlich kein Unglück wäre, aber der bürgerlichen Konkurrenz halber nicht angängig ist. Es ist deshalb für uns, und das gilt fast für die gesamte Provinzpresse, eine Berliner Korrespondenz unentbehrlich, die bisher mit den der Provinzpresse zu Gebote stehenden Mitteln nur bei Stampfer zu finden war.

Dass dies kein idealer Zustand ist, geben wir dem „Vorwärts“ gern zu, wir sind sogar mit ihm der Meinung, daß hier eine Abhilfe dringend notwendig ist. Daß sich jedes Provinzblatt einen eigenen Berliner Korrespondenten anlegt, ist kaum angängig, und schließlich würden die betreffenden Korrespondenten doch wieder für eine ganze Menge verschiedener Blätter schreiben, so daß vielleicht nur an die Stelle der einen Meinungsfabrik drei oder vier treten würden, was immerhin schon insofern ein kleiner Vorteil wäre, als es der Provinzpresse eine Auswahl gestattete. Um dessen die Verwendung fertiger Artikel, zu der übrigens nur für aktuelle politische Ereignisse ein Bedürfnis vorliegt, überflüssig zu machen, könnte vielleicht der „Vorwärts“ selbst eine Korrespondenz verdienen, die aber viel zweckentsprechender sein müßte, als der Abzug, den er jetzt der Provinzpresse zugehen läßt. Auch würde die Stampferei ohne Bedenken weiter bestehen können, wenn sie das für die Provinzpresse Wichtige und Aktuelle dieser als objektive Darstellung von Tatsachen, als Auszüge aus Gesandtschaften usw. zugehen ließe, sich aber jeder kritischen Besprechung enthalten würde. Die Provinzpresse sollte dann, soweit es ihr erforderlich scheint, die von ihr selbst vorgenommene kritische Bearbeitung am nächsten Tage folgen lassen, ohne im reinen Nachrichtendienst hinter der bürgerlichen Konkurrenz zurückgeblieben zu sein.

Wir können uns freilich nur ausdrücklichs bemerken, daß es uns nicht eingefallen ist, gegen den Berliner Nachrichtendienst für die Provinzpresse ins Feld zu ziehen. Was wir bekämpfen, ist die fabrikmäßige Verlesung der Vorgänge des politischen und parteipolitischen Lebens.

Das „Vochumer Volksblatt“ schreibt zu demselben Thema:

Was die angeblich fabrikmäßig verheerende Wirkung auf die „proletarischen Intellekte“ angeht, so sei folgendes bemerkt: Der „Vorwärts“ hat etwa hunderttausend Leser. Die bekommen allesamt täglich dieselben „stereotypen Geistesprodukte“ zu lesen. Wir und wahrscheinlich auch die Redaktion des „Vorwärts“ wünschen, daß sich diese Zahl womöglich verdoppeln möge. Jeder dieser Leser bekommt nun denselben „Vorwärts“ zu lesen, so die Meinungsfabrik für die jetzigen Hunderttausend oder die zukünftigen Zweihunderttausend bildet. Das ist also die Berliner „Meinungsfabrik“. Die andere „Meinungsfabrik“ unterscheidet sich von der Berliner dadurch, daß ihre Produkte zwar auch von Hunderttausend, vielleicht auch zweihunderttausend Lesern gelesen werden, aber in mehreren Parteizeitungen, die unter verschiedenen Namen an verschiedenen Orten hergestellt werden.

Unserem Vochumer Kollegen ist da ein drohendes Quiproquo unterlaufen. Kein Mensch mit gehunden fünf Sinnen wird verlangen, daß für jeden einzelnen Leser ein besonderes Parteiblatt mit besonderen „Meinungen“ herausgegeben werde. Es handelt sich nur darum, daß jede sozialdemokratische Redaktion bei der Herstellung des Blattes möglichst mit eigener Gedankenarbeit und eigenem Urteil an die Sache geht, nicht fertige Schablonen verwenden soll. Wir müssen eine vollkommene Einheitsfront in der Grundausfassung anstreben. Was dagegen die Form, die Argumente, die ganze äußere Gestaltung und Färbung des geistigen Kampfes betrifft, dem unsere Presse als Waffe dient, so ist diejenige Mannigfaltigkeit, Lebendigkeit und Feinheit erwünscht, die sich nur im freien Wettbewerb aller verfügbaren Kräfte erzielen läßt.

### Gewerkschaftskretinismus.

Die „Allgemeine Steinfeyer-Zeitung“ bricht in ihrer letzten Nummer eine Lanze für den Redakteur des Verbandsorgans der Buchdrucker, den wir neulich in einer Notiz unter dem obigen Titel unter die Lupe genommen haben. Das Organ der Steinfeyer schreibt:

Es ist ein ungemein charakteristisches Zeichen für die Wertschätzung der Gewerkschaftsbewegung in der neuen „Vorwärts“-Redaktion, wenn dieselbe für ein Gewerkschaftsorgan, das sich sozusagen auch eine eigene Meinung gestattet, nichts weiter übrig hat als eine derart löbliche Beschimpfung. In der Tat aber handelt es sich hier nicht um die Person eines beliebigen Gewerkschaftsredakteurs, sondern, wie oben gesagt, um die Gewerkschaften. Hier handelt man nach dem bekannten Sprichwort von dem Esel und dem Esel: Das Buchdruckerorgan schlägt man, die Gewerkschaften meint man!

Es ist eigene Sache der „Allgemeinen Steinfeyer-Zeitung“, wenn sie sich in dem „geschlagenen“ Redakteur des Buchdruckerorgans getroffen fühlt; wir müssen jedoch dagegen protestieren, daß man diesen Redakteur und sein Organ mit den deutschen Gewerkschaften schlechthin identifiziert, um „der neuen Redaktion“ des „Vorwärts“ eine Antipathie gegen die Gewerkschaftsbewegung anzudichten. Noch ist glücklicherweise der „Correspondent der Buchdrucker“ nicht der Typus, und Herr Neuhäuser nicht der berufene Wortführer der deutschen Gewerkschaftswelt, vielmehr sieht er mit seiner Auffassung wie mit seinen polemischen Manieren innerhalb der Gewerkschaften auf einem Isolierschemel. Wenn aber die „Steinfeyer-Zeitung“ verwundert fragt, worin denn der von uns festgenagelte Gewerkschaftskretinismus bestie und wo er in der Welt zu finden sei, so verweisen wir sie bloß auf zwei kleine Proben aus den jüngsten Tagen.

In einer vom Dresdener Gewerkschaftskartell einberufenen Versammlung sprach Herr Neuhäuser neulich über den Massenstreik, wobei sein Leitmotiv der Protest gegen das Hineintragen von „Theorien“ in die Gewerkschaftsstreite war. In seiner Polemik gegen das sozialdemokratische Theoretisieren führte er nun — nach dem Bericht der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ — das folgende Argument an: „Besonderes Interesse verdient zum Beispiel die Entwicklung in der Textilindustrie. Man hat sich all die technischen Umwälzungen ruhig gefallen lassen, in der an sich richtigen Auffassung, daß sie doch nur zum Sozialismus hinführen. Wir müssen auch dafür sorgen, daß wir heute die Arbeiter widerstandsfähig halten. Man hat ja gesehen, daß die sozialdemokratischen Textilarbeiter in Sachsen nicht insulante waren, den eifrigsten Normalarbeitstag zu bestreiten. Daran erkennt man, daß die Theorie mit der Wirklichkeit nicht ganz im Einklange steht. Man könne sich damit nicht läßtigen.“

Wer den aufgeliarten Arbeiter einen Eselwurf daraus macht, daß sie sich dem technischen Fortschritt der Produktion nicht widersetzen, und noch für diese selbstverständliche Tatsache eine blödsinnige abstrakte Spekulation auf den Sozialismus zur Erklärung heranzuziehen zu müssen glaubt, wer mit solchen Argumenten die Schädlichkeit der Theorie für die Gewerkschaften darzutun glaubt, der macht sich buchstäblich zum Apostel einer gewerkschaftlichen Verblöschung.

Und ganz denselben Geist atmet die folgende Notiz aus dem „Correspondent der Buchdrucker“ vom 7. d. M.: Zu einem außerordentlichen Kampfmittel haben die Träger in West gegriessen. Sie weigerten sich nämlich, solche Zeitungen zu lesen, welche gegen das allgemeine Wahlrecht

sich wenden oder die Sozialdemokratie in gehässiger Weise angegriffen. Infolgedessen haben anfangs dieser Woche sechs Blätter nicht erscheinen können. Außerdem fanden vor den Redaktionen der Zeitungen, die gegen das allgemeine Wahlrecht sind, große Volkskundgebungen statt. In der Druckerei des „Badapessi Hirlap“ wurden die Fenster eingeworfen und zwei Maschinen beschädigt. Das ungewöhnliche Vorgehen der Besten Kollegen erscheint nur unter dem Gesichtspunkte der außergewöhnlichen Umstände erklärlich. Es bleibt zu wünschen, daß diese Vorgänge nicht etwa während eingreifen in die eben erst auf friedlichem Wege zu Ende geführte Tarifbewegung.

Aber bei dem großartigen Wahlrechtskampfe des österreichisch-ungarischen Proletariats keine wichtigere Sorge hat als die Frage, ob denn dieser Kampf nicht etwa der — Tarifbewegung in die Quere kommt, der zeigt, wohin die Verachtung für die „Theorie“ führt, und erweist sich selbst als ein klassischer Typ des Gewerkschaftskretinismus.

Bei Gemeinderatswahlen haben wie in einer ganzen Anzahl Landorte im Kreise Dortmund-Hörde Siege zu verzeichnen. In Dessel segten unsere Genossen nicht bloß in der dritten, sondern auch in der zweiten Abteilung. Ebenso in Schüren, wo unsere Genossen im Gemeinderat über die absolute Majorität verfügten. Ferner segten wir zum erstenmal in dem großen Industrieort Vätgendortmund und in Brackel. In einer ganzen Reihe weiterer Orte erzielten wir Achtungserfolge. Ueberall standen uns die Gegner geschlossen gegenüber, Zentrum und Sozialpartei gingen Hand in Hand gegen uns vor.

Partei-Genosse Hauschild ist nach einer Notiz des „Kesseler Volksblatt“ schwer erkrankt. Auf lange Zeit hinaus ist nicht daran zu denken, daß er journalistisch oder agitatorisch wieder tätig sein kann. Für ihn ist einwilligen der Korrektor Genosse Otto Kilian in die Redaktion des Blattes eingetreten.

Einer der ältesten Genossen in Offenbach, der Gärtler Philipp Heinrich Heß, der im Alter von 68 Jahren verschied, wurde am 10. d. M. zur letzten Ruhe gebettet. Ein zahlreiches Trauergesolge gab dem Verstorbenen das Geleit. Am Grabe widmete Genosse Karl Ulrich dem Abgeschiedenen als einem braven Kämpfer, der schon als Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Sache des arbeitenden Volkes mutig vertreten und jederzeit seinen Mann gestanden, einen warmempfundenen Nachruf.

Ein Parteiveteran und Barrikadenkämpfer, der Genosse Hasenstein in Wodenheim, ist zur großen Arnee übergegangen. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 80 Jahren. Er wurde in Schlüchtern geboren und kam im „tollen Jahr“ 1848 als 22jähriger Schneidergehilfe nach Frankfurt. Hier war er an dem Vau der Barrikaden mit demselben Mut beteiligt, wie an dem Aufstand in Baden.

## Verfassungen.

Die Sektion der Gips- und Zementbranche des Zweigvereins Berlin des Maurerverbandes hatte am 8. Dezember im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung, zu der außer den Trägern der Mitgliedsur und den sonstigen Hilfsarbeitern aus der Gips- und Zementbranche, die im Maurerverband organisiert sind, nur die sämtlichen Funktionäre der Sektion Zutritt hatten, abgesehen von Vertretern des Bau- und Hilfsarbeiter-Verbandes. Es handelte sich um die Stellungnahme zu den Organisations-Grenzstreitigkeiten, um die Frage, ob die Mitgliedsurträger und Hilfsarbeiter der Gips- und Zementbranche in den Verband der Bauhilfsarbeiter überzutreten haben. Als Referenten wurden vorgelesen Th. Bömelburg (Vorsitzender des Maurerverbandes) und G. Behrend-Hamburg (Vorsitzender des Verbandes der Bau- und Hilfsarbeiter).

Statt Bömelburg, der sein Fernbleiben entschuldigte, sprach der Sektionsvorsitzende Frißsch. Er gab eine Uebersicht über die Entstehung und Entwicklung der Grenzstreitigkeiten, wobei er bemerkte, daß es eine falsche Vorstellung der Leiter der Bauhilfsarbeiter-Organisation sei, wenn sie meinen, auf die in die Gips- und Zementbranche kommenden Mitglieder anderer Organisationen würde ein Zwang ausgeübt, dem Maurerverband (Sektion der Gips- und Zementbranche) beizutreten. Für eine lokale Agitation unter jenen Kollegen, dem Maurerverband beizutreten, bestehe aber ein gewisses Recht. Denn für alle in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Personen, einschließlich der Hilfsarbeiter und Träger, regule die Sektion des Maurerverbandes die Lohn- und Arbeitsbedingungen, und sie müsse dafür gerade stehen, für die Aufrechterhaltung der Vertragsbedingungen sorgen. Im Laufe der Zeit sei nun eine Aussprache mit den Vertretern des Bauarbeiterverbandes notwendig geworden, um zu versuchen, die Grenzstreitigkeiten aus der Welt zu schaffen. Da sei von den Vertretern der Bauhilfsarbeiter-Organisation die Forderung gestellt worden, daß von den Arbeitern der Gips- und Zementbranche alle die, welche mit der Zubereitung und Transportierung des Materials beschäftigt würden, in den Bauhilfsarbeiterverband überzutreten sollten. Man berufe sich auf den Kartellvertrag zwischen Maurerverband und Zimmerverband einerseits und dem Bauhilfsarbeiterverband. Und zwar auf die Vorschrift, wonach die Organisationen verpflichtet seien, darauf zu achten, daß die in den Vertrag kommenden Arbeiter des Zimmerer- und Maurergewerbes den betreffenden Organisationen und die Hilfsarbeiter beider Gewerke des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter angehörten. Bömelburg sei auch geneigt gewesen, dem zuzustimmen. Aber die Vertreter der Gips- und Zementbranche hätten jener Auffassung gleich entgegengehalten — und das vertrete Redner auch hier: daß zur Zeit des Abschlusses des Kartellvertrages an eine Gips- und Zementbranche, wie sie heute bestehe, noch gar nicht zu denken gewesen sei. Der Kartellvertrag könne hier deshalb auch gar nicht mit umfacht werden. Auch sei, wie man in den Sitzungen mit den Vertretern der anderen Organisation ebenfalls zum Ausdruck gebracht habe, das Arbeitsverhältnis in der Gips- und Zementbranche ein ganz anderes wie es bei den Maurern und ihren Hilfsarbeitern und bei den Zimmerern und ihren Hilfsarbeitern ist. In der Zementbranche sei es so, daß die Kollegen, die heute Hilfsarbeiter seien, in vielleicht drei Wochen Einschaler und demnächst Zementierer würden; andere gingen zum Spannen über usw. Die Vertreter der Bauhilfsarbeiter seien aber dabei geblieben, daß sie ein Recht auf die mit der Herstellung und dem Transport des Materials beschäftigten Arbeiter der Gips- und Zementbranche als deren Hilfsarbeiter hätten. Redner schildert eingehend den Gang der weiteren Verhandlungen und wie schließlich Uebertrittsbedingungen festgestellt seien, ohne daß sich, wie er besonders betonen wolle, die Vertreter der Gips- und Zementbranche darauf verpflichtet hätten. Die Bekanntgabe der Bedingungen in einer Generalversammlung des Bauhilfsarbeiterverbandes, wodurch sie den Mitgliedern der Sektion der Gips- und Zementbranche bekannt wurden, habe in den Kreisen der letzteren großen Aufbruch verursacht. Man habe die Sektionsleitung und andere Funktionäre des Maurerverbandes mit Fragen bestrahlt, wie der, wie viel sie für den Verlust der Mitglieder an den Bauarbeiterverband bekommen hätten. Zum Schluß verlas Redner die schon veröffentlichten Bedingungen für einen Uebertritt der betreffenden Arbeiter zum Bauhilfsarbeiterverband.

Genosse Behrend, der Vorsitzende des Verbandes der Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter, nahm dann das Wort. Er machte Mitteilungen aus der Tätigkeit des Verbandes, der auch der General-Kommission angegeschlossen ist, und betonte, daß das Agitationsgebiet des Verbandes die Bau- und Erdarbeiter umfasse. Nun zum Kartellvertrag. Es sei dadurch die Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung geschaffen worden. Und die im vorliegenden Grenzstreit angezogene Bestimmung beziehe sich nicht bloß auf die Zugehörigkeit zur Organisation an sich, sondern besonders auch auf die Agitation für die Organisationen. Es solle danach z. B. jeder Maurer verpflichtet werden, darauf hinzuwirken, daß jeder Bauhilfs-

arbeiter dem Verbands der Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter beitrete. Nach Ansicht der Vertreter des Bauhilfsarbeiterverbandes, nach Redners Ansicht habe sich die Sektion der Gips- und Zementbranche dagegen vergangen, indem sie sich die Hilfsarbeiter dieser Branche zuführte und nicht für ihren Eintritt in den Bauarbeiterverband sorgte. Wichtig sei es ja, daß es zur Zeit des Abschlusses des Kartellvertrages eine Zementbranche wie jetzt noch nicht gegeben habe und daß man damals im Speziellen an die Hilfsarbeiter der Gips- und Zementbranche nicht denken konnte. Dennoch umfasse die Bestimmung des Kartellvertrages sie mit aus dem einfachen Grunde, weil es Bauhilfsarbeiter seien. Wenn vom Maurerverband beschloffen werden würde, alle Bauhilfsarbeiter aufzunehmen, dann würde niemand etwas dagegen haben, ja, es würde mit Freuden begrüßt. Wenn aber der Maurerverband in seiner Sektion der Gips- und Zementbranche nur einen Teil der Bauhilfsarbeiter bei sich behalte, dann schädige er die Hilfsarbeiterorganisation im ganzen Lande. Uebrigens bedeute, wie dargelegt, das Verlangen des Bauarbeiterverbandes und seiner Vertreter weiter nichts, als wie ein Verlangen auf Erfüllung des Kartellvertrages und der dazu gefassten Beschlüsse.

Es entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion, in der alle Redner aus der Sektion der Gips- und Zementbranche, unter anderem Giesel, Präppernau, Richhammer, Steinide, Drehsler, Franzkat, für den Verbleib der bezeichneten Hilfsarbeiter im Maurerverband, Sektion der Gips- und Zementbranche, eintraten. Besonders hoben sie die Vorteile hervor, die ihnen die Sektion habe erlangt helfen. Auch legten sie Wert darauf, daß die Sektion jede Affordarbeit verdamme. Die von Frißsch mitgeteilten Gründe aus der Eigenart der Verhältnisse der Branche wurden ebenfalls wiederholt. — Im Sinne des Genossen Behrend sprachen Karl Heidemann, und Wötcher vom Bauarbeiterverband, während zum Schluß Behrend und Frißsch nochmal das Wort nahmen. — Die Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung des Antrags, daß unter den aufgestellten Bedingungen die Arbeiter der Gips- und Zementbranche, soweit sie mit der Herstellung und dem Transportieren des Materials beschäftigt werden, am 1. Januar in den Bauarbeiterverband überzutreten haben.

Frißsch ermahnte darauf die Versammelten, nach wie vor mit Andersorganisierten friedlich zusammen zu arbeiten, und da, wo man es für nötig halte, für ihren Beitritt zur Sektion des Maurerverbandes zu agitieren, dies nur mit Ueberzeugungsgründen zu tun und jedes Zwangsmittel zu meiden. Gegen Anwendung von Zwang müsse von der Zeitung entschieden protestiert werden.

## Vermischtes.

Ueber die Ergebnisse der Volkszählung liegen folgende weitere Meldungen vor:

Hamburg. Nach dem Ergebnis der Volkszählung hat der Hamburgische Staat 872 028 Einwohner gegen 768 349 im Jahre 1900. Die Stadt Hamburg hat 800 582 gegen 705 788 im Jahre 1900. Die Gesamtzunahme beträgt 13,6 vom Hundert.

Donaubrüch. Das Resultat der Volkszählung ist 50 576 Einwohner, das sind 8000 mehr als im Jahre 1900.

Frankfurt a. M. Das Resultat der Volkszählung ist 336 985 gegen 288 989 im Jahre 1900. Die Zunahme beträgt 16,6 v. H. Seit 1871 hat sich die Einwohnerzahl von Frankfurt verdreifacht. Hervorzuheben ist, daß die Altstadt als Wohnviertel fast vollständig verschwindet.

Kassel. Die Einwohnerzahl beträgt 120 272 gegen 106 084 bei der vorigen Zählung.

Görlitz. Das Ergebnis der Volkszählung ist 83 632 gegen 80 842 im Jahre 1900.

Liegnitz. Jetzt 50 600 Einwohner gegen 54 830 im Jahre 1900.

Wrieg. Jetzt 27 625 Einwohner gegen 24 114 im Jahre 1900.

Nach dem vorläufigen Ergebnis hat Dresden 514 283 Einwohner, d. h. 118 137 oder 29,8 Proz. mehr als vor fünf Jahren. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß inzwischen verschiedene größere Orte einverleibt worden sind. Innerhalb des jetzigen Stadtgebietes beträgt der Zuwachs an Einwohnern 83 624 oder 7 Proz., während er im vorausgegangenen Jahrzehnt 11,8 Proz. betrug.

Die Einwohnerzahl der Stadt Karlsruhe beträgt nach der Volkszählung 111 337 gegen 98 876 am 1. Dezember 1900.

In Heidelberg wurden 40 151 Einwohner gefunden, 1900 betrug die Zahl 44 001. Der Zuwachs ist 11,7 v. H.

Die Einwohnerschaft von Fulda beträgt 20 395 Personen, gegen 1900 mehr 3405.

In Jena wurden 20 307 Personen gezählt, gegen 20 636 im Jahre 1900.

Widau zählt 68 425 Personen, gegen 13 000 mehr als 1900.

Die Einwohnerzahl von Eisen ist seit der vorigen Zählung von 118 823 auf 229 270 Personen gewachsen, wobei allerdings zum großen Teil Eingemeindungen mitspielen.

Für Hanau ergab sich eine Gesamtbevölkerung von 31 632 Personen; darunter sind Militärpersonen. Die Zunahme der Zivilbevölkerung beträgt seit der Zählung vor fünf Jahren 1801 Personen.

Büdingen. Die Volkszählung ergab vorläufig 70 500 Einwohner, gegen 1900 4000 mehr.

Wahrenth. Nach der jüngsten Volkszählung hat Wahrenth 31 861 Einwohner oder 2474 mehr als im Jahre 1900.

Erlangen. Die Volkszählung beziffert die Einwohnerzahl unserer Stadt mit 23 720 gegen 22 963 im Jahre 1900.

Wetzlar. Nach vorläufiger Feststellung zählt Wetzlar 59 307 Einwohner (29 245 männliche und 30 062 weibliche) gegen 49 663 im Jahre 1900. Die Zunahme beträgt also 19,4 Proz.

Bahnhofsvorsteher und Helfschmünger. Der Bahnhofsvorsteher Engelmann von Welpke, ein früherer Militärkapitän, und seine Ehefrau sind wegen Anfertigung falscher Münzen (10 Pfennig- und 50 Pfennigstücke und Ein- und Zweimarkstücke) verhaftet. Engelmann hatte in seiner Wohnung eine Helfschmüngerlei etabliert und seit Jahren schwindehaft betrieben. Seine Einbildung war die Folge der unmenslichen Behandlung seiner Kinder. Diese wurden schlecht genährt, nur notdürftig bekleidet, mußten im Kellerraum schlafen und wurden oft geprügelt. Das 13jährige Mädchen erbat und erhielt von einem Wäldermeister eine Semmel. Im Gespräch über die häuslichen Verhältnisse erzählte das Kind, daß seine Eltern Geld fabrizierten. Der Gemeindevorsteher, dem Anzeige erstattet wurde, schenkte dem keinen Glauben. Am nächsten Tage brachte das Mädchen seinem Schullehrer ein falsches Geldstück mit. Nun ging die Sache ihren Gang. Großer Aufwand, den die zu ihren Kindern hartherzige Ehefrau für ihre Person trieb, soll die Veranlassung zu dem Verbrechen gewesen sein.

Ein Gotteslästerungsprozeß in — Amerika. Alle frommen Seelen in Detroit, Mich., sind empört über die Freivolant eines Deutschen, namens Hermann Menz, der vor seinem Hause eine Statue des „Satan“ errichtet hat. Bereits ist gegen den Uebelthäter ein Gerichtsverfahren wegen Gotteslästerung anhängig gemacht worden. Da sage noch jemand, die Dollarmänner wählten ihre „Ideen“ nicht zu wählen. Wie kann man auch noch einen Satan vor das Haus setzen — wenn hinter den Mauern genügend Salome ihr Wesen treiben? —

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Beilage für die Interessen der Arbeiterinnen (Eintgart, Verlag von Paul Singer) ist uns soeben die Nr. 25 des 15. Jahrganges zugegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mk.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jakob“ ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die farbigen Bilder „Der Kommet von 1905“ und „Hohe Ehre“, sowie die weiteren Illustrationen „Der norwegische Löwe“, „Weihnachten“ von D. G. Frensch, „Dezemberabend“ von A. Heibiger, „Lasset die Kinder zu mir kommen“ (mit Gedicht), „Wetterstunde in Oldenburg“ und „Zukunftsbild“.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.



# Schönste Festgeschenke

## Schlaf-Röcke



Reichhaltigste Auswahl in molligen, warmen Stoffen. Hübsche Façons mit schönen Besätzen.

40.- 33.- 30.-  
27.- 24.- 21.-  
18.- 15.- 12.-

### 7.65 M.

## Winter-Joppen



Rieser-Läger. Rieser-Auswahl. Warme Lodenstoffe mit dicken Futurarten.

27.- 24.- 21.-  
18.- 15.- 12.-  
10.- 9.- 7.50 6.-

### 4.50 M.

Serien-Ausverkauf in allen Abteilungen teilweise weit unter Herstellungspreisen.

# Baer Sohn

Spezial-Haus größten Massstabes.

Chausseestrasse 24a/25 • 11, Brückenstrasse 11  
Gr. Frankfurterstrasse 20.

Der Haupt-Katalog No. 27 wird kostenlos zugesandt.

Billiger Weihnachts-Verkauf.

Abteilung

# Wäsche

Tischtücher	Gr. 110x110 cm	115x100 cm	120x125 cm
Preis	von Stück M. 1.30 bis 0.75	Stück M. 1.60	Stück M. 2.-
Tischtücher	Gr. 120x150 cm	130x135 cm	130x170 cm
Preis	Stück M. 1.90	Stück v. M. 4.- bis 2.40	Stück v. 5.50 bis 2.75
Tafeltücher	Gr. 130x225 cm	150x340 cm	
Preis	Stück von 8.50 bis 3.50	Stück von 12.50 bis 7.-	
Tischgedecke mit 6 Servietten		von M. 12.- bis 4.50	
Tischgedecke mit 12 Servietten		von M. 25.- bis 6.15	
Servietten zu den Tischtüchern		Dtz. von M. 12.- bis 3.-	
Kaffeegedecke, 6 Serviett., weiß od. buntkant.		von M. 6.50 bis 3.50	
Kaffeegedecke, 12 Serviett., weiß od. buntkant.		von M. 22.- bis 10.-	
Kaffeedecken, bunt mit Fransen		von M. 7.50 bis 1.-	
Stubenhandtücher, weiß		1/2 Dtz. von M. 7.50 bis 1.90	
Küchenhandtücher, buntkantig		1/2 Dtz. von M. 3.75 bis 1.75	
Rolltücher 80x100 St. v.	1.30 bis 0.75	80x200 Stück von M.	2.10 bis 1.20
Taschentücher, weiß, rein Leinen		Stück von 60 Pf. bis 25 Pf.	
Taschentücher, weiß, Linon u. Batist		Stück 20, 15 und 10 Pf.	
Taschentücher, bunt oder weiß, mit Kante		Stück v. M. 50 Pf. bis 10 Pf.	

# Julius Haack

Manufakturwaren u. Konfektion

198 Brunnen - Straße BERLIN N., Brunnen - Straße 198  
am Rosenthaler Tor.

Besuchen Sie die

# Weihnachts-Ausstellung

von

## MAX BUSSE

53211\*

BERLIN N.  
BRUNNEN-STRASSE 175

vis-à-vis Grolfenhagen.

Dort finden Sie die

größte Auswahl in

## Uhren, Brillanten, Gold-, Silber- und Alfenidewaren

und streng reelle und  
billige Bedienung.



### Sinzel-Verkauf zu Engros-Preisen

hat begonnen.  
Unterwäsche . . . von 1.25 ff. an  
Schürzen . . . von 30 Pf. an  
Weiße Taschentücher . . .  
gesamt . . . Dtz. von 85 ff. an  
Korsetts . . . von 80 ff. an  
Kollärmäcke, Cheviot, schwarz, blau u. braun 3.50 ff.  
Tricotagen, einzelne Musterfäden, unter Preis  
im Engros-Geschäft

### Dr. Schünemann,

Spezial-Arzt für 87942\*  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten,  
Soydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt.  
Wochentags 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8.  
Sonntags 10-12.

### Zum unverzagten Rehberger.

Johannes Fricke, Regier. 186  
Neben Putzwerk:  
Frische Blut u. Leberturke  
in bekannter tadelloser Güte.  
3 Vereinszimmer, Räume für  
XXX Lichter. XXX  
Gesprächsterm. 2, 3157. 54032

### Jetzt 200 ff. Zigarren umsonst.

Aus Konfur) nur bis 12. Dezember 200 hochfeine 8 Pfg.  
Zigarren 10.50 ff. und außerdem 200 gratis für Weiterempfehlung.  
Vgn. Nachnahme. Garantie: Rückzahlung. A. Kaufmann, Hamburg 1.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

### Die schönsten Weihnachts- Geschenke

in  
**Stiepdeden**  
kauft man am preis-  
wertesten nur direkt  
in der Fabrik, 72 Döb-  
straße 718, wo auch alle  
Stiepdeden aufbewahrt werden.  
W. Strohmandel, Berlin 14  
Illustrierter Preis-Katalog gratis.  
Sonntags von Weihnachten geöffnet.

### Schweizer Taschen-Uhren

Niederlage  
Kein Laden  
Privatverkäufe  
zu Engrospreisen  
unter schriftlicher Garantie  
Berlin-Schöneberg  
Fritz Reuterstrasse 611 ff.  
Ecke Hauptstrasse  
direkte Straßenbahn

### Pelz- waren-Fabrik

Neue  
Königsstraße 16,  
von 1,  
verkauft nach  
beendeter  
Engros-Saison  
Reisemäntel  
von Stolas  
und Muffen  
zu  
billigsten  
Engros-Preisen  
Sonntag geöffnet.

### Artus-Hof

Perlebergerstr. 26. Ständlerstr. 18.  
Säle von 100-1200 Vert. stehen den  
geehrten Vereinen zur Verfügung.  
Neben Sonntag, Dienstag u. Freitag:  
Gr. Theater-Vorstellung.  
Neben Montag: Quartett-Sänger und  
dänische Tanztruppe.  
Neben Donnerstag: Gr. Konzert.

Der  
**Neu! A.B.C.-Brenner**  
für  
**Petroleum-  
Glühlicht**  
Modell  
1906  
kostet nur Mk. 5,50



komplett mit Glühstrumpf, Cylinder und Docht.  
Brennt so hell wie Gasglühlicht und ver-  
braucht dabei nur circa 1 Pfg. Petroleum  
per Stunde. Kein Schneiden, kein Schrauben  
des Dochtes. Ist überhaupt so einfach,  
daß er von einem Kinde bedient werden  
kann, daher der Name „A. B. C.“ Paßt für  
jede vorhandene 10" und 14" Lampe und  
mittels Zwischenring auch auf jedes  
andere Bassin.

Zum Beweise, daß dieser Brenner un-  
kurrenzlos ist, sind die Fabrikanten und  
Patentinhaber Hermann Hurwitz & Co., Berlin C.,  
Stralauerstr. 56, bereit, denselben auch zur  
freien Probe ohne Nachnahme zu versenden, jedoch nur nach Orten,  
wo keine Niederlage besteht.

- Niederlagen:**  
Warenhaus A. Wertheim.  
H. Vettin, Brunnenstr. 34.  
Abraham & Ehrlich, Königstr. 45.  
Herm. Arnold, Alexandrinerstr. 110.  
Alfred Snack & Co., Chausseest. 72.  
C. Bassel Ww., Alte Jakobstr. 51.  
Louis Böttcher, Kronl.-Spezialh.,  
Boxhagenerstr. 32 u. Ravenöst. 6.  
Oscar Helsing Nacht, Wilhelmstr. 37.  
M. Hirschhorn, Stralauerbrücke 3.  
R. Hoppach, Kommandantenstr. 60.  
Heinr. Haug, Frankl. Chaussee 41.  
O. Kahnt, Lützowstr. 13.  
Wilh. Krusemark, Oranienstr. 205.  
Lindner Nachf., Porlebergerstr. 89.  
Adolf Névir, Unter den Linden 44.  
O. P. Neumann, Friedrichstr. 127.  
Paul Schenck, Reichensbergerstr. 30.  
Julius Klinghoff, Potsdamerstr. 81a.  
Otto Seelig, Kyffhäuserstr. 2.  
Franz Strauch, Brunnenstr. 64.  
R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 85.  
Lampen-Fabrik M. Eggert, Frank-  
furter Allee 40.  
Charlottenburg: F. Schröder, Schlüterstr. 59.  
Friedenau: Paul Pruss, Rheinstr. 66.  
Gr. Lichterfelde: C. Steinborn, Kleinpnerstr., Chaussee-  
straße 18.  
Ober-Schöneweide: J. W. Kantner, Edisonstr. 10.  
Rixdorf: Emil Steinbach, Thüringerstr. 44.  
Rummelsburg: Georg Reiner, Schillerstr. 35.  
Steglitz: Alb. Bussis Nacht, Schützenstr. 59.  
Ewald Buck, Albrechtstr. 4.  
J. Dahlmann NH, Schloßstr. 30.  
Weißensee: Gericks & Wolfram, Königshaussee 55.  
Wilmsdorf: Franz Hinze, Bernhardtstr. 10.  
Friedr. Müller, Prinz-Regentenstr. 57.

Mein Jahrbüchlein habe ich von Hebrant, 188 nach  
Crauntpfad, Quisenfer 22 II  
verlegt.  
46472\*  
nordem 16 Jahre Urbanstraße u. Kolbfelderdamme.  
Emil Schaefer,  
Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Jaurès' letzte Kammerrede.

„Ueber den sozialistischen Internationalismus.“

Paris, 8. Dezember. (Sig. Ver.)

Jaurès begann mit der Widerlegung der Behauptung, daß die Anglisten Ereignisse die Friedenspolitik des Proletariats als Utopie und als nationale Gefahr gezeigt hätten.

Worin besteht die internationale Politik des Sozialismus? Ich kann sie in drei Ideen zusammenfassen, die einander ergänzen und untrennbar sind: die erste: daß wir die Defensivkraft der Nation auf eine möglichst hohe Stufe bringen sollen.

Großjean (Nationalist): Durch die Miliz?

Jaurès: Durch eine harmonische Vereinigung der militärischen Einrichtungen mit den Lebensbedingungen der republikanischen Demokratie (Weisheit auf der äußersten Linken und auf einigen Banken der Rechten), mit den Bedingungen des Wachstums des Proletariats, sodas die Armees, mit dem Volke verschmelzen, nichts anderes als dieses Volk selbst, zu seiner Verteidigung und zu seinem Wohl organisiert, von allem Kostengriff und allem Klossengriff befreit, allein erscheine wie die Wächterin des Vaterlandes, das ist der gemeinsame Feind, und nicht als die Wächterin des Privilegs und des Kapitals!

Zweitens erstreben wir mit derselben Entschiedenheit und derselben Kraft, die Vereinigung und die Aktion des Proletariats aller Länder zu stärken, so daß das Proletariat Europas durch seine gemeinsame und gleichzeitige Einwirkung auf alle Regierungen den Ausdruck von Kriegen möglichst hintanhaltet und, wenn sie dennoch ausbrechen, die verbrecherischen Regierungen, die den Sturm entfesselt haben, von einem Ende Europas zum andern ohnmächtig mache.

Drittens wollen wir, daß die Regierung der französischen Republik allen Nationen die systematische und allgemeine Anwendung des internationalen Schiedsgerichts vorschlage.

Und nun frage ich Sie, inwiefern können die neuesten Ereignisse uns veranlassen, unsere Politik zu ändern? Was ist denn geschehen, und was haben uns die Ereignisse gelehrt? Europa glaubte, sich im tiefsten Frieden zu befinden. Es gab kein Volk, das in seinem Innern einen Kriegsgedanken hegte.

Der deutsche Kaiser erinnerte, ich weiß nicht in welcher Stadt, an die Verse eines Dichters, der da sagt, daß das äußere Leben immer endlich sei und nur das innere für die Völker wie für die einzelnen eine unendliche Entwicklung erhalten könne.

Hier war die Formel des friedlichen Fortschrittes der Menschheit ausgesprochen. Und am nächsten Tage trat derselbe Kaiser jene Reise nach Tanger an, die wie der Prolog eines ungeheuren europäischen Dramas erschien.

Auf französischer Seite dieselbe Ueberraschung. Seit Jahren, eine behäbige, loyale, aufrichtige Vereinerung des Willens zum Frieden, und nun erfuhr man plötzlich, daß ungeahnte Unflugdeliten und vor die Möglichkeit eines Konflikts gestellt hatten.

Und während Frankreich und Deutschland, alle beide, mit Ausnahmen kleiner und unbeträchtlicher Gruppen — der Junkerliste dort, einiger Hitzläpse hier — mit Schreden von der Kriegsgefahr erfuhr, die sich gegen ihren Willen entwickelt hatte, begriffte ein Teil der kapitalistischen Aristokratie Englands diese Konfliktsmöglichkeit, und die Arbeiter aller europäischen Länder erfuhr, daß der Weltfrieden trotz ihres klaren Willens heimlichen Kombinationen und unvorhergesehenen Zwischenfällen preisgegeben war!

Wenn so die europäischen Arbeiterklasse erkennt, daß unter dem heutigen System, durch die Schuld der Herrschenden, durch die Habgucht der privilegierten Klassen (Karm rechts und im Zentrum) der Friede ohne Unterbruch bedroht ist, wenn sie sieht, daß sie die Kosten dieses dauernden und wachsenden Zustandes der Barbarei mit ihren Löhnen, mit ihrem Geld, mit ihrem Blute selbst zu bezahlen hat, wie wollen sie dann, daß sie nicht trachten solle, die Gefahr und dieses Unheil durch die Vereinigung der Arbeiter aller Länder zu beseitigen?

Das Proletariat erkennt, daß es nicht genügt, allen Kräften der Eroberung und des Konflikts irgend einen ideologischen Traum und eine ohnmächtige Friedenshymne entgegenzusetzen. Das Proletariat will der Autokratie und dem Kapital ihre mörderische Gewalt aus den Händen reißen.

Es gibt ein immer steigendes internationales Leben. Herr Deschanel hat das Wort Gladstones zitiert, daß jeder Offendbahrung, der die Grenze überschreite, ein Band der allgemeinen Solidarität webe. Aber es ist kein bloß materielles, mechanisches Reg, das da geknüpft wird. Eine Gemeinschaft tiefer Sympathien erhebt sich zwischen den Arbeitern aller Länder. Sie leiden die gleichen Schmerzen, sie arbeiten an gleichen Werken. Von einem Ende Europas zum anderen bereiten sie dieselbe Gesellschaftsordnung vor. Alle gemeinsam, von derselben Hoffnung angetrieben und mit gleichem Eifer wollen sie das Lohnsystem abschaffen, das nach dem Wort Chateaubriands die letzte Form der Armut ist. Sie versammeln sich auf politischen und gewerkschaftlichen Kongressen; Vergewaltiger von allen Vergewaltigern. Weber aus allen Webereien. Sie vereinigen sich, sie organisieren sich, sie legen ihr Geld von heute und ihre Hoffnungen für morgen zusammen. Nach und nach formen sie ein gemeinsames Gewissen, einen Geist, einen Willen, ein Vaterland der unterdrückten Arbeit und der sozialen Hoffnungen. Da plötzlich steigt der Pöbelbefehl von Petersburg, Paris, Berlin, London, Wien! Das Kampfsignal ertönt, die Kanone donnert, die Grenzen werden überschritten, und alle diese Menschen, die sich gestern wie Brüder in derselben Hoffnung umarmten, Sie zwingen Sie, sich aufeinander zu stürzen. Die Jagd ist eröffnet: die Jagd des Menschen auf den Menschen, und das Gewissen des Proletariats ist die Beute. ... Nun wohl, das Proletariat kann das nicht mehr dulden. Sehen Sie sich vor! Sie verlangen von ihm mehr als das Leben. Würden Sie von ihm nur das Leben und würden sie es für eine große Sache fordern, es würde nicht einen Augenblick zögern. ... Ohne zu zögern und zu rechnen, hat das Proletariat immer, in den großen Schlächten, für die großen Revolutionen der Menschheit, von denen es doch nur einen sehr entfernten Nutzen erhoffen konnte, sich selbst für die Unabgibtigkeit jener Vaterländer, an denen ihm kein genügender Anteil beigemessen war, sein Leben hingegeben. Und selbst im Frieden setzt das Proletariat freiwillig und freudig ihr fruchtbares Werk sein Leben ein, der Vergewaltiger im Schand, der Todbecker auf schwindelnder Höhe. Glauben Sie doch nicht, daß der große Gedanke des Friedens, der sich mit jedem Tage gebietlicher in der europäischen Arbeiterklasse erhebt, aus einem geschwächten Willen stammt. Was man vom Proletariat fordert, ist nicht das Opfer der Existenz, sondern das Opfer dessen, was höher steht als jegliche Existenz. Er ist das Opfer des Gewissens, das Opfer seines Jozats. ... Dieses Opfer verlangen Sie von ihm in toten und brüdermörderischen Kriegen, die Sie blindlings entfesseln. ...

Es ist in der Votum gegen ein Gemeinplatz zu behaupten, daß die deutschen Sozialisten, während wir französischen Sozialisten den Willen zum Frieden bekunden, von einer Art hohen Chauvinismus befallen seien und daß der Sozialismus selbst einen nationalisistischen Charakter habe. ... Es würde nur zur Widerlegung dieses Sophismas genügen, Sie davon zu erinnern, daß während die uns die deutschen Sozialisten als Muffler von Patriotismus entgegenhalten, die Autoritäten des Deutschen Reichs und den deutschen Sozialisten als nachahmungswürdige Kaiserpatrioten pfeifen! Nun gebe ich zu, daß die politische Arbeit der deutschen Sozialdemokratie noch nicht ihrer Stimmzahl entspricht. Aber was Sie anerkennen müssen, ist die Tatsache, daß jedesmal, wenn der Friede Europas im Spiel war, die deutschen Sozialisten mit einem unbeflegbaren Blute für die Demokratie, für die Freiheit der Völker, für den allgemeinen Frieden gekämpft haben. Ich sollte es doch in der französischen Kammer nicht nötig haben, daran zu erinnern, daß 1870 und 1871 die Führer des

deutschen Sozialismus dem entfalteten Stolz eines siegreichen Volkes Trost geboten haben, um ihm die Gebote der Gerechtigkeit ins Gedächtnis zu rufen. Ich sollte es nicht nötig haben, daran zu erinnern, daß Wedel, dem mir Herr Deschanel jüngst entgegenhielt, wegen seines Protestes gegen den Eroberungskrieg und gegen die gewalttätige Annexionierung Elsaß-Lothringens als Hochverräter zu zwei Jahren Festung verurteilt worden ist. Ich sollte nicht erst daran erinnern müssen, daß seither, allemal, wenn Bismarck militärische Kredite gegen uns forderte, das sozialistische Volk sich erhoben und „Nein!“ gesagt hat. Die anderen Oppositionsparteien, wie das Zentrum, haben nur eine probitorische Opposition gemacht, die ihnen eine Gelegenheit zum Kuhhandel gab. Eine Partei aber ist unbegreiflich und unmaßgeblich geblieben, eine Partei, die „Nein!“ sagt beim Militarismus, „Nein!“ beim Kriegsbudget, eine Partei, die eben jetzt gegen die neuen Steuern, das Abnahmehilfen Krieges, in ganz Deutschland eine mächtige Protestagitation unternommen hat. Es ist die deutsche Sozialdemokratie, mit der wir solidarisch sind. (Schlußförmiger Beifall auf der äußersten Linken.)

Willewey (Nationalist): Nicht mehr jetzt und nicht gestern, seit der Rede des Herrn v. Bülow.

Jaurès: Ich greife mit Vergnügen diese Unterbrechung auf. Mein verehrter Kollege, Sie sind um ein Telegramm und um eine Rede zurück! Zum Glück für mich hat Ihre patriotische Wachsamkeit 24 Stunden geschlafen, und ich kann Sie dabei ertappen. Ja, Herr v. Bülow hat eine Antwort bekommen und zwar die vehementeste, die möglich, die je im deutschen Parlament gegeben worden ist.

Jaurès las nun, wiederholt vom französischen Beifall der Sozialisten unterbrochen, aus der „Röhmischen Zeitung“ die entscheidenden Stellen der Rede Wedels vor. Bei dem Satz, daß der Arbeiter sich das nächste Mal fragen werde, ob das Vaterland, das er verteidigen soll, dieser Verteidigung wert sei, erhob das Zentrum ein entrüstetes Geschrei, worauf Jaurès schlagfertig bemerkte: „Meine Herren, ich bewundere Ihren internationalen Patriotismus.“

Als Jaurès einmal „von unserem Genossen Wedel“ sprach, brach die äußerste Linke in donnernden Beifall aus. Genosse Thivrier rief: „Unser Freund!“ Messier wiederholte: „Nawohl, unser Freund!“ Nachdem der Redner weiter noch die Entstellung der Jenaer Verhandlungen und Befehle in der französischen Courgeopresse angeführt hatte, wies er auf den Kampfplatz in der deutschen Sozialdemokratie hin, auf den Jenseitigen über den Generalstreik, auf die Wahlrechtsbewegung in Sachsen: „Es ist der Atem der Tat, der Atem der Befreiung, der in diesem Augenblick durch das proletarische und sozialistische Deutschland wie durch ganz Europa weht und der Sie zu einer stärkeren und klüneren sozialen Reformarbeit zwingen wird.“

Aus Industrie und Handel.

Die Mehrwerterte steigt.

Das Jahr 1905 erhält seinen Stempel in der wirtschaftlichen Entwicklung durch die ungewöhnlich zahlreichen und umfangreichen Arbeitskämpfe, die in seinem Verlaufe stattgefunden haben. Es ist namentlich charakteristisch, daß die Mehrzahl dieser Kämpfe mit Arbeitsverderlungen seitens der Arbeiter begann und sich daran eine umfangreiche Absperrung durch die Arbeitgeber gewissermaßen als Gegenstück gegen das Vorgehen der Arbeiter angeschlossen. Das die Arbeitskämpfe auf den Gewinn der großen Unternehmungen wenig oder gar nicht eingewirkt haben, bescheiden die hohen Dividendenzahlungen des laufenden Jahres. Es liegen sowohl für die norddeutsche Metallindustrie, wie für die Berliner Elektrizitätsindustrie, deren Arbeitskämpfe noch in lebhafter Erinnerung sind, die Geschäftsabstufte vor. Die größte Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Hamburg verteilt 12 Proz. dieses Geschäftes für ihre Werke in Hamburg 9 Proz. Dividende. Die Berliner Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft überreicht 1 Million Mark zum Bau eines neuen Geschäftshauses, schreibt 1/2 Million ab und verteilt noch 10 Proz. Dividende gegen 9 Proz. im Vorjahre. Diese Gesellschaft beschäftigt zurzeit allein in Deutschland 80 000 Angestellte, deren Aktienkapital beträgt 80 Millionen Mark. Die Berliner Elektrizitätswerke, die von dem Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter in den letzten Wochen mitbetroffen wurden, zahlten ebenfalls 10 Proz. Dividende gegen 9 1/2 Proz. im Vorjahre. Wenn trotz aller Streiks aus der Geschäftstätigkeit noch immer ein solcher Ueberfluß herausströmt, so ist das der beste Beweis, daß die Behauptung, die Arbeitgeber seien mit den von ihnen gezahlten Löhnen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, den Tatsachen nicht entspricht.

Preispolitik des Stahlverbandes. Die „Industrie“ beschäftigt sich mit der den reinen Werken verhängnisvollen Preispolitik des Stahlverbandes in folgender Auslassung: Das Geschäft in Halbzeug hat trotz der in der Eisenindustrie sonst stilleren Winterzeit noch nicht nachgelassen. In diesem Jahre hat auf dem deutschen Markt der Verkehr und Bedarf den Herbst hindurch sich ja auf einer ungewöhnlichen Höhe gehalten und vom „Winter“ merkt man nichts. Die Werke sind fast belegt und haben großen Verbrauch. Dem aber tritt das Ausland mit einem äußerst starken Bedarf heftig Konkurrenz an den Stahlverband heran, und was etwa an Absatz im Inlande mangeln sollte, läßt sich ohne Mühe und zu erheblichen besseren Preisen im Auslande unterbringen. Bei 80 M. frei Sechsen wird sogar noch ein gutes Stück Geld verdient, und wenn erst der höhere Preis von 92 M. im Inlande zur Geltung kommt, welche riesige Summen müßten da von den Werken des Stahlverbandes an den Produkten A, besonders an Halbzeug und Trägern gewonnen werden! Um so eher sollte der Stahlverband seinen Ungehoren, der reinen Walzwerke, die bisherigen Erleichterungen belassen, anstatt ihnen die Ausführungvergütung zu nehmen und das Eisen zu erschweren! Leben und Leben lassen! Die Vereinigung der Halbzeugverarbeiter hat ja eine Eingabe an den Stahlverband gerichtet, er möge die Ausführungvergütung auf der bisherigen Höhe belassen lassen und die Bestimmung, solche nur an Verbände zu gewähren, ausheben. Nach den bisherigen Erfahrungen ist wenig Aussicht vorhanden, daß der Verband auf dieses Gesuch eingehen wird, denn er wachte wohl schon vorher, daß die Verbraucher damit kommen würden. Gelappt darf man nur sein, mit welchen Gründen der Stahlverband wieder seine für die reinen Walzwerke harte und einschneidende Maßregel rechtfertigen wird. Nun, er wird darum nicht verlegen sein, und erreicht hat die Vereinigung der Verbraucher mit allen Witten und Gesuchen noch nie etwas.

Mit Moralgründen, Wichtigkeitsargumenten und Witten wird an der kapitalistisch-ordnungsstaatlichen Preispolitik nichts geändert. Das Großkapital läßt sich auf dem Wege zum Industriemonopol nicht von solchen Forderungen abhalten.

Sinnig zur Höhe. In der Jagd nach Anteil an der Mehrwertrente geht den Grobmächtigen in der Industrie anscheinend jeder Blick für die schätzenswerten höchsten rüchstetoler Preisstreberei verloren. Anders sind die fortgesetzten Preissteigerungen kaum erklärlich. Wie die „N. W. Ztg.“ anknüpfen kann, wird das Reichsmonopol für das 2. Quartal 1906 die Preise nochmals und zwar um 0 bis 7 Mark heraufsetzen. Die Preissteigerungen werden eine Preisverhöhung für Walzzeugnisse um circa 10 Mark folgen. — Der „Vred. O. A.“ berichtet, daß für oberhalbige Industriefabrikate ebenfalls eine erneute Steigerung der Preise bevorsteht. In Süddeutschland werden jetzt bei Kohlensabfällen für 1906/07 4—6 M. für 10 M. höhere Preise gefordert. Und es soll merklich höhererweise viele Konsumenten geben, die zu den hohen Preisen ihren vernünftigen Bedarf eindenken. — Der Mansfelder Kupferpreis ist auch schon wieder, diesmal um 1 M. gestiegen

worden und steht jetzt auf 170—178 M. pro Doppelzentner ab Gettiedt. So bleibt die Preisfrage in Bewegung, bis die Verbraucher unter dem Druck zusammenbrechen.

Neues Syndikat. Zu einem Syndikat auf vorläufig fünf Jahre haben sich die Verbleissteinwerke Rheingebirgs-Weisfelsens zusammengeschlossen.

Gute Beziehungen. Ein großes Eisenlager errichtete die Firma Karl Später in Köln. Dem neuen Geschäft wird es an wohlwollender Unterstützung nicht fehlen. Der Chef selber ist Aufsichtsratsmitglied der Rombacher Hütte, sein Sohn bekleidet daselbst das Amt auch noch bei der Roselöhne und sein Schwiegervater ist Vorsitzender bei beiden Unternehmen.

Rußlands Einfuhr aus Deutschland. Im ganzen führte Rußland in den ersten sechs Monaten dieses Jahres für 28 216 000 Rub. Maschinen ein, während die Einfuhr im gleichen Abschnitt des Vorjahres 22 492 000 Rub. betrug. Der Anteil Deutschlands stellte sich auf 12 166 000 Rub. gegen 15 293 000 Rub. im Vorjahre. Diese Zunahme wird aber ausgeglichen durch vermehrte Zufuhren von Eisen und Stahlgüssen, Gummi, Kleb-, Holz- und Kohlen. Der Wert der deutschen Einfuhr betrug bei Kohlen 4 802 000 gegen 2 622 000 Rub., bei Eisen- und Stahlgüssen 2 327 000 gegen 1 658 000 Rub., bei Gummi, Holz und Kleb 2 623 000 gegen 2 078 000 Rub. im Vorjahre. An Draht und Drahtfabrikaten ist die Einfuhr aus Deutschland gestiegen von 1 451 000 Rub. auf 1 637 000 Rub., in Warenwaren von 545 000 Rubel auf 668 000 Rubel. Ein merklicher Rückgang ist dagegen bei folgenden Waren zu verzeichnen: Baumwollensabfrikate von 1 697 000 auf 1 062 000, Schreibpapier von 1 724 000 auf 1 170 000, Musikinstrumente von 1 023 000 auf 846 000, Gewehre von 1 000 000 auf 889 000, Fabrikate aus Kupfer, Messing usw. von 1 837 000 auf 1 011 000, Farben und Farbstoffe von 3 388 000 auf 2 670 000, gefärbte, gezeichnete oder gezeichnete Wolle von 3 386 000 auf 2 670 000, Baumwollengarn von 1 016 000 auf 885 000, chemische und pharmazeutische Produkte von 3 814 000 auf 3 140 000, Rauchwaren von 2 194 000 auf 1 972 000 Rubel. Nichts gleich blieb sich die Lederzufuhr aus Deutschland mit 2 156 000 gegen 2 152 000 Rubel, die von Gerbstoffen mit 452 000 gegen 457 000 und die von groben Holzwaren mit 633 000 gegen 571 000 Rubel. An Fischerei, Schiffs- und Drechselarbeiten ist ein Rückgang von 507 000 auf 352 000, in Zepfen- und Tonfabrikaten, Porzellan, Fayence und Glas von 995 000 auf 663 000 Rubel eingetreten. In den Hauptwarengruppen hat die Einfuhr aus Deutschland betragen (Millionen Rubel):

Table with 2 columns: Year (1904, 1905) and Value (Millions Rubles). Rows include Lebensmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate, and Fabrikate.

Ein Rückgang im ganzen ist somit nur bei der Gruppe der Fabrikate eingetreten, während sich bei den übrigen beiden Gruppen ungefähr dieselbe Einfuhrziffer wie im Vorjahre ergibt.

Deutscher Handel in New York. Die meisten in Amerika konsumierten Farben und Farbstoffe sind deutsches Fabrikat und sie wurden bisher durch deutsche Firmen vertrieben. Darin findet nun eine Aenderung statt, daß die New Yorker Vertretung der beiden größten deutschen Fabriken an eine neue Gesellschaft übergeht. Die Transaktion wird von Deutschland aus geleitet. Die neue Firma übernimmt den Alleinverkauf der Produkte der Badischen Anilins- und Sodafabrik in New York sowie der Farbenfabriken, vormals Bayer u. Co., in Elberfeld.

Agrarier gegen — Schnaps! Spekulative Unternehmer, die eine Drochfabrik eingerichtet hatten, verlangten Ausschluß der Auslandskonkurrenz durch hohe Zollerhebung. Dagegen erhoben die Agrarier in Lando einstimmig energischen Protest. Das geschah in dem Falle in Canada. Bei uns sind die Agrarier auch nicht unbedingt schnapsfeindlich. Für ihre Produkte verlangen die „Hüter“ des Agrarierwohles hohe Schutzgölle, für die Industrie, soweit es sich um solche handelt, die landwirtschaftliche Maschinen liefert, Schwärmen auch hier die Feudalen für niedrige Zölle.

Fauler Kunde. Als sprechendes Zeichen der Zeit kann man ein Mundschreiben betrachten, welches russische Speiditeure an deutsche Exporteure gerichtet haben. Es lautet:

„Zufolge der letzten Ereignisse hat die Zollbehörde uns brieflich erklärt, daß sie für keinerlei Schäden, die während der Lagerung, Verförderung und Zustellung von Waren durch Vandalismus, Diebstahl, Rauberei, Zusammenrottung usw. entstehen, aufkommt. Ebenso leisten die Versicherungsgesellschaften für Schäden, die aus den obigen Ursachen erwachsen, keine Vergütung.“

Die verlorrene Regierung vertritt das Volk auf zur Revolution, zu Streiks. Sie wäre allen Rechten verpfändet, die dadurch etwa entstehenden Schäden zu vergüten, aber sie ist verlorren genug — oder so weit bankrott —, daß sie solche Verpflichtung ablehnt, ohne den berechtigten Forderungen des Volkes zu entsprechen und damit den Frieden wieder herzustellen. Diese Regierung hat ja auch nichts mehr zu verlieren.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Kreuzwald-Priesberg. Donnerstag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Böder, Weberstr. 17: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ost über: „Centralisation“, 2. Diskussion, 3. Wahl der Delegierten zur Konferenz, 4. Vereinsangelegenheiten. — Gäste willkommen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion. Rindfleisch Ia 64—68 M. 100 Pfund, Ha 56—61, IIIa 50—55, IVa 40—48, Kalbfleisch Ia 82—86, IIa 70—80, IIIa 60—67, Hammelfleisch Ia 62—72, IIa 46—58, Schmalfleisch 65—75, Rohschmal 40—55 M. Oafen Stück 2.50—3.00, Klein 1.50—2.00, Rostschmal Stück 0.80—1.00, Ouhner pro Stück, alte 1.30—1.55, junge Ia 1.00—1.10, IIa 0.80—1.00, Tauben, junge 0.65—0.78, alte 0.40—0.55, Enten junge 2.00—2.50, Gänse pro Stück, Ia 3.50—4.25, IIa 3.00, pro Pfund, Ia 0.80—0.88, IIa 0.45—0.58, Schmalfleisch 25—28 M., Hamster 30.00 M., pro 100 Pfund, Hecht 80—100 M., Schlei, unsortiert 0.00 M., Karp, groß 0.00, mittel 0.00, klein 0.00, Wägen 51—54 M., Raupen unsortiert 0.00 M., Lachs 0.00, Schottische Holzkohle (geladene) 40—44 M. 100 Pfund, Schot. 5.00, Butir pro 100 Pfund Ia 124—128, IIa 118—124, IIIa 115—118, abfallende 95—170, Kastoffeln pro 100 Pfund rot 2.00—2.20, Rohen 0.00—0.00, kleine 0.00—0.00, runde weisse 1.80—2.00, Weizenmehl pro 50 Pfund 4.00—8.00, Weisstoß 6.00—8.00, Kolofn 4.00—8.00, Kohl 12—16 M., Same Gansen, Schot 2.00 M.

Witterungsüberblick vom 12. Dezember 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stations, Barometer, Wind, Wetter, Stations, Barometer, Wind, Wetter. Lists weather conditions for various stations like Eichenmünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien.

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. Dezember 1905. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und leichten westlichen Winden; später aufklarend und etwas wärmer.

Wasserstand am 11. Dezember. Elbe bei Hülka + 0.45 Meter, bei Breeden + 1.10 Meter, bei Wagerburg + 1.56 Meter. — Unstrut bei Braunfurt + 1.40 Meter. — Oder bei Rathow + 2.08 Meter, bei Breßlau Oberpegel 8.04 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1.04 Meter, bei Braunschweig + 1.80 Meter. — Weichsel bei Weidenmünde + 3.02 Meter. — Warthe bei Posen + 0.96 Meter. — Neise bei Ufa + 1.13 Meter.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

**Theater.**

**Rittwoch, 13. Dezember.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus, Uda.  
Schauspielhaus, Der Schatz der Irene.  
Kenes Opern-Theater, Geschlossen.  
Kenes, Ein Sommernachtstraum.  
Wespen, Der Freischütz.  
Nachmittags 3 Uhr: Schlaraffenland.  
Deutsches, Der Kaufmann von Venedig.  
Berliner, La Passerelle.  
Nachmittags 3 Uhr: Die Wunderglocke.

Anfang 8 Uhr:  
Lesing, Die Erziehung zur Ehe.  
Die stilles Forderung.  
General, Musette.  
Kleines, Marquis von Keith. (Anf. 7 1/2 Uhr.)  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Heimg'sunden.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Wanjuschins Kinder.  
Komische Oper, Die Bohème.  
Pleasant, Der Prinzgemahl.  
Trianon, Die herbe Frucht.  
Kulturhaus, Remeis.  
Thalia, Bis früh um fünf!  
Nachmittags 4 Uhr: Frau Holle.  
Carl Weiß, Von Stufe zu Stufe.  
Luffen, Der neue Herr.  
Deutsch-Amerikanisches, Über Herr Herzog!

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Holländer. Rauchen in all. Räumen gestattet.  
**Kasino-Theater**  
Lehringerg. 37. Täglich 8 Uhr.  
Abendlich ausverkauft.  
Großer Lacherfolg!  
**Das Opferlamm.**  
Vorher das sensation. Dezemberprogramm. Neu! Baldwin Broth. Neu! Sonntag nachm. 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

**Berliner Theater.**  
Nachmittags 3 Uhr:  
**Die Wunderglocke.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Schauspielhause. H. a. j. a. n. e.:  
**La Passerelle.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Leichtes Gastspiel Mme. Kéjane: L'Héroïne.  
Freitag 7 1/2 Uhr: G'wissenswurm.  
Vorh.: Der Goldmacher v. Gramona.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ein Sommernachtstraum.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Ein Sommernachtstraum.**

**Kleines Theater.**  
Zum erstenmal:  
**Marquis von Keith.**  
Schauspiel in 5 Akten von Franz Wechling.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Donnerstag: Marquis von Keith.

**Zentral-Theater**  
Abends 8 Uhr:  
**Musette.**

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der neue Herr.**  
Donnerstag: Die Münze.  
Freitag zum erstenmal: Der Kaufmann von Venedig.  
Sonabend: Die Waise v. Lomood.  
Sonntag nachm.: Erenwittchen.  
Abends: Der neue Herr.  
Montag: Der neue Herr.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Die herbe Frucht.**  
Anfang 8 Uhr.

**Komische Oper.**  
Friedrichstr. 104-104a.  
Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 Uhr:  
**Die Bohème.**  
Donnerstag: Die Bohème.  
Freitag, Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.

**Urania** Taudenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
**Im Lande der Mitternachtsstunde.**

**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
**„Ernte“.**  
Schattenspiel in 9 Bildern.  
**Wanderung durch das Nital.**  
Restaurant:  
**Harburger Sänger.**

**Apollo-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Die glänzenden erstklassigen Dezember-Spezialitäten.**  
9 1/2 Uhr:  
**Prinzeß Rosine**  
von Paul Lincke.  
Im letzten Bild: Ein delikates Menu. Am 1. und 2. Weihnachtsfesttage, nachmittags 3 Uhr: Frau Tana und das unverfärgte Spezialitäten-Programm.

**Kasino-Theater**  
Lehringerg. 37. Täglich 8 Uhr.  
Abendlich ausverkauft.  
Großer Lacherfolg!  
**Das Opferlamm.**  
Vorher das sensation. Dezemberprogramm. Neu! Baldwin Broth. Neu! Sonntag nachm. 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

**Folies Caprice.**  
Budapester Possen-Theater  
132 Linienstr. 132  
Ecke Friedrichstraße.  
Zum 86. Male:  
**Nach dem Zapfenstreich.**  
Vorher:  
**Der Dorfmusikant**  
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenteil.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Köpenickerstr. 67.  
Zum Jeden Abend 8 Uhr!  
Gastsp. ADOLF PHILIPP  
**101. ABER!**  
Male Herr Herzog!  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
Ueber'n großen Teich.

**Gebürder**  
**Herrnfeld-Theater.**  
Heute präzis 8 Uhr:  
**Familiengtag**  
im  
**Hause Prellstein**  
Komödie in 3 Akten mit den Hilaritäten  
**Anton und Donat Herrnfeld**  
in den Hauptrollen.  
Vorverf. 11-2 Uhr. (Theaterkasse.)

**Walhalla-Theater**  
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von L. Drepton und L. Herrmann.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen in allen Räumen gestattet.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Heimg'sunden.**  
Weihnachtskomödie in 3 Akten von Ludwig Angenruber.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Heimg'sunden.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Wanjuschins Kinder.**  
Schiller-Theater N. (Friedr.-Stdt. Th.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Wanjuschins Kinder.**  
Drama in 4 Akten v. S. N. Radjonow. Deutsche Bearbeitung v. Hans Kaufmann und Max Lie.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Wanjuschins Kinder.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg, Jernsprecher Nr. 8.  
Frankfurter-Chaussee 5.  
Jeden Sonntag:  
unter Leitung des **Herrn O. Bürger.**  
Jeden Mittwoch:  
**Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.**  
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × **Bonus haben Gültigkeit.**  
Gebr. Arnold.

**Zirkus Albert Schumann**  
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:  
Grande Soiree equestre. — Elite-Programm. U. a.:  
Die größte u. sensationellste Novität!  
Noch nie gesehen!  
**Autobolide**  
La belle Mlle. de Thiers.  
Feiner:  
4 indische Fakire in ihren ungläubl. Leistungen.  
Miss Texas Hattie, scharge Stern.  
Die phänomen. 6 Tod Cucitrolod.  
Dir. Alb. Schumanns neue u. moderne Dressuren. Die großart. Spezialität u. Die reizende Sportpantomime:  
Der Tag des **Englischen Derby.**

**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165.  
**Ohne Extra-Sutree.**  
Heute und folgende Tage:  
Zum ersten Male  
in den Räumen der 1. Etage:  
**Bergbewohner Abessinians.**  
65 Eingeborene  
Männer, Weiber und Kinder.  
Eintritt 50 Pf.

**Passage-Theater.**  
Anfang abends 8 Uhr.  
Das sensationelle Dezember-Programm.  
**Buddhas Tafel**  
(die Schrift aus dem Jenseits), die berühmte franz. Excentric.  
14 neue erstklassige Nummern.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Prinzgemahl.**  
Echtlicher Schwanz in 3 Akten von L. Kanroß und G. Chancel.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.  
**Walhalla-Theater**  
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von L. Drepton und L. Herrmann.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen in allen Räumen gestattet.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2. Min. v. St. B. B. B. B.  
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Elite-Dezember-Programm.**  
**Carl Braun,** Verwandlungskünstler.  
**Carin Andara,** Vortragskünstlerin.  
**Mr. Welson,** einzig dastehend. Handkrobat.  
**Mr. Bargold,** der einbainige Universalartist.  
Im Krug zum grünen Kranze.  
Singspiel von O. Richter  
Familienlachen in allen Vorbereitungen und Hilaritäten sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

**Wintergarten**  
**Eugenie Fougère**  
Pariser Excentrique-Sängerin.  
**G. Bernardi,** Verwandlungskünstler.  
**Mc. Banns,** Koulenjongleur.  
**Rosa Naynon,** dressierte Vögel.  
**Perzina,** Hundepantomime.  
**Lene Land,** Parodistin.  
**Siegwart Gentes,** Humorist.  
**de Grey,** Barfußstänzerin.  
**Im Pensionat,** Ballett-dyertissement.  
**Die 3 Olympier,** Bronzestatuen Biograph.

**Colosseum**  
Dresdener Straße 97.  
8 Uhr:  
12 Attraktionen  
**Pod??** Lotte Sobus, Wardinis, Litzko Carlsen, Bondix, Osk. Fürst.  
Diese Woche Donnerstag Uraufführung:  
**„Rin in's Colosseum!“**  
von Leopold Ely.  
Musik von Rudolf Nelson.  
Im Konzertsaal:  
Sensation. Weihnachtsdekoration.  
Musik u. Gesang!  
Billettvorverkauf an der Tageskasse.

**Belle-Alliance**  
Theater-Variété.  
Abends 8 Uhr:  
**Josephine Petit**  
Flammen- und Radium-Tanz.  
**Seppl Werner**  
Charakter-Komiker.  
**Rebusas**  
lustiger Bauernhof.  
14 hervorr. Debüts.

**Reichshallen.**  
Heute:  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluß!  
**Fraulein Doktor.**  
Zeitbarste von Weisfel.  
Anfang: 8 Uhr.  
Bis 10 Uhr.

**Otto Pritzkows**  
Berliner  
**Abnormitäten-Theater**  
Ministr. 16.  
**Riesen-Weihnachts-Programm!**  
**Barnum u. Bailays Abnormitäten.**  
Wunderhahn Pluto, geboren mit 4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf.  
Der Welt-Koloss, schwerste Dame, die je gelebt.  
Die fliegende Venus??  
Der Skelettmensch, 27 Kilo schwer.  
Der Heilsohorin Armida. — Riesen, Zwerg, Phänomen, Fakire, Heilsoher, Feuerkünstler, Gedankenleser etc. — Entree wie immer. Keine Nachzahlung.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater  
Frankfurter-Allee 85.  
**Das Riesen-Dezember-Programm.**  
Neu! **Miss Unita,** Neu! einzig erschütternde Nourathletin.  
Neu! **Mr. Hardon,** Neu! Joffelkünstler und Musikant.  
Neu! **Von Südwest-Afrika zurück,** oder: Stille Nacht, heilige Nacht! Weihnachts-Lebensbild mit Gesang in einem Akt.

**Koabit. Gesellschaftshaus.**  
Wiclowstr. 24. Anf.: H. Peters.  
Heute Mittwoch:  
Letzte Soiree vor Weihn. b. Original-  
**Harburger Sänger.**  
Direktoren: C. Frick und Fr. Rasche-Krauss.  
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Kinder 10 Pf.  
Nachher: **Frei-Tanz.**  
Nächste Soiree: Am 2. u. 3. Weihnachts-Feiertag.

**Variété Elysium**  
Kommandantenstraße 3/4.  
Täglich:  
Anstreuen von 36 erstklassigen internationalen Spezialitäten.

**Etablissement Bürgenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich  
in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**  
Schöneberger Wintergarten  
Goltzstraße 9.  
Täglich Theater- und Spezialitätenvorstellung.  
Sonnab. 2 Vorstellungen.  
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.  
Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

**Stola Muffen**  
etc. etc.  
Nur eig. Fabrikat.  
göding. reelle Ausf.  
bestes Material.  
Kein Zwischenhändler,  
daher Fabrikpreise.  
Große Auswahl.  
**Kalman,**  
Dresdenerstr. 75  
vorn II.  
2 Haus v. Thalia-Th.  
Verk. auch Sonnt. u.  
Wochent. 9 u. ab.

**Schlaf-Röcke,**  
sehr geeignet als  
**Weihnachts-Geschenk**  
für Herren von  
prachtvoller Qualität  
und  
eleganter Ausstattung  
in großer Auswahl:  
9, 10, 50, 13, 50, 15,  
17, 50, 20, 22, 50, M.  
25, 30, 35, 40 u. 65

**Morgen-Joppen**  
grau, mode, bräunlich oder  
olive, mit Tuch, Samt, Plüsch  
oder Schnurbesatz:  
8, 9, 10, 50, 13, 50, M.  
15, 16, 50 u. 20 M.  
**Winter-Joppen** zweifelhige  
Form, von  
Loden, mit warmem Futter,  
dunkelgrün, bräunlich oder  
olivengrün, 7, 50, 9, 10, 50, 12,  
14, 15, 16, 50, 18, 20 u. 25 Mark.  
**Falten-Joppen** einreih. Form,  
Brust und  
Rücken mit Sattel u. Falten,  
der Taillengürtel ringsherum  
gehend u. Mufftaschen, aus  
Loden gearbeitet, grau, bräunlich  
oder grünlich meliert,  
9, 12, 15, 18 u. 22, 50 Mark.

**Beinkleider** von elegant vor-  
nehmen Schnitt  
u. guter Passform, aus Buck-  
kin, Cheviot oder Kammgarn,  
mittel- oder dunkelfarbig ge-  
streift oder meliert, 3, 50, 4, 50,  
5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 50,  
15 u. 16, 50 Mark  
**Herren-Westen**  
in hell-, mittel- od. dunkelfarb.  
Fantasiestoffen, entzück. Must.  
2, 50, 3, 50, 4, 50 bis 18 Mark.

Die Preise sind billig,  
aber streng fest.  
**Carl Stier,**  
Fabrik für Herren- und  
Knaben-Garderobe.  
Berlin Oranienstr. 166.  
80.  
Berlin Potsdamerstr. 113a.  
W.  
Potsdam, Nauenerstr. 23.  
Vorlangen Sie gefl. die illustr.  
Preisliste, welche gratis und  
franko versandt wird.

**Anzüge** nach Maß  
für Herren  
und Knaben.  
Größe Auswahl in in- und aus-  
ländischen Stoffen für Paletots,  
Anzüge, Beinkleider, werden unter  
Garantie des guten Zinses zu über-  
aus billigen Preisen schnellstens an-  
gefertigt im Tuch- und Maßgeschäft bei  
A. Karle, Anf. H. Schlüter,  
Waldemarstr. 66. 47272

**Inserate**

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.



**Innungs-Krankenkasse**  
der  
**Glaser-Zwangs-Innung**  
zu Berlin.

**Bekanntmachung.**  
Sonnabend, den 16. Dezember,  
abends 8 Uhr,  
in den Industrie-Festsälen,  
Bouthstraße 18-21:

**Außerordentliche  
Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Wie stellen sich die Kassenmitglieder  
zu dem Beschluß der Glaser-Zwangs-  
Innung zu Berlin, betreffend die Auf-  
lösung der Innungs-Krankenkasse?  
Der wichtigen Tagesordnung halber  
ist es Pflicht eines jeden Kassen-  
mitgliedes, in der Versammlung zu  
erscheinen.  
Auch wird der Innungs-Vorstand zu  
dieser Versammlung höflichst ein-  
geladen.  
Berlin, den 11. Dezember 1905.  
Der Vorstand.  
S. U.: Albert Kirchmann.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung Hofere  
elegante fertige  
**Herren-Garderoben.**  
Ersatz für Maß.  
Anfertigung nach Maß.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidormeister,  
Große Frankfurter Str. 37, II.  
Eingang Straußberger Platz.

**Pelz-Stolas und  
Jackets,**  
allgemein bevorzugt. Weihnachtsgeschenk zu sehr billigen Preisen  
offertiert  
57 Leipzigerstr. 57, Hof.  
Kein Schaukasten!

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 14. Dezember 1905, abends 8 1/2 Uhr  
**Allgemeine Versammlung**  
der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, sowie aller in den  
mechanischen Betrieben beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
im großen Saal der „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:  
1. Die geplante Reform auf dem Gebiet der sozialpolitischen  
Versicherungs-Gesetzgebung. Referent: Genosse Ritter.  
2. Dispositionen.  
3. Verbands- und Branchen-Angelegenheiten.

Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr  
**General-Versammlung**  
im Saale der Brauerei Am Friedrichshain 16/23.

Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung über die Ausperrung in der Elektrizitätsindustrie.  
2. An die Verwaltung gelangte Anträge.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Sanssouci, Kottbuserstr. 4<sup>a</sup>**  
Direktion Wilhelm Kaimor.  
Heute Mittwoch:  
Gesellschaft  
weg. Vereinsfähigkeit.  
Sonntags Beginn 5 Uhr,  
Wochentags 8 Uhr.  
Jeden Dienstag, Mittwoch:  
**Theater-Abend.**  
Jeden  
Sonnt., Mont., Donnerst.:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger  
und Tanztruppen.  
Der kleine Saal (150 Pers.) ist noch  
einige Sonntage zu vergeben.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 53.  
**Voranzeige!**  
Freitag, den 15. Dezember 1905:  
**Große Extra-Vorstellung.**  
**Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von  
Angenegraber.  
Abf. 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.  
Sonntag, den 17. Dezember, abends  
8 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
Montag, den 18. Dezember, abends  
8 Uhr: **Der Kaufmann von Venedig.**

**Kronleuchter-Fabrik Siegel & Co.**  
für Gas u. Petroleum ♦ Prinzenstr. 33.  
Gr. Auswahl. 400 versch. Kronen z. von 10-300 M.  
**Ausverkauf**  
35 Mk.  
Älterer und einzelner Muster bedeutend unter Preis.  
Sulante Zahlungsbedingungen ohne Preisauflage.

**Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein  
für Potsdam-Spandau-Osthavelland.**

Sonntag, den 14. Januar 1906.  
von mittags 1 Uhr ab, im Saale des Herrn Tessnow,  
in Hakenfelde:

**Generalversammlung.**  
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Organisation der  
Gesamtpartei und der Provinz. 3. Bericht der Bezirkskommission. 4. Anträge.  
Anträge sind an den Unterzeichneten einzureichen.  
S. U.: Aug. Paris, Belten, Luffenstr. 17.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Parfettbodenleger!**  
Donnerstag, 14. Dezember, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“,  
Alexandersstraße 27a:

**Branchen-Versammlung.**  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jeder  
Kollege ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Obmann.

**Küchenmöbel-Branche.**  
Donnerstag, den 14. Dezember 1905, abends 8 1/2 Uhr,  
im Englischen Garten, Alexandersstr. 27a:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

**Branche der Jalousien-Arbeiter.**  
Donnerstag, den 14. Dezember 1905, pünktlich 8 1/2 Uhr abends:  
**Versammlung**  
bei Ladewig, Alte Jakob-Straße 38.  
Tagesordnung: 1. Verbands- und Branchenangelegenheiten.  
2. Wahl eines Beiragsammlers und Kommissionsmitglieder. 3. Ver-  
schieden.  
In dieser Versammlung werden die Kontrollkarten abgestempelt.  
Wichtig der Vertrauensmänner ist es, dafür Sorge zu tragen, daß die Ver-  
sammlung gut besucht ist.  
Die Kommission.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte  
Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)**

**Versammlung**  
Freitag, den 15. Dezember, nachmittags 5 Uhr,  
beim Kollegen Wernau, Schwedterstraße 23/24.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verbandsangelegen-  
heiten.  
70/11  
Die Ortsverwaltung.

**Malers**  
und alle im Berufe tätigen Personen.  
Donnerstag, 14. Dezember, abends 7 Uhr, in „Drüfels Festhölzer“,  
Rue Friedrichstraße Nr. 35

**Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
**Wahl der Lohnkommission.**  
Der Gehälften-Ausschuß.

Unserem Kampfgenossen  
**Fritz Wilke,**  
Brunnenstraße 168, zu seinem  
50. Geburtstag ein schallendes  
dommerndes Hoch! 11396  
Die Genossen des 468/9. Bezirks.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Former  
**Adolf Knüppel**  
am 7. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
168/8 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege, Kistenmacher  
**Karl Paul**  
am 10. Dezember plötzlich ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 13. Dezember, nach-  
mittags um 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle der Kaiser Friedrich-  
Gedächtnis-Kirche in Wilmers-  
dorf, Seestraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
98/10 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband.**  
**Nachruf!**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege, Kistenmacher  
**Paul Becher**  
am 3. Dezember plötzlich ver-  
storben ist und am 7. Dezember  
zur letzten Ruhe gebettet wurde.  
Ehre seinem Andenken!  
98/11 Die Ortsverwaltung.

**Innungs-Krankenkasse  
der Glaser-Zwangs-Innung  
zu Berlin.**

**Bekanntmachung.**  
Donnerstag, d. 28. Dezember 1905,  
abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewer-  
schaftshause, Engel-Ufer 15, Saal  
I und II, eine  
**General-Versammlung**  
statt zur Wahl der Delegierten.  
Tagesordnung:  
Wahl von 105 Arbeitnehmer-  
Delegierten,  
und 32 Arbeitgeber-Delegierten.  
Die Wahlen finden in getrennter  
Wahlversammlung statt, und ver-  
nehmen wir im übrigen auf § 46 des  
Statuts.  
Berlin, den 11. Dezember 1905.  
Der Vorstand.  
S. U.: Albert Kirchmann, Vorsitzend.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen allein SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Unsere Maschinen bedürfen keiner Empfehlung. Wir bitten nur darauf zu achten, daß sie am rechten Ort gekauft werden.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin, Leipzigerstr. 92.  
Filialen in allen Stadtteilen.

**An das kaufende Publikum!**

Um den großen Andrang vor Weihnachten abzuschwächen, und um unsere Kundschaft eine fachgemäße Bedienung zu teil werden zu lassen, sehen wir uns veranlaßt, **nur die vier Tage**

Mittwoch, 13. bis Sonnabend, 16. Dezember inkl.

**doppelte Anzahl Sparmarken\***

unseres bekannten Rabatt-Systems zu verabfolgen und bitten von diesem vorteilhaften Angebot Gebrauch zu machen. Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

**8 Sparmarken!**

\*) Ausgenommen sind einige Artikel und Sonder-Angebote. Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Am Donnerstag, den 14. Dezember, sind unsere Geschäfte bis 10 Uhr abends geöffnet!

**Warenhaus Wilhelm Stein**  
□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □





# H. Greifenhagen Nachf.



Brunnenstrasse 17-18.

Veteranenstrasse 1-2.

Wir verabfolgen von heute ab an allen  
Abtheilungen \*

## Doppelte Rabatt-Marken.

Dadurch hat unsere werthe Kundschaft eine Vergünstigung **von 10 pCt.**, weil unsere Sparmarken nicht wie in anderen Waarenhäusern nur 2½ - 3 pCt., sondern **volle 5 pCt.** betragen.

\* Mit Ausnahme einiger weniger Artikel.

### Steppdecken

**Gelegenheitskauf!**  
Simillseide in den Farben rot, blau, oliv 4<sup>85</sup> 8<sup>75</sup>  
Wollatlas 5<sup>25</sup> 7<sup>50</sup>  
Bunte Normal-Schlafdecken 1<sup>50</sup> 2<sup>50</sup> 3<sup>50</sup>  
Wolldecken ganz dick 9<sup>00</sup> 4<sup>00</sup>  
Spezial-Haus **Emil Lefèvre**,  
Oranienstraße 158. Berlin S.

### Kein Rauch! Kein Ruß! Kein Kopfweh! Spiritus-Bügeleisen

für  in allen Größen, Formen, Preislagen von M. 6,- an.  
Haushalt Plättstube, Schneider-Werkstatt.  
Reise-Bügeleisen (Gewicht 1,4 kg.) in elegantem Stuf.  
Jederzeit überall und ununterbrochen gebrauchsfertig.  
Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H.  
Ausstellungs- und Verkaufsort: 5318L\*  
Friedrichstr. 96 gegenüber d. Zentral-Hotel. Berlin NW, 7. Friedrichstr. 96 gegenüber d. Zentral-Hotel.  
Man verlange unsere illustrierte Preisliste.

**TUMA-ZARI**  
Beste 2 Pfg.-Zigarette.

**Spar-Automat.**  
für 10 und 50 Pf. Stücke schließt von selbst, zeigt den Betrag an u. öffnet sich erst bei 2,- bzw. 20,- u. Inhalt. Nach Leertung wieder verriegelt. Der kleine Nickelautomat wickelt den Stm zur Sparsamkeit bei Jung u. Alt per Stück 0.50 5 Stück 2.50 12 Stück 6.- franco Nachn. 30 Pf. Anweisung gratis.  
Fabrik-Angestellte können sich durch den Vertrieb dieses praktischen Artikels einen hübschen Nebenverdienst erwerben, in diesem Falle besondere Vergünstigung.  
**Gotth. Hays, Breslau St. Tauenzien-Strasse 60.**

**Kindermilch**, nach amtlicher -Ver-schrift, p. 21ter 35 31. liefert frei Haus Hygienische Stadtmilcherei, Gr. Araniest. 120. \*

**Dr. Simmel**, Prinzen-Str. 41, Spiegelstr. 29/14, Haut- und Harnleiden, Mensch, hast Du 'ne Blinde? Konnte Dich blinde?

**Leihhaus NORDEN** 203/4 Lindenstr. 203/4, am Rosenthaler Tor.  
Billigster Verkauf von Brillanten, Uhren, Gold- und Silberwaren!  
Kulante und diskrete Beilehung aller Wertsachen.

**Leihhaus H. Graf** Berlin SW., Bouthstr. 5.  
Brillanten, Uhren, Goldwaren.  
Tells 25-50%, unter Ladenpr.

# Warenhaus J. Hirschweh

Wrangelstraße 53, Ecke Falckensteinstraße.

Von **heute** bis **Freitag**, den **22. Dezember** gewähre ich meiner geehrten Kundschaft als **Weihnachtsgratifikation**

**10%** oder **Doppelte Rabattmarken!**

Außerdem verabfolge ich bei einem Einkauf von **3.00 Mark** an einen **Prachtkalender 1906 gratis!**



„Konto P.“ und „Konto St.“

Am 23. Oktober nahm das „Berliner Tageblatt“ Notiz von einem Gerücht, wonach der Minister v. Bobbelski und der Kolonialdirektor Dr. Stübel bei der Firma v. Lippelskirch u. Co. Geheimkonten hätten, die unter den oben angegebenen Bezeichnungen gebucht würden.

Diese Notiz des „B. T.“ hatte auch der „Vorwärts“ abgedruckt, und dazu Bemerkungen gemacht des Inhalts, daß auch er die betreffende Notiz für unglauwbüdig halte, und deshalb ein entschiedenes amtliches Dementi geboten erscheine.

Aus Anlaß der Mitteilung des „B. T.“ hat der Reichsanwalt Strafantrag wegen Beleidigung des Kolonialdirektors Dr. Stübel gestellt und zwar gegen den verantwortlichen Redakteur des „B. T.“, Arthur Nulo, sowie gegen den Genossen Wütnner als verantwortlichen Redakteur des „Vorw.“.

Herr v. Bobbelski hat keinen Strafantrag gestellt, ebensowenig der Reichsanwalt für ihn.

Am Dienstag verhandelte die 9. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmitz gegen Nulo und Wütnner.

In der Verhandlung gab Nulo an, er glaube nicht an die Wahrheit des Gerüchts, durch die Veröffentlichung desselben sollte der Regierung nur Gelegenheit gegeben werden, ein im Dunkel schleichendes Verbrechen öffentlich zu widerlegen.

Gleich dem Angeklagten Nulo bemerkte auch Wütnner, eine Beleidigung des Kolonialdirektors Stübel habe ihm fern gelegen. Die Mitteilung des „B. T.“ habe zweifellos ein allgemeines Interesse, sie sei deshalb dem „Vorw.“, wie auch von vielen anderen Zeitungen übernommen worden in der Erwartung, daß sie von zuständiger Seite widerlegt werden würde.

Rechtsanwalt Raffe, der Verteidiger Nulos, bemerkte, Herr v. Bobbelski fühle sich anscheinend nicht beleidigt, da er ja keinen Strafantrag gestellt habe. Der Vorsitzende entgegnete darauf: Vielleicht fühlt sich auch Herr v. Bobbelski beleidigt, ohne Wert auf die Bestrafung zu legen, so daß er aus diesem Grunde keinen Strafantrag gestellt hat.

Als einziger Zeuge wurde Kaufmann Reichelt, Mitglied der Firma v. Lippelskirch u. Co., vernommen. Er sagte aus: Dr. Stübel habe weder früher noch jetzt ein Konto bei der Firma gehabt. Ein „Konto St.“ existiere nicht, die Firma führe überhaupt keine mysteriösen Konten. Dr. Stübel sei in keiner Weise an der Firma beteiligt.

Rechtsanwalt Heine warf die Frage auf, ob vielleicht der Umstand, daß neben Dr. Stübel auch Herr v. Bobbelski in der unter Anklage stehenden Notiz erwähnt sei, auf das Urteil, etwa als strafverschärfendes Moment, Einfluß haben könnte.

Der Staatsanwalt bemerkte dazu, die Anklage nehme nicht Bezug auf Herrn v. Bobbelski, und der Vorsitzende sagte, das Gericht stehe nicht auf dem vom Verteidiger angezogenen Standpunkt, hier stehe nur die Beleidigung gegen Dr. Stübel zur Verhandlung.

Der Staatsanwalt plädierte auf Bestrafung beider Angeklagten aus § 186 des Strafgesetzbuches, den sie durch Verbreitung einer unwahren, wenn auch von ihnen selbst als unwahr bezeichneten Behauptung verletzt hätten.

Rechtsanwalt Raffe bezeichnete die beantragte Strafe als ungewöhnlich hoch. Er beantragte Freisprechung seines Klienten, eventuell eine Geldstrafe, falls das Gericht überhaupt eine Beleidigung in der Notiz finde, die gar keine beleidigende Tendenz habe.

Rechtsanwalt Heine, der gleichfalls die Freisprechung Wütnners beantragte, führte unter anderem aus: In dem Artikel werde an keiner Stelle behauptet, daß der Verfasser die betreffende Mitteilung glaube, vielmehr werde ausdrücklich gesagt: Diese Mitteilung ist im Umlauf, wir glauben nicht, daß sie wahr ist, und erwarten deshalb, daß sie in aller Form widerlegt werde.

Der Gerichtshof erkannte nach längerer Beratung gegen Nulo auf eine Geldstrafe von 1500 M., gegen Wütnner auf eine solche von 1000 M. und sprach dem Reichsanwalt die Substitutionsbefugnis zu.

In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende unter anderem: Der Artikel enthalte eine schwere Beleidigung gegen den Kolonialdirektor Dr. Stübel, dessen seien sich auch die Angeklagten bewußt gewesen. Der § 186 des Strafgesetzbuches sei hier verletzt worden. Die Strafbarkeit der Verbreitung einer unwahren Behauptung werde nicht dadurch ausgeschlossen, daß sie der Verbreiter für wahr hält.

Aus der Frauenbewegung.

Sei begrüßt. Dem Preussischen Landtag widmet die „Gleichheit“ einen Begrüßungsartikel, der mit folgendem Aufruf schließt: „Als Angehörige der beschloßenen Massen haben die Proletarierinnen kein einziges Interesse, das nicht vom preussischen Landtag jeder-

zeit vertreten und getreten worden ist. Das gleiche gilt von ihren Interessen als Frauen. Keine Proletarierin darf vergessen, daß, so lange das Dreiklassen-Parlament besteht, Kopf und Schwert in reaktionärer Bundesbrüderschaft dem weiblichen Geschlecht freies Vereins- und Versammlungsrecht vorenthalten.

Nach ein weiterer Grund muß ihren Eifer besuam: Wie die Dinge in Deutschland liegen, kann der Feldzug gegen das Dreiklassen-Wahlrecht nicht geführt werden, ohne zugleich zu einem Kampf für das Frauenstimmrecht zu werden.

Genossinnen, Proletarierinnen, auch Werkl Ihr, die Gemeindefreien der Gemeindefreien, seid berufen, in erster Reihe zu kämpfen. Sehet hin nach Rußland, wo die proletarische Revolution den Feudalismus des Absolutismus in Ruine zersprengt.

Demonstration für das Frauen-Wahlrecht. Eine imposante Frauenversammlung in Wien demonstrierte für Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen.

Röpenid. Mittwoch, den 13. Dezember, im Lokale des Herrn Max Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Zu Punkt 1 der Tagesordnung referiert Herr Dr. Strömer über „Der Wert der Bildung für das weibliche Proletariat“.

Adressbuch

Berlin und seine Vororte

1906

ist erschienen

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, SW. Zimmerstr. 37-41 (Portal I) zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.

August Scherl.







# Der Zahlabend für Berlin und Vororte findet heute Mittwoch statt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Friedrichshagen.** Sonnabend, den 10. Dezember, abends 9 Uhr, findet eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins bei Piquet, Friedrichstraße 114, mit folgender Tagesordnung statt: Vortrag des Genossen Dr. Kurt Rosenberg über das Thema: Die Schwurgerichte und ihre Bedrohung durch die geplanten Veränderungen der Strafprozeßordnung. Außerdem Bericht und Neuwahl des Vorstandes, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

**Abteichhof.** Morgen, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in den bekannten Lokalen Zahlabend statt. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Volkszählung.** Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung hatte Charlottenburg am 1. Dezember ausschließlich der „Strombevölkerung“, d. h. der Schiffer und ihrer Angehörigen, deren Zahl erst am 8. Dezember festgestellt wurde, 286 634 Einwohner. Das Wachstum Charlottenburgs veranschaulicht folgende Tabelle. Es wurden gezählt:

im Jahre 1858	11 233 Einwohner
1871	19 518
1885	42 371
1890	78 839
1895	132 393
1900	189 305
1905	286 634

Von 1900 bis 1905 hat Charlottenburg eine Bevölkerungszunahme von 25,5 Proz. aufzuweisen, seit 1890 hat sich die Zahl der Einwohner mehr als verdreifacht.

Die Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission am 8. Dezember war leider nur schwach besucht. Genosse Jost erstattete zunächst Bericht über die Konferenz der Arbeitsnachweise in Wiesbaden. Die sich daran anschließende Diskussion bewegte sich im allgemeinen im Sinne des Berichtes. Ausgesprochen wurde die Erwartung, daß sich die Arbeitsnachweise mehr dem eigentlichen Zweck, dem Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zuneigen mögen. Genosse Flemming referierte sodann über den Konflikt der Zimmerer, wonach sich ein Teil der hiesigen Zahlstelle abtrennte, um die Bewerbstätigkeiten entgegen den statutarischen Bestimmungen selbständig zu regeln. Nach kurzer Diskussion und nachdem der Genosse Freudenberg die Grundsätze, nach welchen eine Einigung beschlossen wurde, zur Verlesung gebracht hatte, wurde die Sache für erledigt erklärt. Zur Teilnahme an einer von der Berliner Gewerkschaftskommission einberufenen Konferenz der Anzahl der Provinz Brandenburg zum 17. Dezember nach dem Berliner Gewerkschaftshaus wurden die Genossen Flemming, Vogel und Böhmeler delegiert. Hinsichtlich der bevorstehenden Gewerkschaftswahlen appelliert Genosse Flemming an die Delegierten, damit die Gewerkschaften schon jetzt in die Agitation eintreten, um dafür zu sorgen, daß nicht nur der Sieg errungen wird, sondern sich auch die Stimmenzahl erheblich vermehrt. Anschließend daran kritisiert Genosse Böhmeler das Verhalten einer großen Anzahl von gewerkschaftlich Organisierten bei den letzten Stadtverordneten-Wahlen, die sich trotz eines Anschreibens des Ausschusses teils der Stimme enthielten, teils für den Gegner stimmten. Die Angelegenheit wurde den einzelnen Gewerkschaften zur Klarstellung auf Grund der Wählerlisten und zur Abstellung erwartiger Mißstände überwiesen. Unentschuldig fehlten die Buchbinder, Friseur, Gärtner, Handels- und Transportarbeiter, Maurer, Metallarbeiter und Schuhmacher. Entschuldigt fehlten die Buchdrucker (Schulze).

Dem vorigen Bericht der Kommissionssitzung vom 26. Oktober sei hierdurch noch nachgetragen, daß in der betreffenden Sitzung die einstimmige Aufnahme der Delegation der hiesigen Mitglieder des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften erfolgte.

**Ein Experiment-Vortrag über „flüssige Luft und Sauerstoff-Beleuchtung“** wird im Volkshaus, Köpenicker Str. 2, am Sonnabend, den 10. Dezember, abends um 1/8 Uhr, veranstaltet. Dr. Brun v. Borchart wird zunächst die Herstellung der flüssigen Luft aus einmündigen und ihre Eigenschaften an einzelnen Beispielen demonstrieren; dann wird die Gewinnung von Sauerstoff aus flüssiger Luft dargestellt und schließlich die außerordentlich effektvolle Sauerstoff-Beleuchtung vorgeführt werden. Der Eintritt zu diesem Vortrage kostet 25 Pf.

### Schöneberg.

**Verzeichnis der Wahlvereine.** Die Mitglieder des Wahlvereins verteilen sich nach Berufen wie folgt: Maurer 387, Arbeiter 271, Zimmerer 109, Tischler 108, Schlosser 59, Gärtner 47, Maler 47, Klempner 39, Schuhmacher 35, Buchdrucker 33, Köpfer 26, Schmiede 22, Kaufleute 19, je 18 Barbier, Metallarbeiter, je 17 Klempner, Holzleger, je 13 Metzger, je 12 Schneider, Tapezierer, je 10 Buchbinder, Bureauarbeiter, je 9 Mechaniker, je 8 Hausdiener, Brauereiarbeiter, Bäcker, Maschinisten, 7 Steinmetzen, je 6 Steinseger, Agarenhändler, Sattler, Vergolder, Stelmacher, Dachbeder, je 5 selbständige Händler, Glaser, Kellner, Kupferdrucker, Pader, Steinbruder, je 4 Anschläger, Brauer, Gärtner, Uhrmacher, je 3 Ärzte, Bildhauer, Buchdruckerhilfsarbeiter, Geometer, Ingenieure, Schriftsteller, Stereoskopente, Jalousiearbeiter, je 2 Gärtner, Bierfabriker, Drechsler, Fenstereputier, Agenten, Formner, Kammer, Ladierer, Lagerhalter, Spanner, Redakteure, Seiler, Müllensmacher, Klopfer, Hutmacher, je 1 Vertikalheiser, Vöttcher, Bohrer, Bodenleger, Brunnengräber, Dr. chem., Kontorist, Drehtweber, Expedient, Feilenhauer, Holzer, Konditor, Kolorist, Kolporteur, Kupferarbeiter, Maschinenbau, Lithograph, Zinnobermaler, Lichtdrucker, Maler, Möbelpolierer, Musiker, Photograph, Schlichter, Techniker, Verwalter, Zeitungsvenditor, 3 ohne Angabe.

### Rixdorf.

Ein großes Schlaglicht auf unsere sozialen Zustände wirft folgende Lokalnotiz: Durch bittere Not und Verzweiflung getrieben, unter-

nahm gestern abend der Kellner August Reinide im Rixdorfer Schiffahrtskanal einen Selbstmordversuch. Er war seit längerer Zeit stellung- und wohnungslos gewesen und, nachdem das letzte entbehrliche Kleidungsstück in das Leibhaus gewandert, dem Hunger preisgegeben. Vergeblich bemühte sich der Bedauernswerte, wieder Brot zu erhalten. In der Verzweiflung sprang er gestern abend am Bismarck-Ufer in den Schiffahrtskanal. Schiffer retteten den Lebensmüden und zogen ihn bewußtlos aus dem Wasser heraus. Ein Schutzmann brachte den Unglücklichen noch lebend nach dem Krankenhaus.

### Spandau.

Eine **Explosion** ereignete sich in einem hiesigen Lokal. Der Inhaber wollte den Apparat, der seit mehreren Wochen nicht benutzt bzw. nicht revidiert worden war, in Ordnung bringen und begab sich zu diesem Zweck mit zwei Männern in den Raum, in dem die Anlage untergebracht ist; außerdem begleiteten ihn sein Sohn und seine Tochter. Zur Beleuchtung bediente man sich einer Radfahrerlampe. Auf einmal erfolgte eine Explosion, wodurch die fünf Personen mehr oder weniger verletzt wurden, zum Glück jedoch niemand schwer. Die Ursache der Explosion bleibt noch zu ermitteln.

### Mariendorf.

Der Wahlverein hielt am Dienstag, den 5. Dezember, beim Genossen Reichardt seine regelmäßige Versammlung ab. Da der Referent Genosse Groger nicht erschienen war, wurden die beiden ersten Punkte der Tagesordnung vertagt, wofür der Genosse Spangberg seinen Bericht von der Kreis-Generalversammlung gab. Eine lebhafte Debatte entpand sich über die Resolution Siedem-Zubeil. Bedauert wurde, daß die Delegierten für die Resolution gestimmt hätten. Nachstehende Resolution wurde von der gutbesuchten Versammlung gegen 6 Stimmen angenommen: „Die am 5. Dezember tagende Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Mariendorf und Umgegend bedauert die in der Generalversammlung des Zentralwahlvereins in der „Vorwärts“-Angelegenheit zur Annahme gelangten Resolution. Sie spricht dem Parteivorstand sowie der Prekominmission ihr Vertrauen aus und erklärt sich mit dem Vorgehen gegen die betreffenden Redakteure einverstanden. Gleichzeitig verurteilt sie das nicht nur disziplinarwidrige, sondern auch im höchsten Grade parteischädigende Schreiben der ausgeschiedenen sechs Redakteure auf das entschiedenste.“ Zu der Verhandlung für Groß-Berlin wurden die Genossen Scharrberg und Böfel gewählt. Unter Verschiedenem wurden die Beleuchtungsverhältnisse und die Vadeinrichtung im Schulhaus kritisiert und der Vorstand beauftragt, Anträge an den Gemeindevorstand zu stellen, um Abhilfe zu schaffen.

### Reinickendorf.

Die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Reinickendorf-West tagte am 8. Dezember bei Franke und erzielte eine umfangreiche Tagesordnung. Zuerst hielt der Genosse Schönberg einen äußerst interessanten Vortrag über das Parteiprogramm, welcher mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Der zum 1. Januar eintretenden Reorganisation „Groß Berlin“ Rechnung tragend, mußten schon jetzt die Bezirksvorstandswahlen vorgenommen werden. Da die Mitglieder des alten Vorstandes Wiederwahl ablehnten, wurden folgende Genossen mit den Vorstandsarbeiten betraut: Genosse Franke 1. Vorsitzender, Dentschel, Kassierer, Aufschneider, Schriftführer, Renze, Beisitzer. Zum Delegierten wurde der Genosse Goldt nominiert. Der Genosse Höhne legte das Amt eines Bezirksführers nieder. Als Revisoren wurden die bisherigen Genossen bestätigt. Zur bevorstehenden Gewerkschaftswahl wurde eine Kommission, bestehend aus den Genossen Rätzke, Müller und Hermes, gewählt. Unter Verschiedenem wurde wieder die Tätigkeit der Gemeindevorsteher kritisiert. Zum Schluß gab der Genosse Rontowski den Wortlaut des Schiedsgerichtsurteils bekannt in Sachen des früheren Mitgliedes Balz. Daraus geht hervor, daß der seinerzeit gefasste Beschluß, den Ausschluß aus dem Wahlverein betreffend, nicht rechtskräftig ist.

### Potsdam.

Die **Bevölkerungszahl Potsdams** beträgt nach der Volkszählung vom 1. Dezember er. 61 873. Davon sind 31 316 männliche und 30 557 weibliche Personen. — Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1900 betrug die Gesamtzahl nur 59 978 Personen. In den Gesamtzahlen ist die Garnison mit eingerechnet: sie zählte 7481 männliche Personen, von denen 6114 aktive Militärsoldaten waren. — Die Bevölkerungszunahme ist hier also eine sehr geringe; der Zuwachs beträgt nur 1577 Personen, das sind etwa 2,64 Proz. — Auch bei der Zunahme der Potsdamer Einwohnerschaft heißt es eben: „Immer langsam voran!“

## Berliner Nachrichten.

### Der Berliner Weihnachtsmarkt

ist wieder eröffnet worden. Die Händler haben ihre breiteren Buden aufgeschlagen und ihren bunten Kram ausgelegt — und warten nun auf die Käufer, die da kommen sollen. Die Bewohner der Innenstadt kümmern sich nicht mehr viel um den alten, unmodern gewordenen Weihnachtsmarkt, ja sie wissen kaum, daß er überhaupt noch besteht. Aber in den Außenvierteln findet er immer noch sein Publikum, das ihm Beachtung schenkt und es auch an Kaufkraft nicht fehlen läßt, so weit das der Geldbeutel erlaubt.

Freilich mit der Eigenart des Weihnachtsmarktes ist es in Berlin vorbei, seit man ihn in die äußeren Stadtteile verlegt hat. Von dem volkstümlichen Trübel, in dem für viele die Hauptanziehungskraft der Budenstadt lag, ist da draußen nichts übrig geblieben. Die Verbannung aus der Nachbarschaft des Königschlosses nach den Arbeitervierteln hinaus, die vor jezt mehr als zehn Jahren über den Weihnachtsmarkt verhängt wurde, hat jenem Trübel ein Ende bereitet. Die Budenstadt, die nun alljährlich in den Arbeitervierteln Berlins aufgebaut wird, ist nur noch Markt. Gehandelt und geboten wird dort noch mit demselben Eifer wie ehemals. Aber für die alte Stimmung ist kein rechter Boden mehr da.

Die Händler, die auf dem Weihnachtsmarkt Verdienst suchen, kehren in jedem Jahre in großer Zahl wieder. Das läßt darauf schließen, daß sie wohl immer noch auf ihre Rechnung kommen. Doch so gute Geschäfte wie früher sind heute schwerlich noch zu machen. Der gefährlichste Feind ist auch ihm das Warenhaus, das den kleinen Händler immer mehr zurückdrängt. Uebrigens pflegen die großen Warenhäuser Berlins sich in der Weihnachtszeit so auszustaffieren, daß sie in vielem dem Weihnachtsmarkt gleichen. Durch solche Mittel regt man die Schaulust an und weckt mit ihr schließlich auch die Kaufkraft. Die Warenhäuser sind die Erben des alten Weihnachtsmarktes. Das ist bitter für die kleinen Händler, aber eine naturnotwendige Entwicklung läßt sich durch keine Klagen aufhalten.

### Die Gewerbe-Inspektion.

Die Bezirke der Gewerbe-Inspektionen für Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf sind wie folgt abgegrenzt:

I. **Gewerbe-Inspektion Berlin C.**, umfassend die Polizeireviere 1, 2, 6, 12 bis 16, 19 bis 22, 27, 38, 40 und 93. Vorstand: Gewerbe-Inspektor Dr. Jungfer. Hilfsarbeiter: Gewerbe-Referendar Dr. von Finckh, Gewerbe-Referendar Biele, Gewerbe-Referendar vom Karff. Assistentin: Reichert. Bureau: NO. 43, Georgenstraße 21.

II. **Gewerbe-Inspektion Berlin O.**, umfassend die Polizeireviere 23, 24, 44, 45, 51, 52, 63, 66, 92, 94 bis 96, 102, 103 und 106. Vorstand: Gewerbe-Inspektor Dr. Welzel. Hilfsarbeiter: Gewerbe-Referendar Meyenborg, Gewerbe-Referendar Alfred Müller. Bureau: O. 34, Warschauerstr. 70.

III. **Gewerbe-Inspektion Berlin SO.**, umfassend die Polizeireviere 25, 26, 29, 43, 49, 53, 54, 55, 70, 79, 86, 87 und den Stadtkreis Rixdorf. Vorstand: Gewerbe-Inspektor Dr. Fischer. Hilfsarbeiter: Gewerbe-Inspektor Dr. Damm, Gewerbe-Referendar Dittmar. Assistentin: Kummert. Bureau: SO. 16, Elisabethstr. 45.

IV. **Gewerbe-Inspektion Berlin S.**, umfassend die Polizeireviere 28, 30, 41, 42, 47, 48, 67, 72, 78 und 85. Vorstand: Gewerbe-Referendar Knoll. Hilfsarbeiter: Gewerbe-Referendar Kruse, Gewerbe-Referendar Tretrop. Bureau: S. 53, Kaiser Friedrichsplatz 3.

V. **Gewerbe-Inspektion Berlin SW.**, umfassend die Polizeireviere 8, 31 bis 37, 39, 56, 63, 71, 73, 77 und den Stadtkreis Schöneberg. Vorstand: Gewerbe-Referendar Donath. Hilfsarbeiter: Gewerbe-Referendar Sedeh, Gewerbe-Referendar Kramer. Bureau: W. 50, Geisbergstr. 38.

VI. **Gewerbe-Inspektion Berlin W.**, umfassend die Polizeireviere 4, 6, 8, 57, 58, 64, 74 bis 76, 83, 84, 91, 100, 104, 107 und den Stadtkreis Charlottenburg. Vorstand: Gewerbe-Inspektor von Gizycki. Hilfsarbeiter: Gewerbe-Inspektor Dr. Ernst, Gewerbe-Referendar Jorchmann. Bureau: Charlottenburg, Romanienstr. 76.

VII. **Gewerbe-Inspektion Berlin N.**, umfassend die Polizeireviere 7, 9 bis 11, 17, 18, 46, 50, 59 bis 62, 68, 69, 80 bis 82, 88 bis 90, 97 bis 99, 101 und 105. Vorstand: Gewerbe-Inspektor Dr. Ruhnan. Hilfsarbeiter: Gewerbe-Referendar Steinhoff, Gewerbe-Referendar Wangel. Assistentin: Conradt. Bureau: N. 20, Pringel-Allee 88.

Zum Zwecke der Auskunfterteilung, die Gewerbe-Aufsicht betreffenden Angelegenheiten sind die Gewerbe-Aufsichtsbeamten in den oben bezeichneten Dienstlokalen und zu den nachbenannten Zeiten zu sprechen:

A. Für Arbeiter und Arbeitgeber: Dienstags und Freitags von 1 bis 2 Uhr mittags.

B. Für Arbeiter allein: Donnerstags von 7 bis 8 Uhr abends und am 1. Sonntag des Monats von 9 bis 10 Uhr vormittags.

C. Für Arbeiterinnen allein halten die Gewerbe-Inspektions-Assistentinnen Frauenlein Reichert, Frauenlein Kummert und Frauenlein Conradt zu den unter B angegebenen Zeiten Sprechstunden in den Räumen der Gewerbe-Inspektion Berlin SO. bezw. C und N. ab.

Außerdem sind zur Auskunfterteilung über alle die Gewerbe-Aufsicht betreffenden Angelegenheiten täglich von 1 bis 3 Uhr Gewerbe-Aufsichtsbeamte in den Dienstlokalen der Gewerbe-Inspektion anwesend.

Vom „Wahren Jakob“ ist die heute fällige Nummer nicht eingetroffen. Die Ausgabe wird daher einen Tag später erfolgen.

**Weihnachtszüge vom Anhalter und Görliger Bahnhof.** Zur Bewältigung des zu erwartenden Weihnachtverkehrs geben auch vom Anhalter und Görliger Bahnhof eine Reihe von Sonderzügen. Sie beginnen am Donnerstag, den 21. Dezember, und verkehren bis zum 2. Januar. Im einzelnen geben vom Anhalter Bahnhof folgende: Am 21. 5,05 nachmittags nach Bitterfeld; am 22. 1,55 nach Döbritz, 5,05 nach Bitterfeld, 5,10 nach Halle und 6,37 abends nach Adersau; am 23. 8,15 und 1,05 nach Weipensfeld, 1,28 nach Elstnerwerda-Dresden, 1,55 nach Döbritz, 8,42 nach Leipzig, 5,05 nach Bitterfeld, 5,10 nach Halle, 6,25 nach Döbritz, 7,50 nach Leipzig, 11,25 nach Bitterfeld; am 24. und 25. Dezember 9,05 nach Bitterfeld; am 27. 1,05 nach Erfurt, 5,05 nach Bitterfeld, 5,10 nach Halle, 6,37 nach Adersau, 7,50 nach Leipzig, 11,25 nach Bitterfeld. Vom Görliger Bahnhof gehen folgende: Am 22. 10,40 vormittags nach Görlitz und 6,55 abends nach Rottbus; am 23. 10,40 nach Görlitz, 3,32 und 6,55 nach Rottbus; am 27. 6,55 nach Rottbus.

**Eröffnung einer neuen Omnibuslinie.** Von den geplanten neuen Omnibuslinien soll eine weitere noch vor den Weihnachtstagen eröffnet werden. Sie erhält die Nummer 30 und verbindet den Weidenweg mit dem Bahnhof Friedrichstraße. Die Linie beginnt an der Ecke der Joendörferstraße und geht durch die Frieden-, Große Frankfurter-, Andreas-, Blumen-, Alexanderstraße, Stralauer Brücke, Neue Friedrich-, Stralauerstraße, Mollenmarkt, Köpenicker Markt, Breitenstraße, Schloßplatz, Werderscher Markt, Werderstraße, Charlotten- und Georgenstraße bis zum Bahnhof Friedrichstraße, Ecke der Neuenhändischen Straße. Von den Berliner Bahnhöfen werden dadurch der Bahnhof Friedrichstraße und der Bahnhof Janowbrücke in Verbindung gebracht. Außerdem erhält die Friedrichstraße die langverwünschte Verbindung mit



beträgt 33 Minuten. Auf der Linie werden folgende Teilstrecken zu 5 Pf. eingerichtet: Weidenweg, Ede Forndorferstraße—

Unbekannt verstorben. Am 9. d. Mts. ist im Krankenhaus zu Weissenhof ein anscheinend dem Arbeiterstande angehörender, bisher unbekannt gebliebener Mann verstorben, ohne daß es bisher gelungen ist, seine Persönlichkeit festzustellen.

In die Freiheit. Aus der Charité ist ein mit Justizhaus bestraffter Einbrecher Gustav Freund aus Groß-Vichterfelde entwichen.

Die freie Jugendorganisation scheint sich einer geradezu rührenden Fürsorge unserer lieben Polizei zu erfreuen. Wo sich die Mitglieder derselben auch zusammenfinden mögen, überall wird für ihren ausreichenden Schutz gesorgt.

Ein Notruf geht uns aus unserer Leierkreise aus dem äußersten Norden zu. In der Aufschrift heißt es: Angrenzend am Kirchhof-Krankenhaus ist binnen Jahresfrist ein neues Stadtviertel entstanden; seit dem 1. Oktober sind dort nahezu 3000 Personen zugewandert und zum kommenden April ist ein weiterer starker Zugang zu erwarten.

Das Berliner Adressbuch für 1906 ist erschienen und gelangt von heute ab in der Hauptredaktion des „Berliner Lokal-Anzeigers“ Nummer 37—41, von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Ausgabe.

Nach den Ergebnissen der diesjährigen Volkszählung hat Groß-Berlin bereits die Einwohnerzahl von 3 000 000 überschritten. Wenn auch die bisherige Personenstandsaufnahme noch keine endgültige ist, so kann doch schon mit Sicherheit angegeben werden, daß die obgenannten Ziffern keinen Rückgang, sondern noch eine Zunahme erfahren dürften.

Der Kämpfersche Unfalltod. Der Keller vom Seitenflügel des Hauses Potsdamerstraße 4 scheint schon stark unterwachsen zu sein. Steine des Fußbodens haben sich gelockert und einzelne von ihnen sind spurlos verschwunden, so daß Löcher entstanden sind.

Opfer der Arbeit. Durch einen herabstürzenden Balken lebensgefährlich verletzt wurde vorgehens Nachmittags der 15jährige Bauarbeiter August Kuchmann, Heidenfeldstr. 1 wohnhaft.

Polizist und Gass. Zwei Frauen-Selbstmordversuche werden uns vom vorgestrigen Tage gemeldet. Infolge von Unvorsichtigkeit griff die 28 Jahre alte Frau des Schuhmachergesellen H. aus der

Eine unsinnige Wette hat für einen der Beteiligten recht böse Folgen gehabt. Der 19 Jahre alte Arbeiter Paul V. aus der Streitstr. 44 war in einem Lokal in der Liebenwalderstraße mit einigen Arbeitskollegen die Wette eingegangen, im Laufe weniger Sekunden einen Dering zu verschlingen.

Spurlos verschwunden. Inaufgeklärt ist bis jetzt das Verschwinden einer alten schwachsinrigen Frau geblieben, die von ihren Angehörigen seit August 1903 vermißt wird, ohne daß es bisher gelungen wäre, eine Spur von ihr zu finden.

Mitteilungen über den Verbleib der Frau Wellin werden schriftlich oder mündlich zu 8209 IV. 8. 05 in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei im Polizei-Präsidium, Alexanderstraße 3—6, entgegen genommen.

Gerichts-Zeitung.

Rehr. Ein Referentatell gegen seine eigene Ehefrau führte den Handelsmann Paul Pleischer gestern vor die neunte Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, der als roh und gewalttätig geschildert wird, hat sich dem Trunks ergeben und seine Frau, mit der er acht Jahre verheiratet ist, wiederholt brutal mißhandelt.

Rundhölle drang und ein Vernähen der Wunde nötig machte. Er wollte dann nochmals drauf zuschauen, die Frau vermochte ihn aber abzuwehren und ihre gelenden Hüften ließen nachgeben herbei, die sie aus der Gewalt des Wüterichs befreiten.

Kündigungskrisis der Werkmeister. Ist nicht anders vereinbart, so können Werkmeister, Betriebsbeamte, mit höheren technischen Dienststellungen betraute Gewerbegehilfen (z. B. Maschinenmeister, Bau- und Maschinenarbeiter) und ähnliche Angestellte (z. B. Oberlehrer) wie Handlungsgelährten nur zum Ablauf des Kalenderjahres kündigen.

Der Streikender W. war von dem Inhaber der Berliner Geschäftsbücherei, Herrn Klemm, in der Streikdrückabteilung des Betriebes als Meister beschäftigt worden. Als das Verhältnis vor einiger Zeit gelöst worden war, klagte W. gegen Klemm beim Berliner Gewerbegericht auf Zahlung einer größeren Lohnentziehung.

Freiwillige für Schwefelkristalle. Der Redakteur unseres Bruderorgans, der „Magdeburger Volksstimme“, Robert Albert, jetzt in Breslau, wurde wegen vermeintlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen eine von der Obrigkeit getroffene Anordnung am 26. Mai vom Landgericht in Magdeburg verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

G. J. 82. Warum sagen Sie uns nicht, welche Schulbildung der Sohn genießen hat? Bei Anfragen über Bildungswesen ist das unerlässlich. Nach hohem Volksschulbesuch möchte er zunächst noch eine

Juristischer Teil.

Die juristische Gewerkschafts- und Arbeiterzeitung des Bundes von 1905, 2. Hft., Nr. 4, ist abends 8 Uhr. Nummer 7. Hft. R. D. 46. Et können auch wenn Sie keine Besonderen, so viel als möglich verdienen. Wegen den Angelegenheiten mühen Sie sagen.